

DISKUSSIONSPAPIERE

Steffen Wippel

Die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR
zum Nahen Osten

Einfluß und Abhängigkeit der DDR und das Verhältnis von
Außenwirtschaft zu Außenpolitik

Herausgegeben von
Dieter Weiss

Freie Universität Berlin,
Fachbereich Wirtschaftswissenschaft,
Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients

48

Steffen Wippel

**DIE AUSSENWIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN DER DDR
ZUM NAHEN OSTEN**

Einfluß und Abhängigkeit der DDR
und
das Verhältnis von Außenwirtschaft zu Außenpolitik

Berlin 1996

GLIEDERUNG

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	2
1 EINLEITUNG: DER NAHE OSTEN ALS WICHTIGES AKTIONSFELD DER DDR	3
2 THESEN: DIE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN DER DDR ZUM NAHEN OSTEN	4
3 EINFLUSS UND ABHÄNGIGKEIT ALS PROBLEM VON AUSSENBEZIEHUNGEN IN DER THEORETISCHEN BETRACHTUNG	7
3.1 Der Zusammenhang von Aussenwirtschaft und Aussenpolitik	7
3.2 Das Problem der "Abhängigkeit"	8
4 DIE ERSTE HAUPTPHASE DER NAHOSTBEZIEHUNGEN: DIE AUSSENWIRTSCHAFT IM DIENSTE DER ANERKENNUNG	10
4.1 Die Aussenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu den EL und ihre zentrale Rolle in der Anerkennungspolitik	10
4.2 Die ersten Nahostkontakte der DDR bis Mitte der 60er Jahre	16
4.3 Die Intensivierung der Nahostbeziehungen bis zur diplomatischen Anerkennung der DDR	19
4.4 Ergebnisse: Abhängigkeit und Autonomie in der ersten Phase der Nahostbeziehungen	24
5 DIE ZWEITE HAUPTPHASE DER NAHOSTBEZIEHUNGEN: DIE AUSSENWIRTSCHAFT IM DIENSTE BINNENWIRTSCHAFTLICHER ENTWICKLUNG	28
5.1 Die partielle Entkoppelung von Aussenwirtschaft und Aussenpolitik in den 70er Jahren	28
5.1.1 Der Ausbau der Nahostaussenpolitik	28
5.1.2 "Ökonomisierung" des Nahosthandels und Ausbau der industriellen Kooperation	29
5.1.3 Die Neuorientierung der Entwicklungshilfe	33
5.2 Weitere "Ökonomisierung" und Stagnation der Nahostbeziehungen in den 80er Jahren	35
5.3 Ergebnisse: Abhängigkeit und Autonomie in der zweiten Phase der Nahostbeziehungen	39
6 WEITERER FORSCHUNGSBEDARF	42
ANHANG	44
LITERATURVERZEICHNIS	49

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AMF	Arab Monetary Fund
AR	Arabische Republik
BSP	Bruttosozialprodukt
DAC	Development Assistance Committee [der OECD]
DVR	Demokratische Volksrepublik
EL	Entwicklungsland/Entwicklungsländer(n)
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FN	Fußnote
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LLDC	Least Developed Countries
M	Mark [der DDR]
NMP	Nettomaterialprodukt
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
PLO	Palestine Liberation Organization
R	Rubel
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe [COMECON]
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
VAR	Vereinigte Arabische Republik [Ägypten, 1958-61 mit Syrien]
VGW	Verrechnungsgegenwert
VM	Valutamark
WTZ	Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit

Gebäuchliche Abkürzungen vor allem der DDR- und der internationalen Terminologie werden im laufenden Text nicht nochmals erläutert.

1 EINLEITUNG: DER NAHE OSTEN ALS WICHTIGES AKTIONSFELD DER DDR

Der Nahe Osten, vor allem der arabische Raum¹, war vor dem Hintergrund von Teilung und Kaltem Krieg ein wichtiges außenpolitisches Aktionsfeld der DDR. Auch in ihren handels- und entwicklungspolitischen Beziehungen nahm die Region eine hervorragende Bedeutung ein.² Die DDR stellte dort wie auch sonst in der Dritten Welt eine wesentliche Gegenspielerin der BRD dar.

Die überholte deutsch-deutsche Zweistaatlichkeit und das Ende des Ost-West-Konfliktes erlauben heute einen umfassenden Blick zurück. Eine systematische Aufarbeitung der DDR-Nahost-Beziehungen steht noch aus. Thematisch behandelt die vorliegende Literatur vorwiegend die allgemeine Entwicklungsländerpolitik der DDR, sei es unter stärkerer Betonung außenpolitischer oder entwicklungspolitischer Aspekte. Kontakte der DDR zu Entwicklungsländern (EL) sind auch Bestandteil von Untersuchungen zur generellen Außenpolitik der DDR oder zur Entwicklungs(länder)politik der sozialistischen Staatengemeinschaft. Grundlage der folgenden Ausführungen sind zumeist westliche Literaturquellen.³ Am meisten Beachtung fanden die Beziehungen Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre. In dieser Umbruchphase, in der die DDR ihre internationale Anerkennung errang, mußte sich der Westen auf eine neue weltpolitische Rolle der DDR einstellen. DDR-Publikationen enthalten mit wenigen Ausnahmen kaum Informationen über die konkrete Ausgestaltung der ostdeutsch-nahöstlichen Kontakte. Erst in jüngster Zeit beschäftigen sich Wissenschaftler wieder vermehrt mit den Beziehungen der DDR zur arabischen Welt. Dabei stehen einzelne Partnerländer oder einzelne Aspekte der Zusammenarbeit im Vordergrund. Da auch die inzwischen zugänglichen ostdeutschen Archive in der Regel der dreißigjährigen Sperrfrist unterliegen⁴, konzentrieren sich diese Studien weiterhin auf die Beziehungen vor der Anerkennung der DDR.

Das folgende Diskussionspapier dient zum einen der Erfassung der ostdeutschen Wirtschaftsbeziehungen zum Nahen Osten bis zum "Mauerfall" als Grundlage für weiterführende Forschungen. Die Informationslage grenzt andererseits das Feld fundierter Antworten auf mögliche Fragestellungen weitgehend ein. Erkunden läßt sich insbesondere das nahostspezifische wechselseitige Verhältnis von Außenwirtschaft und Außenpolitik. Welche staatlichen Ziele verfolgte die DDR im Rahmen ihrer Außenwirtschaftsbeziehungen zum Nahen Osten, aber auch

¹ Vor allem werden im folgenden die arabischen Länder Westasiens und Nordafrikas berücksichtigt. Nichtarabische Staaten an der kleinasiatischen und mittelöstlichen Peripherie (Türkei, Iran, Afghanistan), die die statistische Kategorie "Nahe Osten" ebenfalls umfaßt, werden nur ergänzend betrachtet. Der Yemen ist bis 1990 identisch mit der AR (Nord-)Yemen, Süd-Yemen mit der DVR Yemen.

² In der DDR-Terminologie umfaßten die "Außenwirtschaftsbeziehungen" zum einen den Außenhandel, zum anderen die "Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit" (WTZ), die über ökonomische Aktivitäten i. e. S. hinaus bis in soziale, politisch-ökonomische und administrative Bereiche reichte. Vgl. dazu auch unten.

³ Zur Nahostpolitik der DDR s. in dieser Studie Hertzog (1967); Kupper/Yenal/Zastrow (1971); Hirschfeld (1978), S. 88 ff.; von Plate (1979); Schwanitz (1994); Hafez (1995b). S. a. Sodaro (1981), S. 123 ff. Im Rahmen allgemeiner Darstellungen der DDR-Außenpolitik s. aus westdeutscher Sicht Osten (1969), insb. S. 28 f.; aus ostdeutscher Sicht Hahn u. a. (1974), insb. S. 153 ff.; Autorenkollektiv (1979); Hänisch/Krüger/Vogl (1984). Die geringe Bedeutung der EL in der Frühphase der DDR zeigt ihre geringe Beachtung bei Hänisch (1972). S. a. Müller (1970); Linde (1983); Hubel (1982) und (1988); Lorenzen (1995), S. 278 ff. zur sowjetischen Nahostpolitik. Als Dokumentensammlung s. Bator/Bator (1984).

⁴ Eine Ausnahme ist die "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" in Berlin, die den Zugang bis 1989 erlaubt.

welche ökonomischen Ziele verfolgte sie mit der Gesamtheit ihrer Außenbeziehungen? Zu fragen ist darüberhinaus nach Ursachen, Ausmaß und Konsequenzen bestehender Abhängigkeiten der DDR in ihrem Verhältnis zum Nahen Osten, aber auch nach Einflußmöglichkeiten dritter Staaten (vor allem der BRD und der UdSSR), die ihre Handlungsspielräume und die Durchsetzbarkeit von Zielen wesentlich beschränkten und vor deren Hintergrund eingetretene Entwicklungen gedeutet werden können.

Einleitend werden Thesen zu den Wirtschaftsbeziehungen der DDR zum Nahen Osten vorgestellt. Die folgenden theoretischen Ausführungen beschäftigen sich mit dem Verhältnis von Wirtschaft und Politik und mit dem Thema der externen Abhängigkeit. Für die Analyse der Abhängigkeitsproblematik werden handhabbare Kategorien eingeführt. Danach wird die chronologische Entwicklung der Beziehungen der DDR zum Nahen Osten insgesamt und zu einzelnen Ländern, unterteilt für die beiden Hauptphasen vor und nach der Anerkennung der DDR, dokumentiert. Auf der außenwirtschaftlichen Ebene konzentriert sich die Studie auf Vertragsabschlüsse, Handel, Kapitalhilfe und industrielle Kooperation; der Austausch von Studenten, Fachkräften etc. wird nur am Rande berücksichtigt, auch weil nur ungenügende statistische Angaben hierzu vorliegen. Die Ausführungen sind notwendigerweise eingebettet in die allgemeine Entwicklungsländerpolitik der DDR und sollen die aufgestellten Thesen empirisch belegen. Die Ergebnisse werden am Ende der beiden Kapitel, die die zwei hauptsächlichen Beziehungsphasen behandeln, dargestellt.

2 THESEN ZU DEN WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN DER DDR ZUM NAHEN OSTEN

1. Offensichtlich ist für die Nahostbeziehungen der DDR die enge, institutionell abgesicherte *Verknüpfung von Außenwirtschaft und Außenpolitik*. Die außenwirtschaftlichen Beziehungen zum Nahen Osten wurden in den 50er und 60er Jahren (erste Phase) weitgehend für die Erreichung des Anerkennungszieles funktionalisiert und stellten das zentrale Aktionsfeld der DDR-Außenpolitik in den Entwicklungsländern dar: Warenlieferungen und Finanzhilfen wurden gegen "diplomatische Anerkennung" ausgetauscht.

In den 70er und 80er Jahren (zweite Phase) konnte die Handelspolitik zunehmend ihrer politischen Funktion entkleidet werden und vorwiegend ökonomischen Zielen dienen. Stärker politisiert blieb die Entwicklungshilfe; auch sie wurde zwar vom Ziel der Anerkennung befreit, orientierte sich aber hin zur Verfolgung blockpolitischer Ziele. In den 80er Jahren begann sich das Verhältnis von Außenpolitik zu Außenwirtschaft umzukehren: außenpolitische Aktivitäten dienten nun zunehmend außenwirtschaftlichen Zielen.

2. Die Felder der außenwirtschaftlichen Beziehungen waren ideologisch und systemisch bedingt eng miteinander verflochten. *Außenhandel und Entwicklungspolitik* der DDR waren nicht scharf getrennt. Vorrangige Bedeutung kam dem Handel zu, der gegenüber der Dritten Welt zugleich als der zentrale Bereich "sozialistischer Wirtschaftshilfe" galt. Industrielle Kooperation kam überwiegend Import- und Exportinteressen der DDR zustatten. Auch die Kapitalhilfe wurde eher als Aspekt des Außenhandels betrachtet und diente vor allem der Finanzierung ostdeutscher Warenlieferungen.

3. Nur langsam wurde der Außenwirtschaft in der DDR eine eigenständige Rolle in der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung zuerkannt, gleichzeitig stieg im Laufe der Zeit die wirtschaftliche Notwendigkeit des Ausbaus der außenwirtschaftlichen Beziehungen. Die globale außenwirtschaftliche Öffnung der DDR blieb relativ gering. Daran gemessen war die *"Empfindlichkeit" der ostdeutschen Volkswirtschaft* gegen Störungen der Außenwirtschaftsbeziehungen begrenzt.

Ideologisch läßt sich ausgehend von einem schlichten Zwei-Lager-Konzept eine zunehmende Verfeinerung des Entwicklungsländerbildes feststellen, das auch eine differenziertere Einordnung der arabischen Staaten erlaubte. Dies erleichterte die zunehmende Öffnung gegenüber nichtsozialistischen EL. Der Anteil der EL am Außenhandel stieg zwar leicht an, blieb aber klein. Die Kapitalhilfeleistungen der DDR waren ebenfalls gering.

Der Nahe Osten stellte ein wesentliches Zielgebiet der DDR-"Südpolitik" dar. Für die Entwicklungshilfe und zunehmend auch im Handel nahm er unter den EL eine zentrale Stellung ein, die stärker ausgeprägt war als bei anderen RGW-Staaten. Seine Bedeutung sank erst in den 80er Jahren wieder. Groß war zeitweise die Empfindlichkeit der DDR gegenüber einzelnen Ländern wie Ägypten. Die Konzentration der Außenwirtschaftsbeziehungen auf einzelne nahöstliche Staaten, die auf die länderspezifische Empfindlichkeit hinweist, nahm aber bis in den Beginn der 80er Jahre ab; die Schwerpunktländer änderten sich.

Auch für einzelne Sektoren konnte der Entwicklungsländerhandel größere wirtschaftliche Bedeutung gewinnen. Zunehmende Empfindlichkeit der ostdeutschen Binnenwirtschaft bestand nach 1973 vor allem gegenüber der Einfuhr von Erdöl aus dem Nahen Osten. In der ersten Phase bestand aufgrund der engen Verknüpfung der beiden Bereiche eine besondere Empfindlichkeit der Wirtschaftsbeziehungen zum Nahen Osten gegenüber außenpolitischen Ereignissen.

4. Die überragende Zentralität des Anerkennungszieles auch für die wirtschaftlichen Kontakte sowie die ideologische Selbstbindung der DDR bei der Wahl ihrer Partner führten in der ersten Phase dazu, daß bei Störungen der Beziehungen grundsätzlich alternative Strategien, die über die weitere Abstufung oder Intensivierung des bestehenden Instrumentariums hinausgingen, fehlten. Dies führte zu einer großen wirtschaftlichen *"Verwundbarkeit" der DDR* gegenüber dem Nahen Osten, in dem außerhalb des Ostblocks die größten Erfolge zu erwarten waren.

In der folgenden Dekade waren Alternativen zu den bestehenden Handels- und Kreditbeziehungen weiterhin, jetzt aber vor allem aus wirtschaftlichen Gründen beschränkt. Sie waren aber noch eher möglich und tragbar als in den 80er Jahren, die wachsende binnen- und außenwirtschaftliche Defizite prägten, während - vor allem auf dem Energiesektor - das Problem der "Nichtselbstversorgung", das die Abhängigkeit einer Volkswirtschaft vom arbeitsteiligen Tausch bedingt, weiter wuchs.

5. Entwicklungspolitische Ansprüche und wirtschaftliche *Interessen der arabischen Staaten* konnte die DDR, obwohl sie ideologisch den "gegenseitigen Vorteil" in den bilateralen Beziehungen postulierte, schon in den 60er Jahren kaum erfüllen. Mit steigendem Einkommen ver-

suchten die Staaten daher in den 70er und 80er Jahren den Ostblockhandel ab- und den Handel mit westlichen Industrieländern weiter auszubauen. Selten errang die DDR nennenswerte Bedeutung für den Außenhandel eines nahöstlichen Partnerlandes. Möglichkeiten alternativer Verhaltensweisen bestanden eher für ihre Partner als für die DDR.

6. Als "Frontstaat" des sozialistischen Systems unterlag diese der spezifischen *Konkurrenz der BRD*. Vor allem deren wirtschaftliches Potential war i. d. R. so viel größer, daß die Abhängigkeit der Nahoststaaten, selbst derjenigen "sozialistischer Orientierung", ihr gegenüber größer war als gegenüber der DDR. Aufgrund der Ost-West-Antagonie konnten die arabischen Staaten vor allem in der ersten Phase aber auch erhebliche Verhandlungsmacht in ihrem Verhältnis zu den beiden deutschen Staaten erlangen, zumal für sie die Deutschlandfrage nur einen geringen Stellenwert besaß.

7. *Im Rahmen des Ostblocks* war die weitgehende Verfolgung DDR-spezifischer Ziele außerhalb der Ost-West- und Europapolitik trotz der Doktrin der "begrenzten Souveränität" schon frühzeitig möglich, vor allem da sie sowjetischen Interessen nicht grundsätzlich zuwiderliefen. Kongruente Verhaltensmuster innerhalb des RGW waren jedoch zum großen Teil schon systembedingt. In der zweiten Phase fielen der DDR zwar neue Freiheiten zu, gleichzeitig unterlag sie stärker als zuvor Bündnisvorgaben. Zum Teil paßte sie sich ihnen auch mit Rücksicht auf ihre Interessen in Europa, die zunehmend von denen der Sowjetunion abwichen, und auf ihre ökonomischen Ziele in Nahost freiwillig an.

8. In der Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Außenbeziehungen zum Nahen Osten wurde die DDR vor allem von mangelnden internen Kapazitäten und Ressourcen und insbesondere von der Rigidität ihres eigenen Systems eingeschränkt. Ihre wirtschaftliche (und politische) Empfindlichkeit und Verletzlichkeit war gegenüber dem Nahen Osten relativ groß. Dadurch war sie in großem Maße abhängig von Aktionen anderer. Ihre eigenen Handlungen waren häufig *wenig erfolgreich*, das Erreichen ihrer Ziele war oft eher vom Verhältnis zwischen ihren Partnern und Drittländern bestimmt.

Problematisch erschien in der ersten Phase weniger die direkte *Fremdbestimmung* durch die Sowjetunion als die indirekte Abhängigkeit der DDR vom Handeln der BRD. Größere Erfolge errang die DDR zu hohen Kosten und meist dann, wenn die UdSSR sie intensiv unterstützte oder die Position der BRD "schwach" war. Sie reagierte eher auf externe Ereignisse (im Sinne einer häufig kostspieligen Anpassung) als daß sie die Entwicklung gezielt beeinflussen und bewußt gestalten konnte. Externe Störungen konnte sie nicht oder nur kostspielig abfedern. Die Außenbeziehungen kamen nicht über Einzelstrategien hinaus und wurden nicht zu einer langfristig angelegten, kohärenten Nahost- und Außenwirtschafts-"Politik" gebündelt. Ansätze gab es lediglich Ende der 80er Jahre in der Entwicklungspolitik.

Die DDR unterlag somit starken "*Abhängigkeiten*" und verfügte nur sehr begrenzt selbst über "Macht" und "*Einfluß*" in den außenwirtschaftlichen Beziehungen zum Nahen Osten.

3 EINFLUSS UND ABHÄNGIGKEIT ALS PROBLEM VON AUSSENBEZIEHUNGEN IN DER THEORETISCHEN BETRACHTUNG

3.1 Der Zusammenhang von Außenwirtschaft und Außenpolitik

Offensichtlich wird bei den Nahostbeziehungen der DDR die enge Verknüpfung von Außenwirtschaft und Außenpolitik. Obwohl allgemein anerkannt wird, daß "die internationalen Wirtschaftsbeziehungen stark politisch geprägt werden", muß man aber feststellen, "daß in der Theorie des internationalen Handels die gegenseitigen Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik weitgehend vernachlässigt werden"⁵. Wirtschaftsliberalismus und Neoklassik trennten die Sphären von (Außen)Wirtschaft und (Außen)Politik i. e. S. (Recht, Ordnung, Sicherheit) in der analytischen Handhabung.⁶ Die globale Zunahme der Interdependenz führte dazu, daß man sich auch in der Wissenschaft der engen Verbindung der Problembereiche wieder zunehmend bewußt wurde. Man versuchte daher, die Trennung aufzuheben und beide Bereiche in die theoretische Betrachtung zu integrieren.

Ökonomische und politische Aspekte verknüpfte auf wirtschaftswissenschaftlicher Seite die "Neue Politische Ökonomie" oder "Ökonomische Theorie der Politik". Sie versuchte, einerseits ökonomische Paradigmen wie das rationale Individuum und dessen Kosten-Nutzen-Vergleich auf politische Prozesse anzuwenden, andererseits Einflüsse institutioneller Bedingungen auf wirtschaftliche Entscheidungs- und Handlungsträger in die analytische Betrachtung miteinzubeziehen. Dieser Ansatz wurde bereits für viele gesellschaftliche Bereiche herangezogen, "aber die internationale Wirtschaft ist bisher vernachlässigt worden."⁷ In einer der grundlegenden Veröffentlichungen testete Frey (1985) für verschiedene außenwirtschaftliche Bereiche Thesen über den Einfluß von Interessengruppen innerhalb des eigenen Landes und von politischen und wirtschaftlichen Daten der Zielländer auf außenwirtschaftliche Entscheidungen der Handlungsträger. Probleme bei der Übertragung auf den Gegenstand dieser Untersuchung ergeben sich bspw. hinsichtlich des empirisch-statistischen Ansatzes, des Auftretens nicht modellierter Brüche im Zeitablauf (wie Änderungen der Präferenzen) und der fehlenden Systembedingungen einer Demokratie. So entfiel in der DDR der direkte Einfluß von Wählergruppen auf die Regierung, auch wenn bspw. Versorgungsinteressen der Bevölkerung, innere Legitimation des Staates sowie staats- und parteiinterne Konflikte zu berücksichtigen waren. Es verbleibt aber die grundsätzliche Einsicht, daß auch von wirtschaftstheoretischer Seite die Verknüpfung von internationaler Politik und Ökonomie und der Einfluß unterschiedlicher Verhaltensbedingungen zu beachten sind.

Intensiver mit der Verflechtung von Ökonomie und Politik auch in den Außenbeziehungen befassen sich Ansätze im Zwischenbereich von Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Dabei stehen häufig internationale Strukturen, in die Staaten eingebunden sind, im Vordergrund der Betrachtung. Als ein wesentlicher Aspekt der Außenbeziehungen wird das Problem der *Abhängigkeit* der Staaten diskutiert. Wegen der großen Bedeutung außenwirtschaftlicher Beziehungen für die zeitgenössischen Gesellschaften stellt sich diese Frage auch für den wirtschaftlichen

⁵ Beide Zitate Frey (1985), S. 1.

⁶ Vgl. bspw. Spero (1977), S. 1 ff.; Sieber (1981), S. 49.

⁷ Frey (1985), S. 6.

Bereich. Von außen politisch oder ökonomisch induzierte binnenwirtschaftliche Instabilitäten zeigen die Relevanz der Abhängigkeitsforschung; andererseits kann die internationale Interdependenz auch zur Stabilisierung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen beitragen.

3.2 Das Problem der "Abhängigkeit"

Abhängigkeit stellt sich als komplexe Situation dar; ihre verschiedenen Aspekte lassen sich nur unvollkommen voneinander abgrenzen. Darüberhinaus findet sich hierzu eine Vielzahl theoretischer Ansätze und Definitionen. Im wesentlichen gehen sie von der Annahme asymmetrischer Interaktionen aus und beschäftigen sich mit den Auswirkungen auf inter- und intranationale Strukturen und Prozesse. Eine umfassende Darstellung der unterschiedlichen Ansätze bietet Sieber.⁸ Sie versucht, die Konzepte zu operationalisieren und zur Anwendung in der empirischen Analyse Indikatoren zu erarbeiten, die zum Teil im folgenden verwendet werden.

Abhängigkeit kann manifest oder latent auftreten. Sie ist selten einseitig, meist zweiseitig; häufig ist diese "Inter-Dependenz" jedoch asymmetrisch. Grundsätzlich kann man von einem *Abhängigkeitsdilemma* ausgehen. Die Verbindung nach außen ermöglicht einerseits die Deckung von wirtschaftlichen und sozialen Leistungsdefiziten (Differenzen zwischen notwendiger bzw. erwünschter und tatsächlicher Vielfalt, Quantität und Qualität der Zielgrößen) und damit die Verfolgung von Wohlfahrts-, Wachstums- und Entwicklungszielen, bei fehlender Existenzgrundlage auch des Überlebensziels. Gleichzeitig werden aber Kontrollaspirationen (Unabhängigkeits-, Identitäts-, Sicherheits-, evtl. Existenzziele) des Systems beeinträchtigt. Die *Nichtselbstversorgung* bestimmt somit "das Ausmass, in dem die Gesellschaft auf ihre Umwelt, insbesondere auf den arbeitsteiligen Tausch angewiesen ist", der *Autonomieverlust* umfaßt "die verschiedensten Formen der Einschränkung des Handlungsspielraumes"⁹. Ökonomisch orientierte Interdependenzansätze betonen, daß neben der Nichtselbstversorgung auch die internationale Wettbewerbssituation, der einzelne Staaten auf wirtschaftlichem, politischem und sozialem Gebiet unterliegen, zu Austausch mit der Umwelt, externer Arbeitsteilung und Spezialisierung führen. "Liberale" wirtschaftswissenschaftliche Sichtweisen betonen vor allem die gemeinsamen Gewinne als positive Effekte internationaler Transaktionen, während sich eher politologisch geprägte Ansätze stärker mit den Auseinandersetzungen um die Verteilung der Gewinne beschäftigen.

Mit der Nichtselbstversorgung hängen die Aspekte der *Sensitivität* und der *Vulnerabilität* zusammen.¹⁰ Aufrechterhaltung wie Abbruch von Interdependenzen sind mit Kosten verbunden. Die Empfindlichkeit gibt an, welche Kosten bei der Störung oder Unterbrechung der wirtschaftlichen, politischen und anderen Beziehungen *ceteris paribus*, wenn also die herrschenden Strategien beibehalten werden, anfallen (würden). Sie wird beeinflußt von Umfang und Struktur, relativem Gewicht und Konzentration der Austauschbeziehungen und berücksichtigt Übertragungseffekte bspw. zwischen Außenhandels- und Nichtausenhandelssektoren und zwischen wirtschaftlichen und politischen Bereichen. Wichtiger ist die Verletzlichkeit/Verwund-

⁸ Im folgenden soll dieses umfangreiche Werk von Sieber (1981), in dem wirtschaftliche Außenbeziehungen einen hervorragenden Anteil einnehmen, zugrundegelegt werden. S. a. Vogel (1979), der ökonomische Aspekte betont.

⁹ Beide Zitate Sieber (1981), S. 13.

¹⁰ S. dazu auch Keohane/Nye (1987), ausführlicher dies. (1989).

barkeit. Sie wird von den Kosten-Nutzen-Überlegungen zu alternativen Strategien, die der Anpassung an Umweltveränderungen dienen, beeinflusst und ist verbunden mit der Ressourcenausstattung, den vorhandenen organisatorischen und wissenschaftlich-technischen Problemlösungskapazitäten, der Systemgröße, der Zentralität der verfolgten Ziele und der prinzipiellen Möglichkeit alternativer Vorgehensweisen.

Der Unterschied zwischen den beiden Aspekten besteht also darin, ob bei Schwankungen in den Beziehungen Rahmenbedingungen konstant gehalten werden oder eine Änderung erfahren. Beide Aspekte der Nichtselbstversorgung lassen sich jeweils diachronisch für ein Land oder synchronisch für mehrere Länder vergleichen. Je nach Bezugsgröße kann die Beurteilung der Empfindlichkeit und der Verletzlichkeit unterschiedlich ausfallen. Je geringer aktuelle und potentielle Vulnerabilität und Sensibilität eines Systems sind, umso eher kann es Austauschinstabilitäten absorbieren, umso weniger ist es von seinen Partnern "erpreßbar", um so weniger ist es von seiner Umwelt "abhängig".

Macht ist Ursache und Folge der asymmetrischen Interdependenz. Sie wird vorwiegend ergebnisorientiert definiert und ist nach Max Weber "die Fähigkeit einer Person oder Organisation, in ihrer Umwelt ... Struktur- oder Verhaltensänderungen zu bewirken"¹¹. *Einfluß* auf bzw. Kontrolle über die Ergebnisse eigener Aktionen sowie *Abhängigkeit* von Handlungen anderer sind damit zwei wesentliche, weitgehend spiegelbildliche Aspekte von Machtbeziehungen. Klassische Definitionen der Macht gingen von der Ressourcenausstattung (Kapazität) eines Akteurs aus. Diese stellt zusammen mit der unterschiedlichen Sensitivität und Vulnerabilität eine wichtige Grundlage für die Machtausübung dar. Aufgrund der globalen Interdependenz verfügt fast jeder Akteur über Macht; sein Gesamtstatus ergibt sich aus der relativen "Nettomacht", der Differenz zwischen dem Einwirken fremder Staaten und eigener Machtausübung.

Macht äußert sich in der Möglichkeit, Beziehungen zu unterbrechen oder positive wie negative Sanktionen einzusetzen; dabei sind Veränderungen in den Beziehungen für den Mächtigeren weniger kostspielig als für den Unterlegenen. In einer untergeordneten Beziehung ergibt sich Abhängigkeit, weil ein übergeordneter Akteur Unterstützung gewährt oder die Existenzgrundlage garantiert; in einer bedingenden Beziehung bestimmt ein Außenstehender Charakteristika, Struktur und Verhalten eines Systems. Die tatsächliche (Form der) Machtausübung unterliegt einem Kosten-Nutzen-Kalkül. Sanktionen bis hin zur Unterbrechung der Beziehungen können faktisch eingesetzt, bewußt angedroht oder unterschwellig antizipiert werden. Der machtmindernde Akteur kann sich erzwungenermaßen oder präventiv anpassen. Zum Teil internalisiert er die Anpassung dauerhaft¹². Der Abhängige kann auch Gegenstrategien einsetzen, deren Einsatz wiederum von seiner Verletzlichkeit abhängt. Die Feststellung von Abhängigkeit und Interdependenz umfaßt in einer integrierten Theorie a priori keine bestimmte Wertung: Die Über-

¹¹ Karl W. Deutsch, Politische Kybernetik, Modelle und Perspektiven, Freiburg i. Br. 1970, S. 192, zit. nach Sieber (1981), S. 35.

¹² Wünsche des anderen werden zu eigenen Zielvorstellungen. Eine gute Voraussetzung ist die Übernahme von Wertsystem, Ideologie und Ordnungsstrukturen des Mächtigeren. Für den Machtinhaber, der damit auf direkten Gewalteininsatz verzichten kann, reduziert die "strukturelle Gewalt" (Galtung) die Kosten. Vogel (1979), S. 133 ff. unterscheidet zufällige Kongruenz des Handelns aufgrund unterschiedlicher Ziele und systematische Kongruenz aufgrund gleicher Ziele. Zwischen den Akteuren mit gleichen Zielen kann ein Dominanz-Dependenz- oder ein Konkordanzverhältnis bestehen. Zu "Einfluß" s. a. End (1973), S. 91 ff.

nahme fremder Elemente muß nicht zwangsläufig negativ (i. S. von Strukturverzerrungen etc.) gedeutet werden, kann sie doch auch einen positiven Beitrag zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung leisten.

Weitergehende Ansätze gehen über den Nationalstaat hinaus und beziehen *transnationale* Gesellschaften und Organisationen (Unternehmen, Parteien, Verbände, Religionsgemeinschaften etc.) in ihre Überlegungen zu Interdependenz und Abhängigkeit ein. Die *Penetration* gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse durch die Präsenz Außenstehender im Innern des Systems reduziert die Autonomie einzelner Staaten. Hinzu kommen wachsende intergouvernementale Verflechtungen, da gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie der Umweltschutz den nationalstaatlichen Rahmen sprengen. Die Pluralisierung der Gesellschaften fördert den Zerfall gesamtgesellschaftlicher in partikuläre Interessen, die ebenfalls ein kohärentes und autonomes staatliches Verhalten erschweren.

Auch zur Untersuchung der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR bietet sich dieser Ansatz an. Statt gesamter globaler oder nationaler Systeme werden hier die Beziehungen zum Nahen Osten betrachtet. Wie *empfindlich* und *verletzlich* war die DDR als Wirtschaftssystem und als Akteur in ihren Beziehungen zum Nahen Osten? Welchen *Einfluß*, welche *Kontrolle* hatte sie über die Resultate ihrer Nahostbeziehungen; wie weit konnte sie ihre Ziele und Vorstellungen durchsetzen? Quantitative Indikatoren beschränken sich im folgenden auf übliche Außenwirtschaftsziffern. Als wesentliche Parameter werden berücksichtigt

- die Zentralität der Zielsetzungen,
- die ideologische Selbstbeschränkung,
- die außenwirtschaftliche Öffnung der DDR (auch im Vergleich zu anderen RGW-Staaten),
- die relative Bedeutung der Entwicklungsländer, des Nahen Ostens und einzelner Staaten,
- die Struktur des Warenaustauschs und die sektorale Konzentration der Beziehungen,
- die Bedeutung der DDR für die Beziehungspartner,
- die Bedeutung dritter Akteure,
- die Ressourcenausstattung der DDR bzgl. der relevanten Probleme sowie
- Existenz und Kosten alternativer Strategien.

4 DIE ERSTE HAUPTPHASE DER NAHOSTBEZIEHUNGEN: DIE AUSSENWIRTSCHAFT IM DIENSTE DER ANERKENNUNG

4.1 Die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu den EL und ihre zentrale Rolle in der Anerkennungspolitik

Nach Kriegsende lag die gesamte "Regierungsgewalt" im Osten Deutschlands in den Händen der Siegermacht. Diese konnte ihre eigene Ideologie übertragen und die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung schrittweise nach sowjetischem Vorbild umgestalten.¹³ Ab 1947 wurden gewisse Bereiche der Selbstbestimmung vor allem in Wirtschaft und Binnenhandel etabliert. Schließlich gestand die UdSSR der DDR auch außenpolitische Aktionsfähigkeit zu. Zugleich

¹³ Zur zunehmenden außenpolitischen und -wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit der DDR in der Nachkriegszeit vgl. Paschke (1970), S. 2 ff., End (1973), S. 32 ff.; Osten (1969), S. 9 ff.; Lamm/Kupper (1976), S. 38 ff. Zu Rechtsgrundlagen und Organen der Außenwirtschaftsbeziehungen s. Paschke (1970), S. 105 ff., 127 ff., 140 ff.; Hendrichs (1981), S. 19 ff., 32. S. a. Haendcke-Hoppe (1980), S. 13, 46; Diech (1985).

wurden die institutionellen Voraussetzungen für die Aufnahme von Außenwirtschaftsbeziehungen geschaffen. Als notwendiger Bestandteil einer zentralgeleiteten Wirtschaft wurde das staatliche Außenhandels- und Valutamonopol angesehen. Viele Wirtschaftseinrichtungen fanden Parallelen in der Organisation des Parteiapparates, die Außenwirtschaftsaktivitäten liefen i. d. R. auch über die Schreibtische des Außenministeriums¹⁴. 1954 erhielt die DDR die volle Souveränität mit Ausnahme von Sicherheitsfragen und der Viermächteverpflichtungen.

Der Außenhandel war anfangs noch gering. Die eigenen Ressourcen wurden für den Wiederaufbau benötigt, Devisen für Importe waren kaum vorhanden. Nach einer radikalen Umorientierung der außenwirtschaftlichen Verflechtungen beanspruchte schon vor 1949 Osteuropa den überwiegenden Anteil des ostdeutschen Außenhandelsumsatzes (60-70%). Allein auf die UdSSR entfielen, auch in den späteren Jahren, 35-45% des gesamten Warenaustausches; lange Jahre stellte sie 90% der Rohstoffimporte der rohstoffarmen DDR. Deren Exporte bestanden bis 1953 vor allem aus erzwungenen Reparationen.

In der Frühphase der DDR waren die Außenbeziehungen noch von der stalinistischen Zwei-Lager-Theorie geprägt, die 1947 als Antwort auf die Eindämmungspolitik Trumans formuliert wurde.¹⁵ Der Ost-West-Konflikt wurde schematisch auf die EL übertragen. Der Systemantagonismus sollte zu einer quasi-gesetzmäßigen Interessenidentität der sozialistischen Staaten mit den "jungen Nationalstaaten" führen. Gesicherte Ölversorgung und gespannte Beziehungen zu den arabischen "Bourgeoisien" hatten außerdem das sowjetische Nahost-Engagement zu Anfang der 50er Jahre gebremst.

Ab 1954 begann sich die Sowjetunion gegenüber der Dritten Welt zu öffnen. Bestrebungen der USA nach größerer militärischer Präsenz und amerikanisch-arabische Spannungen führten zur Änderung des neutralen bis proisraelischen Kurses und zur Annäherung an die arabische Welt. Nach der Bandung-Konferenz erkannte der XX. Parteitag der KPdSU 1956 die Möglichkeit einer formellen Blockneutralität an und bewertete sie als ersten Schritt zur Ablösung des westlichen Einflusses in den EL. Als Brennpunkten internationaler Klassenauseinandersetzung, aufgrund ihrer strategischen Lage und der "stürmischen Entwicklungsprozesse" kam den nächstlichen, an den sowjetischen Machtbereich angrenzenden Staaten ein hervorragendes Gewicht zu.

Den EL leisteten die sozialistischen Staaten "ideologiefreie Wirtschaftshilfe". Der Begriff der "Entwicklungshilfe" war lange Zeit verpönt, bezeichnete er doch als augenblickliche Form des Imperialismus die systemspezifischen Beziehungen kapitalistischer Staaten zu den EL. "Sozialistische Hilfe" war integraler Bestandteil der Wirtschaftsbeziehungen. Erhebliche entwicklungs-fördernde Aspekte wurden unter Beachtung "des gegenseitig vorteilhaften Tausches" dem Au-

¹⁴ Dies ergibt sich aus einer ersten groben Aktenübersicht, die sich der Autor in den relevanten Archiven im Sommer/Herbst 1995 in Berlin und Potsdam verschaffte. Zu den SED-Akten s. a. Schwanitz (1993).

¹⁵ Zu den ideologischen Grundlagen der DDR-Entwicklungsländerpolitik s. hier und im folgenden Lamm/Kupper (1976), S. 25 ff.; Bärschneider (1985), S. 26 ff.; Spanger/Brock (1987), versch. S.; Hillebrand (1987), S. 15 ff., 31 ff., 55 ff. S. a. Hafez (1995b); Reime (1972), S. 5 ff.; Schleicher (1995), S. 202; Hirschfeld (1978), insb. S. 71 ff., 95 ff.; Hendrichs (1981), S. 3 ff.; Lange (1986), S. 140 ff., 168 ff. Eine profunde Darstellung der ostdeutschen Nahostforschung gibt das umfangreiche, hier nur partiell rezipierte Werk von Hafez (1995a). Vgl. auch Verweise in allgemeinen Darstellungen zur Außenpolitik: aus DDR-Sicht Hahn u. a. (1974), insb. S. 46 ff., 138 ff., 282 ff.; Autorenkollektiv (1979); Hänisch/Krüger/Vogl (1984); Hänisch (1972); aus westlicher Sicht Osten (1969), S. 46 ff.

Benhandel zugesprochen. Tatkräftig unterstützt wurden vor allem die Länder, die den antiimperialistischen Kampf auch tatsächlich führten. Auch die DDR hob immer wieder den internationalistischen Charakter ihrer Außen- und Außenwirtschaftspolitik hervor.

In den dargestellten Macht- und Abhängigkeitstheorien wird von der internationalen Aktionsfähigkeit souveräner Staaten ausgegangen. Für die DDR, die sich nach und nach vom Ziel der deutschen Einheit verabschiedete, stand nach der formalen erst einmal das Erlangen der faktischen außenpolitischen Handlungsfähigkeit im Mittelpunkt.¹⁶ Diese versuchte sie über die Aufnahme regulärer diplomatischer Beziehungen zu den EL zu erreichen. Dem rechtlich-historisch begründeten Alleinvertretungsanspruch der BRD setzte sie einen politisch-ideologischen Repräsentationsanspruch für ganz Deutschland entgegen. Propagandistisch ausgenutzt wurden die Sympathien für das kolonial weitgehend unbelastete "Deutschland" und das Selbstverständnis als Wahrerin antifaschistischer, freiheitlich-demokratischer deutscher Geschichtstraditionen¹⁷. Der eigene Aufbauprozess wurde den EL als zukunftsweisendes Modell vorgestellt. Über die Anerkennung in der Dritten Welt bemühte sich die DDR auch, Legitimation und Prestige im eigenen Staat und im eigenen Lager zu gewinnen.

Dies bedurfte allerdings einer besonders aktiven Politik, um die politischen und ökonomischen Startnachteile gegenüber der BRD auszugleichen. Waren viele EL, die im Nahen Osten bereits im Laufe der 40er und 50er Jahre unabhängig geworden waren, schon die ganze Zeit zurückhaltend hinsichtlich der Aufnahme von Kontakten, so erschwerte die Deklaration der "Hallstein"-Doktrin im Dezember 1955 die Lage weiter. Bei Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR drohte die BRD mit politischen und wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen. Mit der Zusage von Entwicklungshilfe versuchte sie ihre Vorstellungen gegenüber den EL durchzusetzen.

Um das zentrale Ziel ihrer Außenbeziehungen zu erreichen, mußte die DDR eine Strategie entwickeln, mit der sie außerhalb der "klassischen Außenpolitik" zunehmende Stufen der diplomatischen Anerkennung erreichen konnte. Hauptsächliches Anliegen war institutionelle Präsenz in möglichst vielen Ländern auf jeweils höchstmöglichem Niveau. Wie in der deutschen Außenpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts "die Flagge" schon häufig "dem Handel" gefolgt war, so standen auch nun Einsatz und Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen im Mittelpunkt, auch wenn sie nicht immer ökonomisch vorteilhaft erschienen. Auch kulturelle Beziehungen sowie wissenschaftliche und technische Hilfeleistungen schienen unverfänglich genug, um damit langfristig Erfolge auf den sensiblen Feldern der Anerkennungs- und Blockpolitik erreichen zu können.

¹⁶ Zu den außenpolitischen Motiven der DDR vgl. Reime (1972), S. 10 ff.; Hafez (1995b), S. 77 ff.; Hirschfeld (1978), ab S. 78 ff.; Lamm/Kupper (1976), S. 48 ff. Zu deutschlandpolitischen Positionen s. a. Noack (1981), S. 34, 45; End (1973), S. 28 ff.; Osten (1969), S. 21 ff. Zum Alleinvertretungsanspruch der BRD s. Noack (1981), S. 11 ff., 57 ff.; Grewe (1960); End (1973), S. 19 ff., 34 ff. Aus DDR-Sicht s. bspw. Hänisch (1972), S. 12 f., 29 f. Zur entwicklungspolitischen Bedeutung für die BRD vgl. Spanger/Brock (1987), S. 286 ff.; Sohn (1972), insb. S. 235 ff.

¹⁷ Vgl. Kupper/Yenal/Zastrow (1971), S. 11 ff.: Hinweise gegenüber arabischen Ländern auf die Fortsetzung reichsdeutscher Expansionspolitik in Nahost (Baghdad-Bahn-Politik, "Panthersprung nach Agadir" etc.) hatten vor dem Hintergrund weitverbreiteter Sympathien für die meist proarabische und antijüdische Politik deutscher Staatsführer weniger Erfolg als Verweise auf die aktuelle prowestliche und angeblich proisraelische Politik der BRD. Zur Partizipation der DDR am guten "deutschen Ruf" s. a. Reime (1972), S. 10 f. Zu den geschichtlichen Wurzeln s. a. Hahn u. a. (1974), S. 42 ff.; Autorenkollektiv (1979), S. 36 ff.; Hänisch/Krüger/Vogl (1984), S. 17.

Hauptziel der DDR im Warenverkehr war der Abschluß bilateraler Abkommen *auf Regierungsebene*.¹⁸ Neben der politischen Aufwertung sollten die möglichst langfristigen und staatlich abgesicherten Vereinbarungen für größtmögliche Sicherheit hinsichtlich der Eingliederung des Außenhandels in die nationalen Wirtschaftspläne sorgen. Wurden Regierungsabkommen nicht akzeptiert, schloß die Notenbank "Bankenabkommen" mit der Staatsbank des Partnerlandes. Ein noch geringerer Status wurde "Kammerabkommen" der 1953 gegründeten Kammer für Außenhandel¹⁹ mit ausländischen Partnern beigemessen. Die Kompetenzen der errichteten Handelsvertretungen - notfalls akzeptierte sie auch Kammervvertretungen oder Messebüros - versuchte die DDR Schritt um Schritt auf Konsular-, Kurier- und Chiffrierrechte, Zollfreiheit und Immunität auszuweiten. Messebeteiligungen nutzte sie zur Kontaktaufnahme. Bezeichnungen der Missionen und von Messeständen, Empfänge des Diplomatischen Corps und das Aufziehen der DDR-Flagge dienten der Selbstaufwertung ihres Status. Die seltenen, meist noch niedrigrangigen Visiten in der DDR erhielten den Charakter von Staatsempfängen.

Ökonomisch erfüllte der Außenhandel lange Zeit nur eine Ergänzungs- und Kompensationsfunktion für die Binnenwirtschaft: Exporte dienten dazu, Importgüter zu erwerben, die inländische Defizite, v. a. in der Rohstoffversorgung, deckten, oder um kurzzeitige Produktionsüberschüsse außerhalb des begrenzten Binnenmarktes abzusetzen. In ihrem generellen Autarkiestreben erkannten die sozialistischen Staaten dem Außenhandel eine weitergehende, eigenständige Bedeutung hinsichtlich Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Technologietransfer etc. zunächst nicht zu. Die internationale Verflechtung der DDR-Volkswirtschaft war daher gering.²⁰

Erst gegen Mitte der 50er Jahre begann die DDR nennenswerte Wirtschaftskontakte zu EL zu unterhalten.²¹ Im Zentrum der außenwirtschaftlichen Beziehungen stand der Warenaustausch,

¹⁸ Zu den Vertragsformen s. Paschke (1970), S. 79 ff., 89 ff., 118 ff., 185 ff.; Hendrichs (1981), S. 22 f.; Lamm/Kupper (1976), S. 100 ff. Für die DDR galten *alle* internationalen Vereinbarungen als juristische Manifestationen der faktischen Anerkennung ihrer Existenz.

¹⁹ Die Kammer diente der Pflege von Beziehungen mit ausländischen Handels- und Wirtschaftseinrichtungen vor allem außerhalb des Ostblocks und der Organisation von Messen und Ausstellungen im In- und Ausland.

²⁰ Zur "Funktion" des Außenhandels s. a. Haendcke-Hoppe (1980), S. 9 ff., 18; Bolz (1983), S. 372; Diech (1985), S. 123; Klinkmüller (1959), S. 1 ff. Die Berechnung von Außenhandelsquoten ist aufgrund des unbekanntenen Wechselkurses der Valuta- (VM) zur Binnenmark (M) etc. schwierig. Nach Haendcke-Hoppe (1980) stieg die Exportquote 1965-80 von 24% auf 30%. Diese Werte waren jedoch überschätzt, da sie sich auf das Nationaleinkommen bezogen (z. Vgl. BRD 1980: 34% des Bruttosozialprodukts). Setzt man 1 VM = 1 M, stieg die Exportquote 1955-84 von 3¼% auf 12½% (vgl. Tab. 1). Der Außenhandelsumsatz pro Kopf verdreifachte sich zwar 1970-80, 50% des Anstiegs waren jedoch preisbedingt. Der Welthandelsanteil der DDR betrug zuletzt unter 1% (s. German-Arab Trade (Winter 1990), S. 7; BRD 10%). Zum allmählichen Wandel des Problembewußtseins, der schon mit den Wirtschaftsreformen ("Neues Ökonomisches System" 1963 und "Ökonomisches System des Sozialismus" 1967) einsetzte, s. aus DDR-Sicht auch Böttcher (1967).

²¹ Zur Bedeutung des EL-Handels und zur geographischen Struktur des DDR-Außenhandels s. im gesamten Text Lamm/Kupper (1976), S. 122 ff., 259 ff.; Hendrichs (1981), S. 73 ff., 238 ff.; Kupper/Yenal/Zastrow (1971), S. 90 ff., 237 ff.; Bärschneider (1985), S. 33 f.; Spanger/Brock (1987), S. 244 ff.; Hillebrand (1987), S. 127 ff. sowie Tab. 1. S. a. Angaben bei Hänisch/Krüger/Vogl (1984), S. 213, 309; Klinkmüller (1959), S. 58, 85 ff.; Paschke (1970), S. 29 f.; Haendcke-Hoppe (1980), S. 19 ff.; Schultz (1990), S. 310, 320 ff.; Lange (1986), S. 189 f. Die Gruppe der EL, wie sie in DDR-Statistiken politisch motiviert geführt und hier weitgehend übernommen wurde, deckte sich nicht mit der international üblichen Definition (im folgenden: "*alle* EL"): die südeuropäischen Staaten wurden dem kapitalistischen Weltsystem, sozialistische EL (nach Hillebrand (1987), S. 131 ff. seit 1979/83 wohl auch Länder "sozialistischer Entwicklung", s. u.) dem eigenen Lager zugeordnet. Ein bedeutender Anteil, zeitweise bis zu drei Viertel, wurde dadurch nicht als EL-Handel erfaßt. Den innerdeutschen Handel bezog die DDR seit 1967 in das Gesamthandelsvolumen ein. Je nach Berechnungsgrundlage liegen daher unterschiedliche Angaben zu Außenhandelsanteilen vor. Weitere Probleme ergeben sich durch lückenhafte Angaben. Seit 1975 veröffentlichte die DDR nur noch Handelsumsätze. Angaben über die Warenstruktur machte sie nur vereinzelt.

meist in Form von Kompensationsgeschäften. Ziel der DDR war die weitmöglichste Spezifizierung der den vereinbarten Handelsabkommen beigelegten Warenlisten, damit sie als Grundlage der innerstaatlichen Planung dienen konnten. Im Zahlungsverkehr herrschten zunehmend Verrechnungsabkommen mit Swing statt Zug-um-Zug-Lieferungen vor. Vorteilhaft erschienen im bilateralen Handelsverkehr mit den EL die möglichen Devisenersparnisse und die größere Unabhängigkeit von Preisschwankungen auf dem Weltmarkt, die Verstetigung der Handelsentwicklung und damit für die EL die langfristige Sicherung der Exporterlöse.²² Die in den Handelsabkommen festgelegten Verrechnungspreise sollten sich weitgehend am Weltmarkt orientieren. Die langfristigen Vereinbarungen boten jedoch keine Reaktionsmöglichkeiten auf für die EL positive Preisveränderungen.²³ Die EL verzichteten durch die Umlenkung ihrer Exporte auf die DDR und andere Ostblockstaaten auf Deviseneinnahmen, es ergaben sich für sie Einnahmeverluste durch Reexporte der an den Ostblock gelieferten Waren und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit blieb zurück, da Nachfragestruktur und -wachstum des Ostblocks dem Weltmarktrend entgegenstanden.

Unter den europäischen RGW-Staaten hatte die DDR viele Jahre einen der hinteren Plätze im EL-Handel inne.²⁴ Mit sozialistischen EL wickelte sie 1960 7% ihres Außenhandels ab. Auf die übrigen EL entfiel bis 1954 ein Anteil von unter 1½%, auch danach betrug er bis Ende der 60er Jahre lediglich 3-5%. Die fünf größten Partner in der Dritten Welt vereinigten regelmäßig mehr als die Hälfte, die zehn größten mind. 70% des Handelsvolumens auf sich. Dabei nahm die Konzentration seit 1955 (88% resp. 96%) ohne Unterlaß ab. Charakteristisch waren das irreguläre Wachstum des EL-Handels und der stete Überschuß der DDR 1952-57 und seit 1961.

Der Handel der DDR wie der anderen europäischen RGW-Staaten mit den EL folgte lange Zeit klassischen Mustern des Nord-Süd-Handels.²⁵ Die DDR exportierte hauptsächlich Fertigprodukte, im wesentlichen Maschinen und technische Ausrüstungen für die Textil-, Druck- und Bauindustrie und für den Ausbau der Infrastruktur.²⁶ Allein auf Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie entfiel 1965 ein Anteil von 65%. Für einzelne DDR-Produkte, die auf westlichen Märkten meist wenig konkurrenzfähig waren, kam den EL als Absatzmärkten wie der DDR als Lieferant eine große Bedeutung zu. In einzelnen Investitionsgütersektoren über-

²² Vgl. im folgenden insb. Lange (1986), S. 212 ff. Hier sind nur sehr allgemeine Aussagen, meist für den gesamten Ostblock, möglich.

²³ 1952-63 sollen jedoch die bilateral vereinbarten Preise für bestimmte Exportgüter, u. a. für Baumwolle (ca. 6-10%), höher als auf dem Weltmarkt gewesen sein; die Preise für Einfuhren aus sozialistischen Ländern sollen bspw. für Ägypten 1962/65 im Schnitt ca. 5-6% geringer gewesen sein, vernachlässigen aber wohl die erheblichen Qualitätsunterschiede. Erst später wurden Preisgleitklauseln eingeführt (vgl. auch unten das Verhalten der Ölexportländer in den 70er Jahren).

²⁴ Anteilsmäßig stand die DDR in den 60er Jahren nur vor Rumänien; dem absoluten Volumen nach übertrafen sie auf jeden Fall die UdSSR, die ČSSR und Polen. Vgl. auch Osten (1969), S. 80, 83 f.; Hirschfeld (1978), S. 222 f. Der EL-Anteil am Außenhandel war in den 60er Jahren etwa halb bis ein Drittel so groß wie in der BRD, diese tauschte 1968 das 24fache Volumen mit den EL aus.

²⁵ Zur Warenstruktur des Außenhandels (auch des Ostblocks) s. Kupper/Yenal/Zastrow (1971), S. 93 ff.; Hirschfeld (1978), S. 228 ff.; Buck (1983), S. 56 ff., 63 ff.; Bärschneider (1985), S. 34 ff.; Lange (1986), ab S. 172 ff.; Spanger/Brock (1987), S. 261 ff.; Kipke (1988), S. 32; Schultz (1990), S. 315, 321 f. S. a. Hillebrand (1987), S. 144 f.; Lamm/Kupper (1976), S. 128 ff., 156 ff., 275 ff.; Hendrichs (1981), S. 26 f.; aus östlicher Sicht Hänisch/Krüger/Vogl (1984), S. 309, 367.

²⁶ Auch die UdSSR tauschte im Handel mit der DDR überwiegend Rohstoffe gegen hochwertige Industrieerzeugnisse ein (s. bspw. Paschke (1970), S. 29 f.). Im Rahmen der RGW-Spezialisierung war die DDR Hauptlieferant des Ostblocks für Investitionsgüter (s. Haendcke-Hoppe (1980), S. 4).

traf der Anteil der Exporte in EL den Anteil der Ausföhren in westliche Industrieländer (1969). Eingeföhrt wurden von der DDR traditionelle Ausföhrgüter der EL, vor allem mineralische und pflanzliche Rohstoffe, deren Importanteil sich in den 60er Jahren auf ca. 75-80% belief. Zwar wurden zunehmend auch Exporte von Industriewaren unterstützt, ihr Umfang blieb jedoch bis Anfang der 70er Jahre gering.

Ergänzt wurde der Handel von Vereinbarungen über "wirtschaftliche" und "wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit" (WTZ). Vereinbarungen über "ökonomische und technische Zusammenarbeit" hatten eher programmatischen Charakter, enthielten aber auch Kreditzusagen.²⁷ Ökonomisch diente die Kapitalhilfe der DDR vor allem als Instrument zur Förderung ihrer Exporte. Projektgebundene "Aufbaukredite" entsprachen am ehesten der westlichen Definition von Kapitalhilfe i. e. S. Ihre Laufzeit betrug 8-13 Jahre, der jährliche Zinssatz 2,5-3%, i. d. R. war mindestens das erste Jahr nach Lieferung der Anlagen bzw. Inbetriebnahme des Projektes tilgungsfrei. Schwer davon zu trennen waren liefergebundene "Handelskredite", deren Jahreszins meist zwischen 4% und 5% lag und deren Rückzahlung bereits mit dem Vertragsabschluß einsetzte.

Industrielle Kooperationsbeziehungen bestanden anfangs vor allem aus Zulieferungen. Die Rückzahlung der Hilfsleistungen erfolgte meist im Rahmen von Kompensationsgeschäften, i. d. R. mit traditionellen Exportgütern oder mit Waren, die auf den neuen Anlagen produziert wurden. Den EL sollte dies die Verfolgung von Entwicklungszielen unabhängig von den eigenen finanziellen Ressourcen ermöglichen. Insbesondere bei den Projektkrediten ließ sich eine Konzentration auf den staatlichen Sektor und den Industriebereich feststellen. Daneben waren der genossenschaftliche Sektor, die Landwirtschaft und der Planungsbereich von Bedeutung.²⁸ "Solidaritätsleistungen" umfaßten kostenlose Zuwendungen in den Bereichen Kultur, Bildung und Gesundheit sowie Spenden der Bevölkerung und Massenorganisationen, machten aber nur einen geringen Anteil der gesamten Kapitalhilfe aus.

²⁷ Zur Kapital- und Entwicklungshilfe der DDR (auch zur personellen, kulturellen und Bildungszusammenarbeit) s. im gesamten Text Kramer (1966); Lamm/Kupper (1976), S. 133 ff.; Hendrichs (1981), S. 36 ff.; Schultz (1986) und (1990); Lange (1986), S. 97 ff., 148 ff.; Spanger/Brock (1987); Hillebrand (1987), S. 145 ff., 166 ff.; Winrow (1990), S. 173 ff. Zu den Zahlenangaben vgl. auch Tab. 2 und 3. S. a. Osten (1969), S. 82 ff.; Müller (1970), insb. ab S. 126; Dornbusch/Vogelsang (1973); Haendcke-Hoppe (1980), S. 62 ff.; Bärschneider (1985); Kipke (1988); Kupper/Yenal/Zastrow (1971), S. 105 ff.; Paschke (1970), S. 95 f. Die "Kapitalhilfe" weist eine noch schlechtere Quellenlage als der Handel auf. Sofern die DDR Zahlen veröffentlichte, blieben die Berechnungsmethoden unklar. Da nur langfristige Rahmenabkommen über Umfang, Verwendungszweck und Konditionen der Kapitalhilfe geschlossen wurden, ergeben sich erhebliche Schwierigkeiten zwischen bereitgestellter und tatsächlicher Hilfe, die in jährlichen Protokollen festgehalten wurde, zwischen Militär- und Wirtschaftshilfe sowie Liefer- und Aufbauhilfe zu unterscheiden. In der Literatur sind meist nur kumulierte Angaben vorhanden. In den 80er Jahren umfaßte die "Entwicklungshilfe" auch Leistungen der technischen und personellen Zusammenarbeit. Auch die kaum verifizierbaren Preisvorteile im Handel wurden einbezogen. Über die sektorale Verteilung gab es nur vereinzelt Informationen. Lange Zeit wurden nur Bruttowerte veröffentlicht. Weitgehend den Kriterien des DAC entsprechende Angaben publizierte die OECD. Zunehmend sollen ostdeutsche Lieferanten und Banken auch "kommerzielle Kredite" für bestimmte Projekte oder zur freien Verwendung zur Verfügung gestellt haben.

²⁸ Lamm/Kupper (1976) nennt beispielhaft Aufbaukredite für Anlagen für die Landwirtschaft, für die Nahrungsmittel-, Baustoff-, Hütten-, Textil- und petrochemische Industrie, für Kraftwerke, Druckereien und Krankenhäuser sowie für Kran-, Signal-, Funk- und Fernmeldeanlagen und für Ausrüstung für Forschung und Ausbildung. Dies entspricht der Warenstruktur der DDR-Exporte in EL. S. a. Hänisch/Krüger/Vogl (1984), S. 400 f.

Die Kosten für die Anleitung von Arbeitskräften in EL durch entsandte Experten oder für ihre Ausbildung in Lieferbetrieben der DDR, die meist im Zusammenhang mit WTZ-Projekten vereinbart wurden, wurden kreditiert. Hinzu kamen die Aus- und Fortbildung für Bürger der EL in der DDR (Praktika und Berufsausbildung, Hochschulstudium, Schulung von Funktionären und Journalisten), die meist die DDR finanzierte, und die Bildungsförderung in den EL selbst, für die größtenteils das Empfängerland aufkam. Da die Abkommen mit der DDR jeweils gesamte Volkswirtschaften als Tauschpartner umfaßten, wurden Handels-, Kredit- und technische Kooperationsvereinbarungen häufig in gemeinsamen Rahmenabkommen verbunden. Die unvollkommene Trennung zwischen Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit entsprach dem "aid & trade"-Ansatz der "sozialistischen Hilfe". Einen einheitlichen entwicklungspolitischen Ansatz verhinderten jedoch die zersplitterten Zuständigkeiten für einzelne Aufgaben; einen gewissen Überblick über die Maßnahmen hatte nur die Parteispitze.

Im Vergleich zu ihren Verbündeten begann das finanzielle Engagement der DDR spät und war lange Zeit gering.²⁹ Entgegen den Forderungen der EL nach Verstetigung verzeichnete die Kapitalhilfe der DDR wie aller RGW-Staaten ein stark schwankendes Volumen. Die Summe der Kapitalhilfe lag in der zweiten Hälfte der 50er Jahre unter 60 Mio. \$. Bis Mitte der 60er Jahre waren Zusagen von insgesamt über 350 Mio. \$ aufgelaufen.³⁰ Der Anteil der Kreditauszahlungen an den Hilfszusagen war mit nur 23% in der DDR (1954-69) überdurchschnittlich gering (RGW 37%). 1969 umfaßte die Nettokapitalhilfe der DDR 0,02% ihres BSP (RGW 0,04%). Je nach Quelle gingen 76-90% (RGW 77,5%) der Kredite an die zehn wichtigsten Empfängerstaaten.

4.2 Die ersten Nahostkontakte der DDR bis Mitte der 60er Jahre

Ägypten, dem unter den blockfreien und den arabischen Staaten eine führende Rolle zukam, stand in der Anfangsphase stets im Mittelpunkt der ostdeutschen Bemühungen.³¹ Nach dem Austausch provisorischer Warenlisten Ende 1952 wurde im März 1953 das erste Handels- und Zahlungsabkommen auf Regierungsebene mit einem EL unterzeichnet. Im selben Jahr eröffnete die DDR in Kairo eine Handelsvertretung. 1954 fand die erste Industrieausstellung der DDR in einem EL in Ägypten statt. Es begann der stete und starke Aufschwung des bilateralen Handels.³²

²⁹ Hauptgeber der östlichen Kapitalhilfe an EL war 1954-76 mit ca. zwei Dritteln die Sowjetunion, der Anteil der DDR an der aufsummierten Kapitalhilfe stieg von 4,5% (1954-66) auf 6% (1954-69/70); bis 1970 hatte sie den dritten Platz hinter der CSSR inne.

³⁰ In der angeführten Literatur liegt die Schwankungsbreite der Angaben für die Gesamthilfe bis 1969 bei 577-650 Mio. \$, für 1954-70 bei 703-809 Mio. \$. Zum Vgl.: Die BRD vergab allein 1971 öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) von 2,56 Mrd. DM - dies entsprach 0,34% des BSP (alle Leistungen 6,69 Mrd. DM; 0,88% des BSP) -, davon 0,21 Mrd. DM multilateral. Die Gesamtsumme der Nettoleistungen war auf 24,50 Mrd. DM angewachsen; etwa 47% bestanden aus nichtzurückzahlenden Zuwendungen. Auch ihre öffentlichen Leistungen gingen bis 1970 zu 76% an zehn Länder.

³¹ Zu den ostdeutsch-ägyptischen Beziehungen s. a. Kramer (1974), S. 221 ff.; Abediseid (1976); Hünseler (1990), jeweils versch. S.; Schwanitz (1991); Lorenzen (1995).

³² Zu Umfang und Verteilung des Arabien- und Nahosthandels s. über die allgemeinen Angaben hinaus Buck (1983), S. 56 ff.; Hirschfeld (1978), S. 223 ff. Zum Nahosthandel des Ostblocks s. a. Lange (1986), S. 176 f., 188 ff.; Müller (1970); Hübner (1968). Zum Ägyptenhandel s. a. Lamm/Kupper (1976), S. 154 ff.

Nach der Verschärfung des ägyptisch-israelischen Konfliktes 1955 waren Kontakte auf höherer Ebene möglich. Die erste Reise eines DDR-Ministers außerhalb des Ostblocks führte im November den Minister für Außenhandel Rau nach Indien und Ägypten. Die Besprechungen führten zum Abschluß des ersten langfristigen Handelsabkommens; die bestehende DDR-Vertretung erhielt konsularische Rechte. Den Vorschlag, daß die DDR Finanzierung und Durchführung des Aswândammprojektes übernehmen sollte, reichte Rau an Ulbricht weiter, um mit den Verbündeten über ein gemeinsames Angebot zu beraten. Ägypten wuchs zu einem Haupthandelspartner heran, der über ein Drittel des Handels mit nichtsozialistischen EL und vier Fünftel des Arabienhandels auf sich vereinte.³³ Von Kairo aus bearbeitete ein "Bevollmächtigter der Regierung der DDR für die arabischen Staaten" die gesamte Region.

Die rapide verschlechterten Beziehungen der arabischen Welt zum Westen 1956 brachten der DDR kaum unmittelbare Vorteile, obwohl Solidaritätsbewegungen "Freundschaftshilfe" (Spenden von 1,2 Mio. M) leisteten und die DDR Lotsen für den Suezkanalverkehr zu Verfügung stellte, medizinisches Personal entsandte und ägyptischen Studenten aus westlichen Staaten "Asyl" gewährte. Zwar konnte die DDR im Nachkriegsjahr 1957 ein überdurchschnittliches Umsatzwachstum im Ägyptenhandel realisieren, erst 1959 erfuhren jedoch die Beziehungen mit einer Besuchsreise des Ministerpräsidenten Grotewohl eine beträchtliche Aufwertung. Die Errichtung von Generalkonsulaten (mit beschränktem Exequatur) akzeptierte die BRD nach der Zusage Ägyptens, daß dies keine Anerkennung bedeute. Weitere Erfolge der DDR blieben aber aufgrund der Anziehungskraft der BRD vorerst aus.

Auch im Bereich der Kapitalhilfe war Ägypten das erste Land, mit dem eine intensive Zusammenarbeit der DDR zustande kam.³⁴ 1955 akzeptierte es mit dem ägyptisch-tschechoslowakischen Waffengeschäft erstmals sowjetische Hilfe. Im Zuge des Suezkrieges erhielt Ägypten 1958 drei sowjetische Kredite über 500 Mio. \$³⁵. Das Abkommen mit der DDR über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit von 1958 umfaßte den ersten Aufbaukredit von 21,5 Mio. \$ zur Finanzierung ostdeutscher Lieferungen. Mit Zusagen von 27,2 Mio. \$ bis 1961 war die DDR das siebtgrößte Geberland (an dritter Stelle stand die BRD mit 153 Mio. \$), das zweitgrößte aus dem RGW. Bis März 1965 ging die Hälfte aller DDR-Kredithilfen an die VAR (136,6 Mio. \$). Nicht einberechnet wurde dabei der kurzfristige Lieferkredit über 91,5 Mio. \$ von 1956.

Das zweite offizielle Handels- und Zahlungsabkommen schloß die DDR 1953 mit dem Libanon, der als traditionelles Transitland die Möglichkeit bot, Wirtschaftskontakte zu weiteren Nahoststaaten zu knüpfen. Um den Markt intensiver bearbeiten zu können, wurde 1955 die Eröffnung einer Handelsvertretung vereinbart, die Anfang 1956 ihre Arbeit aufnahm. Auf den

³³ Ein Vorfall, der bis zu Grotewohl gereicht wurde, zeigt auf, wie in dieser Zeit der deutsch-deutsche Konflikt auch direkt in die Wirtschaft getragen wurde: 1954-56 überfluteten gefälschte Schreiben Partner ostdeutscher Firmen u. a. in Ägypten und Marokko mit Stornierungen und Kündigungen "wegen der Aufrüstung der UdSSR", die zu Schäden in Millionenhöhe geführt haben sollen (s. Schwanitz (1994a), S. 641).

³⁴ Zu den Kreditbeziehungen zu Ägypten s. a. Kramer (1966), S. 243 ff.; Lamm/Kupper (1976), S. 161 ff.; Lange (1986), S. 144, 153 ff.; Kupper/Yenal/Zastrow (1971), S. 52, 236; Hafez (1995b), S. 82 f.

³⁵ Darunter 325 Mio. \$ für den Bau des Aswânstaudamms, den die UdSSR federführend übernommen hatte.

kurzzeitig zweitwichtigsten arabischen Handelspartner entfielen nicht mehr als 7% des Arabienhandels; dieser Anteil sank bis 1960 bereits auf 4%.

Das nächste Zahlungsabkommen wurde 1955 mit dem Sudan geschlossen. Trotz seines Interesses an der Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen war der Sudan nach der Genehmigung einer DDR-Handelsvertretung nicht zu einem höheren Grad der Anerkennung bereit. In den ersten zehn Jahren vereinte er zeitweise 8% des Arabienhandels auf sich; das Austauschvolumen weitete sich nach dem ersten Aufschwung jedoch kaum noch aus. 1963 lehnte der Sudan ein Kreditangebot der DDR ab; eine neue Offerte blieb aufgrund eines Umsturzes bis 1966 unbeantwortet³⁶.

Auch mit Syrien nahm die DDR mit einem Handels- und Zahlungsabkommen und der Vereinbarung über die Einrichtung von Handelsvertretungen 1955 offizielle Beziehungen auf. Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit schloß sie 1956 erstmals mit Ägypten und Syrien. Eine förmliche Anerkennung durch Syrien konnte die DDR auch mit Solidaritätsbekundungen vor dem Hintergrund einer drohenden westlichen Intervention 1957 (wie auch gegenüber dem Libanon und Jordanien nach den erfolgten Eingriffen 1958) zunächst nicht erreichen. 1958 nahm die DDR erstmals und sehr viel eindeutiger als die UdSSR Stellung zum Palästina-Problem.³⁷ Erst 1961 konnte sie aber ein Konsulat in Damaskus eröffnen. Der raschen Umsatzsteigerung nach dem ersten Abkommen folgten entsprechend der politischen Reserviertheit Syriens Jahre steten Handelsrückgangs, so daß in der ersten Hälfte der 60er Jahre kaum mehr als 5% des Arabienhandels auf das Land entfielen.

Der Irak wurde nach dem Sturz der Monarchie zu einem weiteren Schwerpunktland der DDR im Nahen Osten. 1958 wurden ein Handelsabkommens und ein Protokoll über die Errichtung von Handelsmissionen mit konsularischen Funktionen unterzeichnet³⁸. Allerdings führte schon bald die Kritik von DDR-Vertretern an der Politik gegenüber den Gewerkschaften und der illegalen KP Iraks zur Abkühlung des Verhältnisses. Das stete Umsatzwachstum stagnierte 1961/62; die Anteilsausweitung stoppte bei ca. 5% des Arabienhandels. Trotz des irakischen Versprechens nach dem Grotewohlbesuch 1959, die Verbesserung der Beziehungen zu prüfen, wurde erst 1962 die Errichtung eines ostdeutschen Generalkonsulates möglich.

Auch Feudalregime wie das Königreich Yemen umwarb die DDR heftig. Dort konnte sie 1956 eine Handelsvertretung mit Konsularrechten eröffnen. Die im selben Jahr ausgerufene Repu-

³⁶ Kreditangebote, die viele EL in den 50er und 60er Jahren noch häufig abgelehnten, wurden von der DDR dennoch propagandistisch genutzt. Das Volumen der erfolgten Kreditangebote soll bis 1965 1,3 Mrd. \$ betragen haben.

³⁷ Bis in die Partei- und Regierungsspitzen hinein soll es Widerstand gegen eine eindeutig propalästinensische Position gegeben haben. Wiedergutmachungsleistungen an Israel lehnte die DDR - sicher auch aufgrund ihrer angespannten Devisenlage - stets ab und unternahm auch keine Bemühungen, offizielle Beziehungen aufzunehmen. Lediglich zur israelischen KP bestanden ab den 60er Jahren (durchaus diffizile) Parteikontakte. 1963 erhielt ihre Partefirma das Exklusivrecht für den Handel mit zehn DDR-Firmen in mehreren Drittländern. Der Handel zwischen der DDR und Israel über Drittstaaten umfaßte zwischen 1958 und 1967 ostdeutsche Exporte (v. a. medizinisches Gerät, Düngemittel, Kleiseisenwaren) von jährlich max. 310 000 \$ (1962) und Importe (Zitrusfrüchte, Säfte, Fruchtkonzentrate) von max. 18 000 \$ (1965). Zur Israelpolitik und zum Israelbild der DDR s. auch im folgenden Kupper/Yenal/Zastrow (1971), S. 13; von Plate (1979), S. 676 ff.; Timm (1993); Schwanitz (1994); Mouna (1995); Lorenzen (1995), S. 283 f. Zur sowjetischen Position s. a. Linde (1983), S. 23.

³⁸ Die irakische Vertretung wurde erst 1967 als Generalkonsulat in Berlin eingerichtet.

blik, die Unterstützung im Ostblock suchte, erkannte sie sofort an. 1963 wurden in beiden Hauptstädten Generalkonsulate eröffnet. Während im gerade unabhängig gewordenen Maghreb Marokko eher bereit war, durch begrenzte Beziehungen zu den Ostblockstaaten die Dominanz Frankreichs und der USA auszubalancieren³⁹, verhielt sich Tunesien sehr viel zurückhaltender. 1960 wurden mit beiden Staaten Handelsabkommen, mit Marokko auch ein Zahlungsabkommen unterzeichnet. In Casablanca und in Tunis (hier zunächst ohne offiziellen Status) öffneten Handelsvertretungen. Der Handel, der zuvor im Rahmen der Abkommen mit der französischen Zentralbank stattgefunden hatte, erfuhr jedoch keine nennenswerte Ausweitung.

Kontakte zur Unabhängigkeitsbewegung Algeriens schienen sich im wesentlichen auf die Übergabe von "Solidaritätsspenden" der Bevölkerung und des FDGB (7,2 Mio. M) zu beschränken. Kurze Zeit nach der Regierungsbildung wurde der DDR die Errichtung einer Handelsvertretung mit konsularischen Rechten genehmigt. Obwohl dem Land schon 1962 der entscheidendste Fortschritt auf dem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zuerkannt wurde, konnte die DDR eine vergleichbare Ausweitung der Beziehungen wie zu vielen Mashreqstaaten nicht erzielen. 1964 kamen die ersten FDJ-Freundschaftsbrigaden im Rahmen der Aufbauhilfe der DDR in Algerien zum Einsatz. In Libyen war die DDR lediglich mit einem Messebüro vertreten. Auch die Liga der Arabischen Staaten wurde als Gesamtvertreterin der arabischen Länder umworben.

Frühe Handelspartner der DDR waren auch die Nahoststaaten Iran und Türkei. Obwohl sich die Sowjetunion heftig um sie bemühte, errang die DDR in den beiden prinzipiell westorientierten Staaten keine politischen Erfolge. Mit dem Handelskammernverband der Türkei schloß die Kammer für Außenhandel, die dort auch eine Vertretung errichtete, 1955 ein Warenverkehrsabkommen⁴⁰. Der Mitte der 50er Jahre umfangreiche Handel mit der Türkei, der fast einem Drittel des gesamten EL-Handels der DDR entsprach, erlebte an der Wende zu den 60er Jahren heftige Einbußen und erreichte fortan nur noch einen Anteil von 5-6%. Hingegen verzeichnete der geringe Iranhandel einen zwar langsamen, aber stetigen Anstieg.

4.3 Die Intensivierung der Nahostbeziehungen bis zur diplomatischen Anerkennung der DDR

In den 60er Jahren wurden in der sozialistischen Staatenwelt langsam die gewaltigen Struktur- und Entwicklungsunterschiede unter den EL wahrgenommen, die der postulierten selbstvidenten Interessenidentität zuwiderliefen.⁴¹ Parallel dazu begann der Ausbau der Entwicklungsländerforschung in der DDR. Die Einordnung der nichtsozialistischen EL, die in den 70er Jahren eine weitergehende Differenzierung erfuhr, erfolgte danach, ob sie geprägt wurden

- von der Herrschaft der nationalen Bourgeoisie, die einen unabhängigen "kapitalistischen Entwicklungsweg" mit begrenzt antiimperialistischer und -monopolistischer Haltung einschlug (Marokko, Mauretanien, Tunesien, Iran, Ägypten ab den 70er Jahren);
- vom noch unentschiedenen Kampf um die Wahl des Entwicklungsweges bei einer schwach entwickelten Klassenstruktur (wie viele afrikanische Staaten);
- oder von der Machterringung durch "revolutionäre nationale Demokraten".

³⁹ Zu den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen der Sowjetunion zum Maghreb s. Hubel (1988), insb. zu Marokko Constant (1973). Zu ihrer zurückhaltenden Position in der Algerienfrage s. Zoubir (1995).

⁴⁰ Zu den Kammerabkommen mit der Türkei s. Paschke (1970), S. 101 f., FN 348.

⁴¹ Vgl. die Literaturverweise oben. Zur zunehmenden Differenzierung s. a. Paschke (1970), S. 107 f.

Als "fortschrittlich" eingestuft wurden auch erklärtermaßen nichtsozialistische nationale Befreiungsbewegungen.⁴² Gemäß dem ideologischen Überbau der DDR-Entwicklungsländerpolitik sollte die Hinwendung zu einer "nichtkapitalistischen Entwicklung" (seit 1969: "... sozialistischer Orientierung") gefördert werden, die die EL langfristig auf ein sozialistisches System hinführen sollte. Auf diesen Weg hatten sich im Nahen Osten bereits viele Staaten begeben. Als "sozialistisch orientiert" galten, auch wenn sie wie einige OPEC-Mitglieder außenwirtschaftlich fest in das kapitalistische Weltsystem integriert waren, die VAR (1962-1974/75), Algerien (ab 1962/63), Syrien (ab 1966), Irak (ab 1968), die DVR Yemen (ab 1969), Sudan (1969-1971/72), Somalia (1969-1978) und Libyen (umstritten, seit 1969/70). Diese Staaten wurden beim Ausbau der Beziehungen bevorzugt.

Aufgrund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der BRD und ihrer Mittelfähigkeit gegenüber den westlichen Mächten zogen die arabischen Staaten häufig Kontakte zu ihr denen zur DDR vor. Jedoch wurden die westdeutsch-arabischen Beziehungen durch das Verhältnis zum Staat Israel immer wieder erheblich beeinträchtigt.⁴³ Die diplomatische Offensive der DDR und die Hallstein-Doktrin boten auch den Arabern Druckhebel: mehrfach drohten sie, die Beziehungen zur BRD abzubrechen. Nach dem Mauerbau war eine diplomatische Anerkennung im westlichen Lager vorerst vollends verbaut, die DDR verstärkte daher ihre außenpolitischen Anstrengungen gegenüber den EL als einziger Option außerhalb des sozialistischen Lagers weiter. Beziehungen wurden möglichst zu allen EL gepflegt, auch wenn die Sowjetunion aufgrund ausgebliebener machtpolitischer Erfolge außenpolitisch bereits wieder zu einer stärkeren Konzentration auf sozialistisch orientierte Staaten zurückgekehrt war. Die ökonomische Rationalität trat vor den nationalen Sonderinteressen noch stärker als bisher in den Hintergrund.

1963/64 wurde das geheime Waffenlieferungsabkommen der BRD mit Israel öffentlich bekannt und von der DDR sogleich zur propagandistischen Profilierung genutzt. Gegen die ägyptische Zustimmung zur Normalisierung des deutsch-israelischen Verhältnisses und die Nichtanerkennung der DDR wollten Teile der westdeutschen Regierung die Waffenlieferungen unterbinden und der VAR beträchtliche Entwicklungshilfe zusichern, konnten die sofortige Einstellung der Waffenhilfe jedoch nicht durchsetzen.

Parallel dazu führten interne Krisen in Ägypten 1964 zu einer stärkeren Orientierung auf die Sowjetunion. Diese hat Ende 1964 der ägyptischen Regierung angeblich einen Besuch Ulbrichts in Kairo nahegelegt, in der Erwartung daß die DDR weitere Wirtschaftshilfen zur Verfügung stellen könne, die über die eigenen Verpflichtungen der UdSSR gegenüber Ägypten

⁴² Die Zuordnung geschah weniger nach formalen strukturellen Kriterien als vor allem nach der politischen Programmatik und dem Verhältnis zu den Ostblockstaaten. Wirtschaftspolitisch bedeutete der "nichtkapitalistische Entwicklungsweg" die Besetzung der "Kommandohöhen der Wirtschaft", die Beseitigung des Monopolkapitals, die Beschränkung kapitalistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse, die Stärkung des Staats- und Genossenschaftssektors, die Überwindung der strukturellen Heterogenität der Volkswirtschaft durch forcierte Industrialisierung und Entwicklung der Landwirtschaft. Politisch wurde die Rolle revolutionärer Avantgardeparteien und Massenorganisationen betont.

⁴³ Zur Nahost-Politik der BRD s. im folgenden Kupper/Yenal/Zastrow (1971), S. 15 ff. S. a. Kramer (1974), S. 221 ff.; Abediseid (1976); Noack (1981), S. 102 ff.; Büttner/Hünsele (1981); Hünsele (1990). Wesentliche Konfliktpunkte waren das Wiedergutmachungsabkommen 1952, die drohende Normalisierung der diplomatischen Beziehungen 1956/57 und das geheime Waffenlieferungsabkommen 1960.

hinausgingen. Anfang 1965 diente ein ostdeutscher Delegationsbesuch Gesprächen über die Erweiterung der WTZ.⁴⁴ Die verbundenen Kreditzusagen - als Ersatz für ausgefallene Leistungen der BRD - erschienen als Vorleistung für die offizielle Einladung Ulbrichts, die auch der nun erfolgte Abbruch der westdeutschen Waffenhilfe an Israel nicht abwenden konnte. Auch die Drohung der BRD mit der Einstellung zukünftiger Wirtschaftshilfen war vergeblich. Ende Februar wurde Ulbricht wie ein Staatsgast empfangen. Dennoch vereinbarte 'Abd el-Nasser zwar zahlreiche Abkommen und die Errichtung gemeinsamer Institutionen, nicht aber die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Da in der Bundesrepublik der Abbruch der Beziehungen als Strafmaßnahme für Ägypten auf Widerstand stieß, wurde stattdessen die Aufnahme normaler diplomatischer Kontakte zu Israel angekündigt. Gegendrohungen der arabischen Staaten wurden durch deren Uneinigkeit und westdeutsche Besuchsdiplomatie abgemildert. So führte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die Arabische Liga, an dem sich jedoch nicht alle Staaten beteiligten, nicht sogleich zur Anerkennung der DDR. Auch Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik blieben in jedem Fall erhalten und wurden teilweise wie mit Ägypten noch ausgeweitet.

'Abd el-Nasser war am Ausbau der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur DDR gelegen, er versuchte aber eine allzu enge Anlehnung an die RGW-Staaten zu vermeiden. Das Angebot, schon lange anwesende west- durch ostdeutsche Militärexperten zu ersetzen, lehnte er ab. Die Wirtschaftsbeziehungen wurden hingegen ausgebaut: Ägypten stellte weiterhin den wichtigsten Handelspartner für die DDR im Nahen Osten dar. Die Umsatzrückgänge in der ersten Hälfte der 60er Jahre wurden nach dem Ulbricht-Besuch von einer starken Zunahme abgelöst. Ägypten war eines der wenigen Länder, in denen die DDR der BRD ökonomisch fast ebenbürtig war⁴⁵. Da der Außenhandel der DDR generell anstieg, sank der ägyptische Anteil am EL-Umsatz in den 60er Jahren dennoch auf etwa ein Fünftel, am Arabienhandel auf unter zwei Drittel. Nach 1965 wurden auch weitere Kredite gewährt: Die Aufbaukredite von insgesamt 92 Mio. \$ bis 1970 entsprachen 16% der Zusagen der DDR an EL und 6% der RGW-Hilfen an Ägypten.⁴⁶ Hier konnte die DDR die BRD nicht ersetzen, die im gleichen Zeitraum die doppelte Summe vergab.

Auch im übrigen Nahen Osten konnte die DDR ihre Position weiter ausbauen: Alleine 1965 wurden zehn weitere Wirtschafts- und Kooperationsabkommen mit arabischen Ländern geschlossen. Die diplomatischen Kontakte zu Syrien, das seine Beziehungen zu den sozialistischen Staaten generell stärkte, konnte die DDR auf das Niveau von Generalkonsulaten anheben. Die beschränkte Wirtschaftskraft erlaubte es ihr jedoch nicht, den drohenden Wegfall bundesdeutscher Finanzierungszusagen von 350-400 Mio. DM, insbesondere für den Bau des Euphratstaudammes, zu kompensieren. Dessen Finanzierung übernahm hauptsächlich die UdSSR.⁴⁷ Die DDR gewährte Syrien, das damit an dritter Stelle der Empfänger ostdeutscher

⁴⁴ Zu den Hintergründen s. a. Hottinger (1965).

⁴⁵ Der Anteil der DDR am Außenhandel Ägyptens lag 1957-65 bei max. 5% (dritter Rang der RGW-Staaten). 1966/67 und 1969 übertrafen die ägyptischen Exporte in die DDR geringfügig diejenigen in die BRD. Die (sinkenden) Importe aus der BRD näherten sich denen aus der DDR von oben an, lagen 1969 aber noch immer die Hälfte darüber.

⁴⁶ Zu den Krediten kam nach dem Junikrieg Militärhilfe im Umfang von 180 Mio. M dazu.

⁴⁷ Das Land war schon seit Ende 50er Jahre ein wichtiger Hilfsempfänger der Sowjetunion und ihrer Verbündeten. Zu den Kreditbeziehungen zu Syrien s. a. Lange (1986), S. 160 ff.; Kupper/Yenal/Zastrow (1971), S. 60.

Hilfe stand, einige kleinere Kredite. 1968 stammten erst 9%, 1970 schon 21% der bis dahin aufgelaufenen RGW-Hilfe an Syrien aus der DDR (83 Mio. \$). Auch der Syrienhandel erlebte einen neuen Aufschwung und steigerte seinen Anteil am Handel mit den arabischen Staaten bis 1970 auf über 10%. Dadurch rückte Syrien 1969 erstmals nach 1956/57 wieder auf den zweiten Rang im Arabienhandel auf.

In anderen Ländern war ein höherer Grad diplomatischer Anerkennung zunächst nicht zu erreichen trotz der eindeutigen Unterstützung der arabischen Position im Sechs-Tage-Krieg und der zahlreichen Hilfslieferungen für die Kriegsoffer. In den folgenden beiden Jahren wurden lediglich die diplomatischen Beziehungen zum Irak und zum Süd-Yemen aufgewertet. Für den Süd-Yemen, der 1969 einen Kredit erhielt, war die DDR fast der einzige Finanzier aus dem RGW. Insgesamt ging an ihn wie an seinen nördlichen Bruder aber nur je 1% der DDR-Hilfe. Auf den Irak entfielen 1970 Zusagen von 84 Mio. \$, das entsprach 15% aller DDR-Kredite⁴⁸. Algerien erhielt bis 1970 über ein Drittel der Kapitalhilfe (143 Mio. \$). Das Land, zu dem sich die 1965 aufgrund ostdeutscher Kritik gestörten Beziehungen nur zögerlich reetablierten, lehnte jedoch 1967 ein Kreditangebot von 500 Mio. Dinar, angeblich auf Intervention de Gaulles, ab. An den Sudan vergab die DDR in der zweiten Hälfte der 60er Jahre 21 Mio. \$. Dies entsprach in den beiden Ländern etwa einem Viertel der gesamten Unterstützung aus dem Ostblock. Ab etwa Mitte der 60er Jahre verstärkte die SED auch ihre Beziehungen zu den Regierungsparteien nahestehender arabischer Staaten.

Erst in ihrem 20. Gründungsjahr gelang der DDR der langersehnte Durchbruch. Die führenden arabischen Nationen konnten sich dem Drängen der UdSSR nach diplomatischer Anerkennung der DDR nicht länger entziehen. Dieser Akt wurde dadurch erleichtert, daß 1968 die Wiederaufnahme westdeutscher politischer Kontakte zu Jugoslawien die Akzeptanz von Beziehungen zu beiden deutschen Staaten signalisierte. Am 30. April 1969 erklärte der Irak als erster nicht-kommunistischer Staat seine Bereitschaft, die DDR diplomatisch voll anzuerkennen.⁴⁹ Der Durchbruch lag nicht nur an der in Aussicht stehenden wachsenden wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit mit der DDR und deren politischer Unterstützung, sondern auch an der Hoffnung, die bisher eher prokurdische Position der UdSSR beeinflussen zu können. Aufgrund des Beistands für den Irak unterbrach der Iran 1969 zeitweise die Handelsbeziehungen zur DDR. Die nächsten Anerkennungen erfolgten im Juni 1969 durch den Sudan, den Süd-Yemen und Syrien, im Juli schließlich auch durch Ägypten. Algerien zog erst 1970 nach. 1969/70 nahmen insgesamt 14 dem Ostblock meist nahestehende arabische und afrikanische Staaten offizielle Beziehungen zur DDR auf.

Die Bundesregierung reagierte nur noch mit dem "Einfrieren" der offiziellen Beziehungen, sofern wie im Falle Süd-Yemens überhaupt diplomatische Kontakte bestanden⁵⁰. Dort mußte die DDR für die geplante Bonner Entwicklungshilfe einspringen. Prowestliche Staaten der Region,

⁴⁸ Zu den Kreditbeziehungen zum Irak s. a. Lamm/Kupper (1976), S. 137 f. Im wesentlichen wird es sich um einen 30 Mio. Dinar-Kredit von 1969 gehandelt haben, der zu 70% in Öl zurückzuzahlen war.

⁴⁹ 1964 hatte bereits Sanzibar die DDR anerkannt. Diese Anerkennung wurde jedoch nach der Vereinigung mit Tanganyika vom neuen Staat Tanzania im folgenden Jahr wieder zurückgenommen.

⁵⁰ Eine Übersicht über die Sanktionen der BRD gegenüber den Anerkennungsstaaten (Abzug des Botschafters, Abwicklung bestehender Verträge, Stopp von Neuverhandlungen etc.) gibt End (1973), S. 157.

die die Beziehungen zur BRD aus wirtschaftlichen und politischen Erwägungen schon bald wieder aufgenommen hatten (Jordanien⁵¹, Yemen), zögerten die Anerkennung der DDR noch hinaus. Aber auch sie, die teilweise auch keine offiziellen Beziehungen zu anderen sozialistischen Staaten unterhielten, zogen bis auf einige Golfstaaten im Laufe der Zeit nach. In Kuwait konnte die DDR Ende 1970 einen konsularischen Status für ihre im Sommer errichtete Handelsvertretung durchsetzen und mit dem Land geregelte Handelsbeziehungen aufnehmen.

Auf der arabischen Welt bzw. dem Nahen Osten lag somit in den 50er und 60er Jahren der Schwerpunkt des Warenaustauschs der DDR mit den EL. Dies entsprach der Ausrichtung anderer RGW-Staaten, war jedoch eher noch stärker ausgeprägt. Nach dem kontinuierlichen Anstieg der Jahre 1953-60 erlebte der Arabienhandel einen starken Einbruch; ab 1964/65 setzte ein neuer Aufschwung ein. Der Anteil am EL-Handel stieg 1955-59 von 18% auf 44%, der Anteil des gesamten Nahen Ostens lag bei 55-65%; in den 60er Jahren schwankte der Arabienhandel um die 30%-Marke (Anteil an *allen* EL ca. 15%), der Nahe Osten erreichte 35-40% (18%).

Den Warenaustausch mit den arabischen Staaten dominierte alleine Ägypten, kein anderes Land überschritt bis Anfang der 70er Jahre die 10%-Marke. Ägypten war seit 1955 ständig unter den zehn wichtigsten EL vertreten, die Türkei 1955-65.⁵² Große Bedeutung hatten arabische Länder "sozialistischer Orientierung": als die Kategorie 1962 eingeführt wurde, ging der Anteil der darunter fallenden Staaten zwar von 80% auf 65% zurück (im gesamten Nahosthandel von 60% auf 50%), stieg aber wieder, als ab 1966 weitere Länder hinzugerechnet wurden. Die späteren OPEC-Staaten vereinigten Ende der 50er Jahre erst 3% des DDR-Nahosthandels auf sich. Der Überschuss der DDR im EL-Handel fand sich ähnlich im Arabienhandel insgesamt und im Handel mit einzelnen Ländern wieder. Nur mit Marokko und Sudan ergaben sich mehrjährige negative Handelsbilanzsalden.⁵³ Die VAR ausgenommen erreichte die DDR 1959-67 in keinem Land einen Im- oder Exportanteil von über 2%⁵⁴.

Auch unter den Ausfuhren der DDR nach Ägypten dominierten bis 1970 deutlich die Investitionsgüter bis hin zu schlüsselfertigen Anlagen. Allein der Exportanteil von Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie war von 18% (1953) auf ca. 75% (1970) gestiegen. In einigen Bereichen war die DDR Haupt-, zum Teil Alleinlieferant oder -abnehmer. Während die Anteile des traditionellen Exportgutes Rohbaumwolle im Handel mit der DDR erheblich reduziert wurden, gelangen Ägypten wesentliche Steigerungen bei verarbeiteter Baumwolle. Diese blieb bis 1970 die einzige nennenswerte Position verarbeiteter Produkte, obgleich vereinzelt schon Industriegüter mit hohem Verarbeitungsgrad ausgeführt wurden.⁵⁵ Weitere wichtige Export-

⁵¹ Zu Jordanien s. Lange (1986), S. 146 f., 165 ff. Diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion nahm Jordanien erst 1963 im Zuge der weltpolitischen Integration, zur DDR im Oktober 1973 auf.

⁵² Hier bzgl. *allen* EL. Berücksichtigt man die EL-Definition der DDR, rücken die Nahoststaaten in der Rangordnung noch weiter nach oben. Ein oder zwei nahöstliche Staaten befanden sich immer unter den ersten fünf EL-Partnern.

⁵³ Bis 1965 waren die Salden relativ klein. Einen Überschuss im EL-Handel erwirtschafteten alle Ostblockstaaten ausgenommen Ungarn, später Rumänien. Der beträchtliche Bilanzüberschuss Ägyptens gegenüber der Sowjetunion und der CSSR Ende der 60er Jahre ergab sich, da für Militärgüterlieferungen nur die Kompensationsleistungen in der Handelsbilanz erschienen und die Lieferungen zur Tilgung der Kapitalhilfe einsetzten.

⁵⁴ Vgl. Kupper/Yenal/Zastrow (1971), S. 275 f.

⁵⁵ Die Warenstruktur im Ägyptenhandel (Import von Rohstoffen und Nahrungsmitteln 1970 45%, Textilien, Garne und Stoffe 52%) war noch relativ ausgewogen im Vergleich zu anderen EL. 1960-70 verzehnfachten sich die Stoff-

produkte waren Reis und Südfrüchte. Starke ägyptische Exportsteigerungen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre gelangen im wesentlichen aufgrund von Erdöllieferungen (1968 1,4% der DDR-Ölimporte, 7,6% der ägyptischen Ölexporte). Ähnliche Entwicklungen galten für Syrien. 60% der libanesischen Exporte in die DDR bestanden Ende der 60er Jahre aus Zitrusfrüchten; der Rest aus anderen landwirtschaftlichen Produkten.⁵⁶

Unter den Empfängerländern ostdeutscher Kapitalhilfe nahmen die arabischen Länder ebenfalls eine hervorragende Stellung ein. Bis 1965 erhielten Ägypten, Algerien und die AR Yemen gut die Hälfte der Leistungen. Bis 1970 stieg der Anteil nächstlicher Länder weiter an. Unter den zehn wichtigsten Empfängern befanden sich fünf arabische Staaten.⁵⁷ 92% der Kapitalhilfe an arabische Staaten (69% der Hilfe an EL) gingen an Ägypten, Algerien, Syrien und den Irak.

4.4 Ergebnisse: Abhängigkeit und Autonomie in der ersten Phase der Nahostbeziehungen

Eine ökonomisch eigenständige Funktion kam den Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR in ihrer Frühphase kaum zu: sie wurden lediglich als Residuum der Binnenwirtschaft betrachtet. Insbesondere in Hinsicht auf die Beziehungen außerhalb des Ostblocks dominierte für die DDR im *Dilemma zwischen Autonomieerhalt und Entwicklungschancen* prinzipiell die Bewahrung der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit. Der Aspekt der Nichtselbstversorgung hatte bis auf die Rohstoffsicherung, die aber weitgehend innerhalb des eigenen Lagers stattfand, geringes Gewicht. Da die Wettbewerbssituation der DDR an der "Frontlinie" zum Systemkonkurrenten BRD besonders ausgeprägt war, war zwar eine gewisse Öffnung notwendig, um in der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten; gleichzeitig versuchte man die Außenkontakte zu reduzieren, um sich vom Überspringen externer Ideen und Prozesse abzukoppeln.

Erst mit Wegfall der Reparationen war eine alternative Außenhandelsstrategie der DDR grundsätzlich möglich. Bald entfiel auch die ideologische Selbstbindung der sozialistischen Staaten, was den EL-Handel beförderte. Auch die physische Grenzschießung durch den Mauerbau ging einher mit der Intensivierung der Beziehungen zu den EL: Der wirtschaftliche und politische Wettbewerb mit der BRD und Westeuropa wurde weitgehend in die Dritte Welt verlagert - um die eigenen knappen Ressourcen nicht zu sehr zu beanspruchen, konzentriert und auf möglichst geringem Niveau.

importe und verfünffachten sich die Garnimporte aus Ägypten, der Wert der Rohbaumwollimporte ging um drei Viertel zurück. Ägyptische Baumwolle und Baumwollprodukte gingen 1950 zu 9%, 1958-64 zur Hälfte in RGW-Staaten, vor allem in die Sowjetunion. Die DDR war 1968 alleiniger Abnehmer von Flachs- und Hanfgarn, Wein, Teerprodukten und bestimmten Zitrusfrüchten und größter Käufer von Rohmineralien. Bei Getränken, Tabak, Kleie, Alkoholen, Phenolen und Rohanlagen belegte sie den zweiten Platz. Hauptlieferant war sie u. a. von Maschinen für die Landwirtschaft, die Nahrungsmittel-, Druck- und Textilindustrie und von medizinischen Apparaten, der zweite Lieferant bei elektrischen Einrichtungen (1965-69 nach der BRD), Maschinen zur Metallbearbeitung, vielen chemischen Produkten u. a. m.

⁵⁶ Schon in der zweiten Hälfte der 50er/Anfang der 60er Jahre lag das Übergewicht der Importe aus Syrien, dem Sudan, dem Irak und dem Libanon auf Nahrungsmitteln (Zitrusfrüchte) und pflanzlichen Rohstoffen (Baumwolle). Marokko führte große Mengen an Phosphat aus. Die DDR exportierte vor allem chemische Produkte (Düngemittel), Maschinen und Apparate, Druck- und anderes Papier, daneben Zucker (Irak), Gewebe und Textilien (Irak, Marokko). Vgl. Statistisches Bundesamt (1959a) bis (1965).

⁵⁷ Unter den ersten zehn Rängen lagen bis 1970 (nach Angaben der Bundesregierung) 1. Ägypten, 2. Syrien, 3. Afghanistan, 5. Algerien bzw. (laut Friedrich-Ebert-Stiftung) 1. Algerien, 2. Ägypten, 3. Irak, 4. Syrien, 8. Sudan. Für den RGW lautete die Reihenfolge: (1. Indien), 2. Ägypten, 3. Iran, 5. Irak, 6. Afghanistan, 7. Türkei, 8. Syrien.

Vom Problem der *Transnationalität* war die DDR als weitgehend geschlossene Gesellschaft kaum betroffen. Auch staatlicherseits beteiligte man sich fast nicht an multinationalen Organisationen, selbst die wirtschaftliche Verflechtung innerhalb des RGW ging kaum über den klassischen Außenhandel hinaus.

Die geringe außenwirtschaftliche Öffnung, auch im Vergleich zu anderen RGW-Staaten, führte zu einer insgesamt relativ geringen *wirtschaftlichen Sensitivität* der DDR-Wirtschaft gegenüber ihren Beziehungspartnern. Regional gesehen war die Außenhandelssensitivität am größten gegenüber den eigenen Verbündeten, während auf die EL, denen anfangs ökonomisch nur wenig Bedeutung beigemessen wurde, geringe, wenn auch leicht steigende Anteile am Außenhandelsumsatz entfielen. Auch die finanziellen Verpflichtungen gegenüber den EL blieben gering.

Unter den EL nahmen nahöstliche Staaten einen bedeutenden Anteil an Handel und Kredithilfe ein; bereits die große Anzahl an Wirtschafts- und Kooperationsabkommen weist auf die relativ engen Kontakte hin. Störungen der Beziehungen waren daher für die DDR-Wirtschaft potentiell kostenträchtig, sowohl im Vergleich zu den Kontakten der DDR zu anderen Dritt-Welt-Regionen als auch im Vergleich zu Kontakten anderer sozialistischer Staaten zum Nahen Osten. Der Warenaustausch konzentrierte sich auf wenige Partnerländer. Vor allem gegenüber Ägypten bestand eine relativ große Empfindlichkeit. Betrachtet man die Warenstruktur des Handels, stellten bei den Exporten der Maschinen- und Anlagenbau, bei den Importen Rohprodukte sensitive Bereiche dar.

Da aufgrund des engen Binnenmarktes und der begrenzten Exportmöglichkeiten in den Westen oder in andere EL meist alternative Absatzmärkte fehlten, und auch im Ostblock kaum andere Liefermärkte z. B. für Baumwolle oder Südfrüchte (die UdSSR war selbst ein großer Importeur!) hätten gefunden werden können oder Versorgungslücken zwar notfalls kurz-, aber kaum langfristig hinnehmbar waren, bestand auch eine gewisse *wirtschaftliche Vulnerabilität* der DDR gegenüber dem Nahen Osten insgesamt bzw. gegenüber einzelnen nahöstlichen Staaten. Diese war jedoch nicht vergleichbar mit der Verwundbarkeit gegenüber dem RGW bzw. der UdSSR: gegenüber diesen Handelspartnern waren die politischen und ökonomischen Kosten einer Umorientierung auf alternative Abnehmer und Lieferanten regelmäßig sehr viel höher.

Eine generelles Problem im Verkehr mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet war die Verletzlichkeit der rigiden zentralen Wirtschaftspläne der DDR gegen kurzfristige Schwankungen, was zum Wunsch nach langfristigen Vereinbarungen führte. Auch erzwangen der Mangel an Devisen sowie die systembedingte zentralgelenkte Organisation des Außenhandels auf Seiten der DDR wie häufig auch auf Seiten der EL die Abwicklung des Warenaustauschs im Rahmen von Kompensationsabkommen.

Offensichtlich ist die enge *Verschränkung von Außenwirtschaft und Außenpolitik* in dieser Phase. Die enge Verbindung war institutionell abgesichert, da der Staat ideologisch und ordnungsbedingt beide Bereiche monopolisierte. Da das Anerkennungsziel so eindeutig im Vordergrund stand, mußte sich ihm auch die Außenwirtschaft unterordnen. Fehlende politische Ressourcen wurden durch den Einsatz wirtschaftlicher und finanzieller Mittel kompensiert.

Nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen wurden von politischen Ereignissen betroffen, umgekehrt war auch das Feld der Außenpolitik, da sie fast ausschließlich als Außenwirtschaftspolitik betrieben wurde, empfindlich gegenüber Schwankungen im ökonomischen Bereich. Kulturpolitik hatte eher eine komplementäre Funktion und diente vor allem der Absicherung und dem weiteren Ausbau errungener Positionen. Daneben versuchte die DDR "moralisch-ideologische Ressourcen" einzusetzen und sich als Antipodin zum anderen deutschen Staat zu profilieren. Zielgebiet ihrer Aktivitäten war hauptsächlich der Nahe Osten, in dem aufgrund bündnis-, gesellschafts- und wirtschaftsordnungspolitischer Entscheidungen ("Arabischer Sozialismus") der größte Erfolg zu erwarten war.

Hinsichtlich ihrer nicht substituierbaren *politischen Zielsetzung* war die DDR äußerst verwundbar. Es war ein im Rang fein abgestuftes Instrumentarium vorhanden, mit dem sie versuchte, flexibel auf ihre Beziehungspartner zu reagieren. Die Zielzentralität zeigte sich darin, daß neue Anerkennungsschritte durch den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit rasch positiv sanktioniert wurden. Insbesondere die Gewährung von Entwicklungskrediten entsprach der politischen Zweckmäßigkeit, die wichtiger war als der wirtschaftliche Nutzeffekt, wenn damit politische Zugeständnisse arabischer Länder "erkauft" oder nachträglich "belohnt" werden konnten. Auch der damit eng verknüpfte Handelsaustausch reagierte oft direkt - im Vorfeld oder im Nachhinein - auf Anerkennungsschritte, was seine häufig unregelmäßige Entwicklung erklärt. Umgekehrt konnte sich eine Abkühlung des Verhältnisses auch in einer Stagnation oder raschen Reduzierung des bilateralen Handels niederschlagen. Vor allem aber dienten Handel und Hilfe der Investition in die mittel- bis langfristige Positionsgewinnung. Einerseits wurden daher zur Risikostreuung Wirtschaftskontakte mit fast allen Staaten angestrebt, andererseits konzentrierten sie sich auf die "fortschrittlichsten" und erfolgversprechendsten Länder der Region und beschränkten sich bei den übrigen auf ein notwendiges Minimum.

Im Störfall waren jedoch die *Reaktionsmöglichkeiten* der DDR beschränkt, da grundsätzlich alternative Strategien (abweichende Zielformulierung, Umorientierung auf andere Länder oder andere Handlungsbereiche) aufgrund der globalen Rahmenbedingungen und ideologischen Selbstbindung teils nicht möglich waren, teils die entstehenden Kosten bei knappen Ressourcen (z. B. enorme Ausweitung der Hilfe, Beziehungsabbruch) kaum tragbar gewesen wären.

Politische und wirtschaftliche Faktoren begünstigten die Umlenkung des Außenhandels zahlreicher *arabischer Staaten* auf den RGW.⁵⁸ Der DDR waren jedoch lange Zeit kaum Erfolge in der Anerkennungsfrage beschieden. Dennoch waren im Vergleich zu anderen Regionen ihre Bemühungen zumindest im Nahen Osten relativ effektiv (Abkommen auf *Regierungsebene*, Eröffnung *offizieller* Handelsvertretungen und Konsulate). Die Bedeutung der DDR für den Handel der EL und der Umfang ihrer Kapitalhilfe blieb weit hinter anderen RGW-Mitgliedern zurück. Auf Seiten der potentiellen Partner war die Handelsbereitschaft oft begrenzt, wirkte doch die Hallsteindoktrin auch unterhalb der offiziellen staatlichen Ebene. Das *Einflußpotential der BRD* gegenüber den EL, gemessen anhand der wirtschaftlichen, weniger der politischen Ressourcen-

⁵⁸ Einige Länder wollten in den 50er und 60er Jahren ihre Außenhandelspartner diversifizieren, zumal die Abnahmefähigkeit traditioneller westeuropäischer Partner abnahm. Von Mitte der 50er Jahre bis Anfang der 70er Jahre stieg der Anteil sozialistischer Staaten an den ägyptischen Exporten von 20% auf 60%, an den syrischen von 1% auf 30%.

ausstattung, die als positive oder negative Sanktion(sdrohung) eingesetzt werden konnte, war i. d. R. so viel größer, daß die Entwicklung der Beziehungen der DDR zu den arabischen Staaten weniger auf ihren Eigenanstrengungen beruhte, sondern vielmehr ein Residuum der mehr oder weniger geschickten Nahostpolitik der Bundesrepublik war.⁵⁹ Die verbalpolitische Unterstützung der DDR wurde im Vergleich zum materiellen Engagement wenig honoriert.

Nur wenige Länder wie Ägypten wiesen zeitweise und in bestimmten Sektoren eine besondere wirtschaftliche Empfindlichkeit gegenüber der DDR auf. Ihre Verletzlichkeit blieb dennoch relativ gering, da alternative Absatz- und Liefermärkte prinzipiell vorhanden waren⁶⁰. Erst in der zweiten Hälfte der 60er Jahre schienen ökonomische Beweggründe auch gegenüber der DDR schwerer zu wiegen. Der Durchbruch erfolgte aber weniger aufgrund eigener Aktivitäten der DDR denn als Folge günstiger Rahmenbedingungen. So beugten sich die arabischen Staaten aufgrund wachsender politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit dem sowjetischen Wunsch nach diplomatischer Anerkennung der DDR, zumal seitens der BRD die Sanktionsgefahr sowie das strategische und wertmäßige Gewicht der erwarteten Hilfsleistungen gegenüber den Ostblockzusagen abgenommen hatten. Auslöser im Falle Iraks waren auch politische Motive.

Nachdem im ersten Nachkriegsjahrzehnt Ideologie und sozialistische Gesellschaftsordnung der DDR (nach der Theorie: unter einer "bedingenden Beziehung") etabliert worden waren, förderte die strukturelle Ausrichtung eine freiwillige *Bindung an die Sowjetunion*, die weiterhin allein das Existenzziel garantieren konnte ("untergeordnete Beziehung"). Die zentrale ökonomische Bedeutung der UdSSR und die zunehmende Vertragsbindung der DDR an den Ostblock verstärkten die politische Abhängigkeit. Gleichzeitig stieg aber auch die Verhandlungsmacht der DDR gegenüber der Sowjetunion, da sie als Frontstaat deren Hegemonialgebiet zum Westen hin absicherte. Im Nahen Osten hatte die DDR trotz ihrer Blockeinbindung eine gewisse Autonomie bei der Verfolgung selbstbestimmter politischer und wirtschaftlicher Ziele. Dabei wurden zwar nicht prinzipiell gegensätzliche Positionen eingenommen, was in zentralen Fragen auch kaum möglich gewesen wäre, diese wurden aber durchaus unterschiedlich akzentuiert⁶¹. Statt blockpolitischen Handlungszwangs herrschte eher eine Koinzidenz des Verhaltens, zu dem teils system- und strukturbedingt gleiche, teils unterschiedliche Interessen führten.

In Hilfe und Handel orientierten sich in der ersten Phase die Länderschwerpunkte der DDR vorwiegend an der Anerkennungsproblematik, während Länder der nahöstlichen Peripherie, die für die UdSSR strategische Bedeutung hatten, kaum als wirtschaftliche Partner in Erscheinung traten. Aus der Zuliefererposition zu sowjetischen Kooperationsvorhaben in arabischen Ländern hatte sich vor allem die DDR schon frühzeitig befreit und unabhängige Projekt- und Kreditbeziehungen aufgebaut. In begrenztem Maße bestand hinsichtlich der Nahostbeziehungen

⁵⁹ Während die DDR letztendlich ihre Kräfte bündelte, mußte die BRD sehr viel stärker überall präsent sein, um eine eventuelle Anerkennung der DDR abblocken zu können (vgl. Sohn (1972), S. 26). Hinsichtlich der ideologisch-wirtschaftspolitischen Orientierung der EL war sie weniger verletzlich als die DDR, da sie trotz ihres marktwirtschaftlich-demokratischen Anspruches eigenständige "Dritte Wege" eher hinnehmen konnte.

⁶⁰ Lange (1986), S. 219 ff. weist darauf hin, daß die Opportunitätskosten bspw. im ägyptischen Baumwollhandel theoretisch kaum bestimmbar waren, zumal Ägypten als Hauptanbieter durch sein Verhalten selbst einen starken Einfluß auf die Weltmarktpreise ausübte.

⁶¹ Hierzu zählt politisch z. B. die stärkere Betonung der antiisraelischen Position im Anerkennungsstreben gegenüber den als wichtiger erachteten arabischen Staaten.

eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen der DDR und der UdSSR. Von der Sowjetunion wurde der DDR teilweise das Terrain für Handelskontakte im Nahen Osten geebnet. Sie setzte sich für die Gewährung eines höheren politischen Status der DDR ein, insbesondere wenn sie hoffte, daß die DDR im Gegenzug weitere Hilfe bereitstellen könne, die zu steigern sie selbst nicht mehr willens noch fähig war. Umgekehrt übernahm in anderen Fällen auch die Sowjetunion Belastungen finanzieller Art, die für die DDR untragbar waren. Nicht nur wirtschaftlich, auch politisch erschienen der Sowjetunion eigene Aktionen der DDR vorteilhaft, weil sie als "Stellvertreterin" den innerdeutschen Konflikt als spezifische Ausprägung des Ost-West-Konflikts am ehesten in die "Dritte Welt", insbesondere in den Nahen Osten hineintragen konnte. Innerhalb des sozialistischen Lagers kam der DDR daher eine wichtige Rolle in der EL- und Nahostpolitik zu.

Der direkte Einfluß der DDR auf die Durchsetzbarkeit ihrer Ziele im Nahen Osten war somit beschränkt. Sensitivität und Vulnerabilität als Hinweise auf Abhängigkeit waren seitens der DDR tendenziell größer als seitens ihrer Nahostpartner. Ihre *Autonomie* und ihre *Macht* gegenüber den EL stellten nach der ordnungs- und gesellschaftspolitischen Vorentscheidung ein relativ geringes Problem gegenüber der Sowjetunion dar. Erfolge der DDR blieben aber lange Zeit vor allem aufgrund des Potentials und damit der Anziehungskraft der BRD aus.

5 DIE ZWEITE HAUPTPHASE DER NAHOSTBEZIEHUNGEN: DIE AUSSENWIRTSCHAFT IM DIENSTE BINNENWIRTSCHAFTLICHER ENTWICKLUNG

5.1 Die partielle Entkoppelung von Außenwirtschaft und Außenpolitik in den 70er Jahren

5.1.1 Der Ausbau der Nahostaußenpolitik

Die Anerkennungswelle leitete in eine neue Phase der Nahost- und EL-Politik über, die die DDR nun als gleichwertiger politischer Partner gestalten und von der nationalen Frage entlasten konnte. Ihre Dritt-Welt-Strategie nahm an Komplexität zu, dabei war sie weiterhin bedacht auf ein Mindestmaß an ideologischer Legitimation, die auch eine verstärkte Bemühung um theoretische Auseinandersetzung mit den Problemen der EL und einen Ausbau der Nahostwissenschaften mit sich brachte. Der Auftrag, den antiimperialistischen Kampfes der EL zu unterstützen, wurde 1974 in der DDR-Verfassung verankert.

Mitte der 70er Jahre wurde erneut der weltweite Vormarsch des Sozialismus erwartet. Wenigen Ländern vor allem in Afrika, in Nahost der DVR Yemen, denen unter der Führung marxistisch-leninistischer Avantgardeparteien bereits "volksdemokratische" Qualitäten zuerkannt wurden, verlieh die SED-Führung, zögernd gefolgt von der Wissenschaft, das Prädikat des "sozialistischen Entwicklungsweges". Die größten Chancen für Veränderungen in Richtung Sozialismus wurden nicht mehr in Ländern, die bereits erhebliche Entwicklungsfortschritte erreicht hatten, sondern in den rückständigsten und ärmsten Ländern erwartet. In der Folge kam es zur Schwerpunktverlagerung der DDR-Südpolitik auf Schwarzafrika. In Algerien, Syrien und im Irak dagegen "stagnierte" die Revolution, sie war "gefährdet" oder "degeneriert".

Dennoch erfolgte der Ausbau der Kontakte zu den meisten Staaten der Region auf allen Beziehungsebenen. Die zunehmenden außenpolitischen Aktionsmöglichkeiten der DDR im Nahen

Osten, die sich in einer wachsenden Zahl von Regierungs- und Parteidelegationen und einem verdichteten Netz an Spezialabkommen niederschlugen, ergaben sich aber vor dem Hintergrund eines langsamen Verfalls des ideologischen und ordnungspolitischen Einflusses der sozialistischen Staaten.

Die Bedeutung Ägyptens, das sich nach dem Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion von 1971 wirtschafts- und außenpolitisch auf den Westen umorientierte, blieb für die DDR bis über die Mitte der 70er Jahre hinaus erhalten. Eine gewisse Ersatzfunktion kam im Nahen Osten Libyen zu, das eine kompromißlose Haltung im Palästina-Konflikt einnahm. Der relativ unbedeutende Staat konnte jedoch keine einflußreiche Position des Ostblocks im Nahen Osten garantieren, zumal er ebenso wie Algerien schon bald begann, die einseitige Abhängigkeit zu reduzieren. Aufgrund seiner wirtschaftlichen, demographischen und zunehmend auch regionalpolitischen Bedeutung von größerem Interesse war der Irak, der seit Ende der 60er Jahre auch Militärlieferungen der DDR erhielt⁶². Auch die Kontakte zu Syrien, weiterhin einer der Hauptverbündeten des Ostblocks, und in geringerem Maße zu Algerien pflegte die DDR. 1974 führte eine Nahostreise des Ministerratsvorsitzenden Sindermann nicht nur nach Syrien und in den Irak, sondern auch nach Kuwait.⁶³ Zunehmende Bedeutung im außenpolitischen Konzept der DDR erhielt auch die PLO, zu der sie als einer der ersten sozialistischen Staaten 1973 offizielle Kontakte aufnahm.⁶⁴

1977-79 schien sich für den Ostblock mit der "Ablehnungsfront" gegen das Camp-David-Abkommen ein neues antiimperialistisches Bündnis, das vor allem aus Syrien, der PLO und dem Irak bestand, abzuzeichnen. Damit verbunden waren für die DDR weitere gegenseitige Besuche, Beratungen und Abkommen.⁶⁵ Die Blockfreienkonferenz in Havanna 1979 schien die Stellung der sozialistischen Staaten in den EL generell zu stärken. 1979 schloß die DDR mit Staaten "sozialistischer Entwicklung" erstmals Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit ab, darunter mit der DVR Yemen. Diese besuchte der Staatsratsvorsitzende 1976 und 1979 selbst, ebenso 1979 Libyen.

Mit dem NATO-Mitglied Türkei kamen nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1974 erstmals direkte politische Kontakte zustande. Die islamische Revolution im Iran wurde trotz ihrer religiösen Basis zunächst begrüßt, insbesondere nachdem die neuen Machthaber eine anti-amerikanische Position eingenommen hatten.

5.1.2 "Ökonomisierung" des Nahosthandels und Ausbau der industriellen Kooperation

Auch wirtschaftlich traten die Beziehungen der DDR zum Nahen Osten in der ersten Hälfte der 70er Jahre in eine neue Phase ein. Schon Mitte der 60er Jahre hatte eine offizielle Neubewertung des Außenhandels begonnen; insbesondere wurde die Bedeutung des Exports für die wirtschaftliche Entwicklung erkannt. Vermehrt sollte vom einfachen Außenhandel auf komplexere,

⁶² Zur militärischen Zusammenarbeit der DDR mit EL s. bspw. Kupper/Yenal/Zastrow (1971), S. 100 ff.; Lamm/Kupper (1976), S. 144 ff.; Spanger/Brock (1987), S. 186 ff.; Hillebrand (1987), S. 198 ff.

⁶³ Zu den Beziehungen zu Zypern, Syrien und Kuwait s. im folgenden auch Ammer (1982); Buck (1983).

⁶⁴ Zu den PLO-Beziehungen s. a. von Plate (1979), S. 678 f.; Mouna (1995).

⁶⁵ Aus DDR-Sicht vgl. auch Röhner (1979).

langfristig und planmäßig angelegte Formen der Außenwirtschaftsbeziehungen übergangen werden. Nach der Ölkrise ergab sich für die DDR wie auch für die anderen RGW-Staaten die Notwendigkeit, angesichts der sinkenden Lieferbereitschaft der UdSSR, die 1973 nur noch etwa 80% der DDR-Ölimporte deckte, und steigender Verrechnungspreise den Aspekt "Erdöl" vermehrt in der Gestaltung ihrer blockexternen Außenwirtschaftsbeziehungen zu berücksichtigen. Um die rohstoffreichen EL an sich zu binden, wurde eine intensivere Zusammenarbeit im Grundstoffsektor postuliert.⁶⁶ Verstärkt wurden auch gemeinsame Wirtschaftsausschüsse auf Regierungsebene gegründet, die die Abstimmung aller Maßnahmen der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit und ihre Eingliederung in die nationalen Entwicklungspläne beider Seiten gewährleisten sollten. Nachdem das erste sog. "Teilabkommen" bereits 1965 mit der VAR geschlossen worden war, kamen nun entsprechende Vereinbarungen auch mit Syrien, Algerien, Irak und Kuwait zustande.

Nach DDR-Statistiken lag der Anteil der EL am Gesamtaußenhandel in den 70er Jahren meist zwischen 4% und 5%.⁶⁷ Der Anteil *aller* EL ging in den 70er Jahren allerdings auf etwa 8½% zurück. Auf Schwellenländer entfielen seit 1965 35-46% des EL-Handels, die am geringsten entwickelten Länder (LLDC 1977/78: unter 4%) waren, obwohl sich darunter viele nahestehende Staaten befanden, kaum vertreten. Die OPEC-Staaten gewannen hingegen seit 1975 stark an Bedeutung (1975/76 ca. 15%, ab 1980 20-30%). Die Konzentration auf die zehn Haupthandelspartner in den EL nahm bis 1981 weiter ab (auf etwa 60-65%). Unter den DDR-Exporten in EL stieg der Anteil der Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie in den 70er Jahren weiter auf ca. 70%. Zunehmend bemühte sich die DDR um die Lieferung schlüsselfertiger Industriebetriebe. Unter den Importen aus EL dagegen verbesserte sich das Verhältnis von Rohstoffen zu Halb- und Fertigprodukten (v. a. der Investitionsgüterindustrie) bis zu den 80er Jahren auf eine Relation von 1:2-1:1,2.⁶⁸ 1974-77 bestand ein starkes Defizit im EL-Handel.

Die arabische Welt blieb Schwerpunkt des Warenaustauschs mit den EL. Die DDR versuchte, die nach der Ölpreisexplosion gestiegenen Deviseneinnahmen zahlreicher Nahoststaaten in die eigene Wirtschaft umzuleiten. Allerdings stiegen die Preise für ostdeutsche Fertigwaren langsamer als die Rohstoffpreise. Der Anteil am EL-Handel weitete sich in der ersten Hälfte der 70er Jahre auf 58% aus, ging aber bis Ende des Jahrzehnts wieder auf 42% zurück. Berücksichtigt man *alle* EL, blieb der Anteil mit ungefähr 28% weitgehend konstant. Der gesamte Nahe Osten erreichte 1975 einen Anteil am EL-Handel von 62%, 1978/79 48%; die Relation zu *allen* EL stieg hingegen von 17½% auf 22%. Arabische Staaten waren zunehmend in der Gruppe der zehn wichtigsten EL vertreten: neben Ägypten (bis 1979) kamen 1975 der Irak und Syrien hinzu, zeitweise auch Algerien (1978). Damit näherten sich auch im arabischen Raum die Marktanteile der wichtigsten Handelspartner einander an. Vier bis fünf Länder überschrit-

⁶⁶ Zu der Sicherung der Rohstoffversorgung, den Verrechnungsmechanismen und den Auswirkungen auf die Binnenwirtschaft ab 1975 ff. s. a. Haendcke-Hoppe (1980), S. 32 ff.; Bolz (1983); Melzer (1983); Winter (1983).

⁶⁷ Anteilsmäßig stand der EL-Handel der DDR in den 70er (und in den 80er Jahren) an letzter Stelle der RGW-Mitglieder (bei den Importen und je nach EL-Abgrenzung zeitweise vor Bulgarien und der CSSR). Dem absoluten Volumen nach wurde er in den 70er Jahren auf jeden Fall von der UdSSR, der CSSR und Rumänien übertroffen.

⁶⁸ Zum Vgl.: Im gesamten Weltaußenhandel der DDR fielen Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel von 1970 bis 1984 von 52% auf 47% ihrer Exporte, der Anteil aller verarbeiteten Güter lag bei ca. 70-80%. Der Einfuhranteil von Brennstoffen, mineralischen Rohstoffen und Metallen stieg zwischen 1970 und 1984 von 28% auf 42% zu Lasten der anderen Rohstoffe, Vorprodukte und Nahrungsmittel; verarbeitete Güter umfaßten ca. 40-45% der Importe.

ten nun regelmäßig die 10%-Grenze im Arabienhandel. 1974 wurde der bis dahin meist positive Außenhandelsaldo der DDR auch mit den arabischen Ländern defizitär.⁶⁹ Entgegen dem allgemeinen Trend im EL-Handel nahm die DDR arabischen Staaten Fertigwaren der metallverarbeitenden oder der Leichtindustrie weiterhin nur in geringem Umfang ab.

1974 hatte Ägypten seine Spitzenposition im Arabienhandel abgegeben. Obgleich noch 1975 ein langfristiges ostdeutsch-ägyptisches Handels- und Zahlungsabkommen bis 1980 abgeschlossen wurde, ging der Warenaustausch ab 1976 zurück. Der Anteil Ägyptens verringerte sich bis Ende der 70er Jahre auf ca. 20% des Umsatzes der DDR mit arabischen Ländern. Der Anteil der DDR am ägyptischen Gesamtaußenhandel lag schon 1976/77 nur noch bei 2½%. Weitgehend fort setzte sich hingegen das Wachstum des Syrienhandels. Der syrische Anteil am Arabienhandel stieg während der 70er Jahre auf 17-19%; den zweiten Rang unter den arabischen Handelspartnern hielt Syrien fast die ganze Dekade. Die Bedeutung der DDR für den Außenhandel Syriens wurde jedoch von der BRD weit übertroffen. Während im Handel mit Ägypten 1970-75 der Anteil verarbeiteter Produkte an den DDR-Exporten von 94% auf 84% sank, stieg der Anteil ostdeutscher Maschinen, Ausrüstungsgüter, Transportgeräte und elektrotechnischer Erzeugnisse am Außenhandelsumsatz mit Syrien 1975-80 von 40% auf 79%. Erdöl, das seit 1968 vorwiegend mit Hilfe der UdSSR und der ČSSR erschlossen wurde, hatte bereits 1973 Baumwolle als syrisches Hauptexportgut ersetzt. Die DDR nahm 1978 4,3% der syrischen Erdölexporte ab. Die ägyptischen Öllieferungen in die DDR sanken, wie auch gegenüber der Sowjetunion, bereits ab 1972 wieder auf etwa das Niveau von 1965.⁷⁰

Parallel zu den verbesserten politischen Beziehungen verzeichnete der Handel mit dem rohstoffreichen Irak 1970-75 enorme Wachstumsschübe und erreichte 1975 über 23% des EL-Handels; unter den arabischen Staaten lag der Anteil bei etwa 38-40%. 1971 gelangte der Irak auf den zweiten, 1974 auf den ersten Rang der arabischen Handelspartner. Irak war einer der wenigen Staaten, dem 1975 die Möglichkeit der multilateralen Verrechnung im RGW eingeräumt wurde. Zeitweise deckte der Irak über 10% der ostdeutschen Ölimporte. Wie andere arabische Staaten nutzte er aber die Ölpreissteigerungen und das Auslaufen von Abkommen, um den Handel auch mit dem Ostblock zu Weltmarktkonditionen abzuwickeln und verstärkt Waren höherer Qualität aus dem Westen zu beziehen. So stiegen in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts die Handelsumsätze nicht mehr so ungebrochen, die Umsatzanteile gingen zurück. Ende der 70er Jahre kamen nur noch 5% der Öleinfuhren der DDR aus dem Irak.

Der Handelsumsatz mit Algerien verdoppelte sich während der 70er Jahre und umfaßte 1978 15% des ostdeutschen Arabienhandels (vierter Rang in der Arabien-Statistik). An der Wende zu den 80er Jahren lieferte auch Algerien zeitweise Erdöl. 1974 öffnete sich die DDR "Vertragsarbeitern" aus außereuropäischen Ländern, da sektoral auftretende Arbeitskräftedefizite über den zentralen Binnenwirtschaftsplan nicht ausgeglichen werden konnten. Das erste Regie-

⁶⁹ Dies galt insbesondere für den Irak. Gegenüber Ägypten und Algerien bestand meist ein Handelsüberschuß. Auch der bis 1975 meist negative Saldo der DDR gegenüber Marokko befand sich seit 1976 tendenziell im Plus.

⁷⁰ Zu den Ölimporten vgl. auch Tab. 4. Auch die Sowjetunion importierte in wachsendem Maße Erdöl. Ihr Defizit im Handel mit den EL (seit 1974/75) und der arabischen Welt, Anfang der 70er Jahre erstmals seit 1960 auch wieder gegenüber Ägypten, glichen insbesondere im Handel mit arabischen Staaten (unbilanzierte) Waffen- und Militärgüterlieferungen aus.

rungsabkommen wurde mit Algerien geschlossen. Bis 1981 hielten sich über 8000 algerische Arbeiter in der DDR auf, die vor allem in der Zement- und Chemieindustrie eingesetzt wurden.⁷¹ Mit dem Arbeitsaufenthalt sollte eine fachliche Ausbildung verbunden sein, die in den Augen der DDR den qualitativen Unterschied zum Gastarbeitertum im Westen darstellte. Da die Schulung meist nur auf dem Papier stand, brach Algerien 1980 Verhandlungen über ein neues Jahresprotokoll ab, obgleich die DDR eine Verdoppelung der Migrantenzahl wünschte.

Mit Libyen begann der bilaterale Handel erst nach dem Abschluß mehrerer umfangreicher Wirtschafts- und Kooperationsabkommen 1975 einen nennenswerten Umfang anzunehmen. Er blieb aber unter 5% des Handelsumsatzes mit arabischen Ländern, ebenso wie der Handel mit den als "kapitalistisch" angesehenen Maghrebstaaten Marokko und Tunesien, mit Kuwait und - trotz großer politischer Affinität des südlichen Teils - mit den beiden Yemen. Auch der Libanon, der 1971 über 11% des Arabienhandels auf sich vereinigte, war ab der zweiten Hälfte der 70er Jahre von geringer Bedeutung für die DDR. Seit der Anerkennung kooperierte die DDR auch mit der Wirtschaftsabteilung der Fatâh, der wichtigsten Gruppierung innerhalb der PLO. Diese war auf der Leipziger Messe jedesmal mit einem eigenen Stand vertreten. Genossenschaften aus den Besetzten Gebieten waren 1977 die größten Zitrusfrüchtelieferanten der DDR. An PLO-Betriebe in Libanon, Jordanien und Syrien lieferte sie Textilmaschinen.

Die Türkei erreichte gegen Ende der 70er Jahre nach längerer Talsohle gegenüber der DDR wieder Handelswerte der 50er Jahre; ihr Anteil am EL-Handel war zwischenzeitlich jedoch auf etwa 2% gefallen. Die handelspolitische Kooperation der DDR mit dem Iran wurde ab 1973 ausgeweitet; im selben Jahr lieferte der Iran 15% der ostdeutschen Öleinfuhren.⁷²

Auf Länder, denen eine "sozialistische Orientierung" zugesprochen wurde (einschließlich Libyen), entfielen in der ersten Hälfte der 70er Jahre über 90% des Arabienhandels. Die Reduzierung der Zahl einbezogener Länder führte 1976 zu einem Rückgang des Ländergruppenanteils von nahezu 30 Prozentpunkten. Sogar einen "sozialistischen Entwicklungsweg" beschritten im Nahen Osten ausschließlich Länder mit rudimentärem Handelsaustausch mit der DDR. Der Anteil der OPEC-Staaten am Nahosthandel stieg dagegen von 1970 bis 1979 von 15% auf 51%.

Nach dem Beispiel der angestrebten vertieften außenwirtschaftlichen Integration untereinander und der seit den 70er Jahren erweiterten Kooperationsbeziehungen mit westlichen Industrieländern versuchten die sozialistischen Staaten auch die langfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den EL weiterzuentwickeln. Ausgebaut wurde die "industrielle Produktionskooperation", bei der sich Handel, finanzielle Leistungen und technische Hilfe überlagerten.⁷³ Typischerweise wurde sie im Rahmen langfristiger Kreditverträge durchgeführt. Die Rückerstat-

⁷¹ Dazu vgl. Riedel (1992). Algerien hatte die Migration nach Frankreich unterbrochen, die BRD war an einer Vereinbarung nicht interessiert. Die Algerier stellten 6% der bis 1989 insgesamt 128 000 Vertragsarbeiter, die seit 1978 auch aus anderen Ländern kamen. Je nach Angaben brachen 12-28% ihren Vertragsaufenthalt vorzeitig ab. Der Devisentransfer (max. 40% des Einkommens) wurde kaum genutzt und betrug 1976 2,7 Mio., 1977 4,9 Mio. M.

⁷² Zur PLO und zum Iran s. a. Haendcke-Hoppe (1980), S. 61; von Plate (1979), S. 685 ff. Daten zum Iranhandel für die weiteren Jahre fehlen. 1975-78 stieg auch der Handelsumsatz mit Israel, vor allem auf der Importseite (1978: 3,36 Mio., Exporte 1975 0,16 Mio. \$).

⁷³ Dazu s. Lamm/Kupper (1976), S. 147 ff.; Lange (1986); Spanger/Brock (1987), S. 265 ff.; Kipke (1988), S. 32.

tung der von der DDR erbrachten Leistungen sollte mit Hilfe der in den EL geschaffenen Produktionskapazitäten erfolgen.

Die Zusammenarbeit sollte den Partnerländern Exporte mit einem entsprechenden Verarbeitungsgrad in die RGW-Märkte und die Realisierung von Großprojekten jenseits der eigenen finanziellen Kapazitäten ermöglichen. Das langfristige Interesse der Ostblockpartner lag darin, im Außenwirtschaftsplan vorgesehene Importe vorteilhaft beschaffen, eigene Industriekapazitäten auslasten und stabile Wirtschaftsbeziehungen durch die größere gegenseitige Verflechtung sichern zu können. Sie übernahmen nicht nur die Lieferung der Maschinen, sondern auch technische und Leitungsaufgaben bis zur Inbetriebnahme und die Ausbildung des Betriebspersonals. Als positives Element für die EL wurde der damit verbundene Technologietransfer herausgestellt. 1971-74 nahmen 111, 1970-82 über 750 Betriebe, die mit technischer und wirtschaftlicher Unterstützung der DDR in EL errichtet worden waren, ihre Tätigkeit auf. Hingegen beteiligte sich die DDR Mitte der 70er Jahre noch nicht an der Gründung sog. "Gemeinschaftsunternehmen".⁷⁴

In der ersten Hälfte der 70er Jahre stand die arabische Welt im Mittelpunkt dieser sozialistischen Kooperationsbemühungen. Während aber die Kooperation mit Ägypten aus politischen Gründen stagnierte, errangen neben den Schwerpunktländern Syrien und Irak auch Algerien und Libyen verstärkt Beachtung. Die Ostblockstaaten steigerten vor allem ihre Anstrengungen zur langfristigen Ölimportsicherung und unterstützten die Erschließung der Ölfelder auf Kompensationsbasis. Die Industriekooperation der DDR konzentrierte sich auf wenige Länder und verlagerte sich von Ägypten auf Algerien und vor allem auf den Irak. Der staatliche Sektor stand wie auch bei anderen Formen der Zusammenarbeit naturgemäß im Vordergrund. Der mit der Kooperation verbundene Technologietransfer seitens der DDR war zwar gering, lag aber im Vergleich der osteuropäischen Länder noch mit an vorderer Stelle.

5.1.3 Die Neuorientierung der Entwicklungshilfe

Weiterhin unterstützte die DDR das Verlangen der EL nach einer "demokratischen Umgestaltung" der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und nach steigenden Finanztransfers der kapitalistischen Staaten. Da den Beziehungen sozialistischer Staaten zu den EL ein prinzipiell anderer Charakter zugesprochen wurde, wiesen die DDR und ihre Verbündeten jedoch eine Einbindung in die finanzielle Verantwortung der Industrieländer gegenüber den EL zurück.⁷⁵

Die Kapitalhilfe spielte im Rahmen der außenwirtschaftlichen Aktivitäten der DDR nach wie vor eine geringe Rolle. Wirtschaftliche Gründe waren die Devisenknappheit, wachsende Verpflichtungen gegenüber dem eigenen Bündnis und die zunehmende Westverschuldung, zumal

⁷⁴ Erste Ansätze von Ost-Süd-Joint Ventures mit politischer Zielsetzung gab es in den 60er Jahren. Östliche Außenhandelsunternehmen beteiligten sich meist zeitlich befristet mit der Übergabe von Lizenzen, Patenten oder know-how an gemeinsamen Gesellschaften. Dafür wurden sie an den Gewinnen oder der Lizenzverwertung beteiligt oder erhielten feste Rückzahlungsbeträge. Sachlieferungen und technische Hilfe erfolgten im Rahmen gesonderter Handelsverträge. Da alles "unter strenger Beachtung der nationalen Interessen der EL" geschah, wurden ideologische Vorbehalte als überholt angesehen. Vor allem Ungarn, Rumänien und Jugoslawien beteiligten sich an osteuropäischen Joint Ventures in EL. Ablehnend stand die DDR lange Zeit insbesondere einer "tripartite co-operation" von Ostblock-, westlichen Industrie- und Entwicklungsländern gegenüber.

⁷⁵ S. a. Bruns (1975). Aus DDR-Sicht s. bspw. Autorenkollektiv (1979), S. 326 ff.

seitens der DDR der Einsatz finanzieller Ressourcen in EL als ökonomisch wenig erfolgversprechend angesehen wurde. Nach dem Wegfall der Hallstein-Doktrin orientierte sich die DDR auch bei der Vergabe von Kapitalhilfe in starkem Ausmaß um. Ökonomisch sollten die vergebenen Mittel vor allem der Exportförderung dienen. Daneben nahm die Entsendung von Experten stark zu. Ausgebaut wurden auch die akademische und berufstechnische Aus- und Weiterbildung in der DDR.⁷⁶ Politisch ging die Umorientierung einher mit der Desillusionierung über die "sozialistische Orientierung" der bis dahin bevorzugten Partnerländer. Die Konzentration auf freundschaftlich verbundene Staaten blieb weiterhin erhalten, wenn sie sich nicht noch verstärkte.

Vorliegende Quellen schätzen, daß die DDR bis 1976 Kapitalhilfe von insgesamt 1237 Mio. \$ vergab, davon etwa die Hälfte seit Beginn des Jahrzehnts. Lediglich 0,8% wurden den Empfängern geschenkt⁷⁷. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre verdoppelte sich das Hilfsvolumen fast sprunghaft. Nach Angaben der OECD wurden in der ersten Hälfte der 70er Jahre etwa 75 Mio. \$ jährlich für Nettohilfsleistungen aufgewendet. Multilaterale Kapitalhilfe über internationale Organisationen oder mit anderen Ostblockstaaten, die einen politisch gezielten Einsatz erschwerte, gewährte die DDR kaum (1974-78: etwa 0,5%). Forderungen der EL nach Verstärkung des multilateralen Ressourcentransfers wurde damit nicht entsprochen. Bis zur zweiten Hälfte der 70er Jahre stieg der Entwicklungshilfeanteil am BSP auf etwa 0,15%, blieb also weit hinter den international postulierten Zielen zurück. Im Ostblock stand die DDR Anfang der 70er Jahre als Gebernation an vierter, 1975-76 an dritter Stelle; laut OECD belegte sie nach 1970 hinter der UdSSR den zweiten Platz.

In den 70er Jahren konzentrierte sich die DDR mit 70-75% ihrer aufgelaufenen finanziellen Leistungen unter den RGW-Mitgliedern (\varnothing 37,5%) am weitesten auf die arabischen Staaten. Von 1954 bis 1976 gewährte sie ihnen Kapitalhilfe im Umfang von 875 Mio. \$.⁷⁸ Die DDR war damit innerhalb des RGW nach der Sowjetunion (53%) der zweitgrößte Geber im arabischen Raum (11%). Die drei wichtigsten der 22 Empfängerländer erhielten bis 1976 über 50% der aufgelaufenen Gesamtzusagen der DDR. Ein Viertel der Kredite entfiel allein auf Ägypten. 1970-74 steigerte die DDR ihre kumulierte Kapitalhilfe an Ägypten um das 2½fache auf 241 Mio. \$; zudem gewährte sie in den Jahren 1970 und 1971 Handelskredite von ca. 427 Mio. \$.⁷⁹ Wie andere EL konnte aber auch Ägypten die Kredite nur teilweise nutzen: Ursachen waren Liefer- und Auszahlungsverzögerungen auf Seiten der DDR und die geringe Absorptionsfähigkeit des Empfängerlandes⁸⁰.

⁷⁶ Anfang der 60er Jahre entsandte die DDR erst 150, in der Mitte der 60er Jahre 1000 Fachkräfte in EL. Während der 70er Jahre waren dort insgesamt 15 000 Experten tätig, vor allem in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts. 55 000 Personen erhielten in den 70er Jahren Berufsausbildung in den EL, in der DDR 15 000. Die Zahl der Studenten aus EL stieg von etwa 1000 Anfang der 60er Jahre auf 3 000 Ende der 60er und in den 70er Jahren.

⁷⁷ Ein Teil stammte neben der staatlichen humanitären und karitativen Hilfe (1970-79 64,5 Mio. M) aus Spenden des FDGB und der Solidaritätskomitees (1970-79 1,4 Mio. M).

⁷⁸ Detailliertere Regional- und Länderangaben liegen nur bis etwa 1976 vor.

⁷⁹ Die Zahlen für Ägypten verdeutlichen das bestehende Datenproblem. Je nach Quelle soll die kumulierte Kapitalhilfe der DDR an Ägypten allein bis 1971 auf 158-198 Mio. \$ gestiegen sein. Alle in der Literatur genannten Aufbau- und Lieferkredite zusammengenommen wären bis 1971 Zusagen von 765 Mio. \$ aufgelaufen.

⁸⁰ So waren laut Hirschfeld (1978), S. 233 1967 erst 10,8 Mio. des 21,4 Mio. \$-Kredits von 1958 und 3,9 Mio. des 70 Mio. \$-Kredits von 1965 ausgezahlt.

Bereits in der ersten Hälfte der 70er Jahre wurde eine Neuausrichtung der Entwicklungshilfe innerhalb des Nahen Ostens erkennbar. Algerien und Syrien vereinten auf sich 1976 mehr als ein weiteres Viertel der aufgelaufenen Zusagen. Die Kreditsumme an Syrien hatte sich bereits von 1970 bis 1974 auf 155 Mio. \$ fast verdoppelt. Hingegen handelte es sich bei den Krediten an Algerien um "Altbestand": wie der Sudan, die beiden Yemen und der Irak hatte es in der ersten Hälfte der 70er Jahre von der DDR keine weitere Kapitalhilfe erhalten. Dafür gelangten Tunesien⁸¹ und Somalia erstmals in den Genuß von Kreditzusagen (10 Mio. \$ bzw. 43 Mio. \$). In anderen Ländern, die wie die Türkei, Afghanistan und der Iran an der "Südflanke" der Sowjetunion in den 70er Jahren (ab 1978 auch Marokko) zu den wichtigsten Empfängern der RGW-Hilfe zählten, trat die DDR überhaupt nicht als Kreditgeber auf.

In den späten 70er und frühen 80er Jahren kamen neue Schwerpunktregionen auf. Allein Vietnam, Laos und Kambodscha erhielten 30-40% der DDR-Entwicklungshilfe (ohne Korea und Jugoslawien). Wichtig wurden nun auch die neuen Verbündeten des "sozialistischen Entwicklungsweges" sowie Befreiungsbewegungen, die seit Mitte der 70er Jahre geschätzt weitere 30-40% der Hilfe beanspruchten. Gerade 10-20% des Gesamtvolumens verblieben für die restliche Dritte Welt; sie gingen vor allem an kleinere Länder sozialistischer Orientierung in Afrika, häufig als Katastrophenhilfe. Ab etwa Mitte der 70er Jahre waren somit im Nahen Osten nur noch die PLO und die DVR Yemen, in geringem Maße weiterhin Syrien und anfangs noch Algerien und Libyen als Empfänger von DDR-Entwicklungshilfe relevant.

5.2 Weitere "Ökonomisierung" und Stagnation der Nahostbeziehungen in den 80er Jahren

Die Aussicht des Ostblocks auf neuen Positionsgewinn im Nahen Osten war von kurzer Dauer. Der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan führte vor allem in islamischen EL zu einem schweren Prestigeverlust. Regionale Konflikte erledigten die Hoffnung auf eine neue Antisraelfront. Die Beziehungen zum Irak waren bereits Ende der 70er Jahre deutlich abgekühlt, da die Profilierung als Regionalmacht auf sowjetischen Widerstand gestoßen war. Im Iran-Irak-Krieg nahm die UdSSR eine neutrale Position ein, während der Irak, wie zeitweise die PLO, die Beziehungen zu den Golf- und westlichen Industriestaaten verbesserte. Dazu ließen wachsende Ost-West-Spannungen, steigende Rüstungsausgaben und eigene Strukturkrisen den Ostblock auch im Nahen Osten in die außen- und entwicklungspolitische Defensive geraten.

Verstärkt fand nun in der DDR eine Gewichtsverlagerung von der Revolutionseuphorie und Systemexpansion auf ökonomischen Pragmatismus statt. Die "antiimperialistische Solidarität" fiel auf dem X. Parteitag der SED 1981 hinter die "Sicherung des Friedens" zurück; formulierte Entwicklungsziele ließen in der Folge eine deutliche ideologische Zurückhaltung erkennen. In Arbeiten von DDR-Wissenschaftlern äußerten sich Bemühungen um eine differenziertere Betrachtung der EL, die sozioökonomische Faktoren einbezog⁸². Zwar wurden bis 1984 weder die Zahl der Militärberater in EL (vor allem in Syrien, im Irak und in den beiden Yemen) oder die Rüstungslieferungen nennenswert reduziert noch die Kooperation mit Staaten des "nichtkapitalistischen Entwicklungsweges" wie Süd-Yemen oder Libyen gelockert, allerdings gab es

⁸¹ Tunesien soll bereits 1965 einen 300 000 \$-Kredit für Nähmaschinenfabriken erhalten haben, n. a. A. zwei Lieferkredite über 800 000 \$ verbunden mit technischer Hilfe. Vgl. Kramer (1966), S. 243; Ortner-Heun (1970), S. 147.

⁸² Vgl. Spanger/Brock (1987), S. 97 ff.

auch kaum Versuche zur Erweiterung des bestehenden politischen Einflußbereichs in der Region. Auf ökonomischem Terrain entwickelte sich lediglich mit dem peripheren Afghanistan, das sich zwischenzeitlich ebenfalls auf dem "sozialistischen Entwicklungsweg" befand, ein geringfügiger Handel; Anfang 1979 wurden mehrere bilaterale Kooperationsabkommen, 1982 auch ein Freundschaftsvertrag geschlossen.

Eigener Investitionsbedarf und die Sicherung des Lebensstandards der Bevölkerung vereitelten die im Fünf-Jahres-Plan 1981-85 vorgesehene Exportoffensive der DDR. Vielmehr verstärkten sich Anfang der 80er Jahre die Rohstoffengpässe. Die Krise in Polen weckte Befürchtungen um die zuverlässige Lieferung von Kohle. Im Herbst 1982 kündigte die Sowjetunion an, die für 1980-85 jährlich zugesagten Rohöllieferungen von 19 Mio. to um 10% zu kürzen.⁸³ In einer binnen- und außenwirtschaftlich angespannten Lage, in der neue Kredite im Westen nur schwer erhältlich waren, versuchte die DDR Bezugsquellen ausfindig zu machen, die sichere Rohstofflieferungen möglichst auf Kreditbasis erlaubten, um bereits verplante Devisen für andere dringend benötigte Importe (vor allem westlicher Spitzentechnologie), für fällige Kreditzinsen und -tilgungsraten und zur Deckung des seit 1974 bestehenden Handelsdefizits gegenüber der UdSSR freizuhalten.

Bei der Verlagerung der Rohstoffabhängigkeit auf die EL wurden befreundete Staaten bevorzugt, zugleich stieg aber die Bereitschaft, mit Handelspartnern noch mehr über ideologische Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Zuwächse des EL-Handels dürften wie schon während der 70er Jahre weitgehend Mengen- und Preissteigerungen bei Rohstoffimporten zuzurechnen sein. Dies gereichte vor allem Handelspartnern im Nahen Osten zum Vorteil. Dagegen sank die Abnahmebereitschaft der DDR für Fertig- und Halbfertigprodukte aus den entwickelteren Lieferländern. Problematisch war, daß die Exportfähigkeit der DDR, aufgrund von Lieferverpflichtungen gegenüber den eigenen Verbündeten stark beeinträchtigt war und daher Kompensationsgeschäfte kaum abgewickelt werden konnten. Die Bedeutung der industriellen Ost-Süd-Kooperation hatte schon Ende der 70er Jahre zu schwinden begonnen⁸⁴.

Anfang der 80er Jahre stieg der EL-Handel der DDR noch kräftig an. 1982 erzielten die EL mit 6,4% ihren größten Anteil (*alle* EL 1980 10,8%) am gesamten DDR-Außenhandel. Den absoluten Höchstwert erreichten sie 1983 (*alle* EL 1984). Vor allem nahestehende Länder konnten ihren Anteil ausbauen. In der ersten Hälfte der 80er Jahre stieg auch wieder die Konzentration auf die zehn größten EL-Partner (77-80%). Für die EL blieb die DDR dennoch als Absatzmarkt relativ unbedeutend.

Auch der Warenaustausch mit der arabischen Welt erlebte erneut einen kräftigen Wachstumsschub und erreichte 1982 (Naher Osten 1983) sein höchstes Niveau. Der Anteil am EL-Handel sank jedoch auf 30-40% (*an allen* EL 19-27%). Nach Angaben des Arab Monetary Fund (AMF) entsprach der DDR-Handel seiner Mitglieder nie mehr als ½% ihres aggregierten Au-

⁸³ S. a. Haendcke-Hoppe (1980), S. 69; Buck (1983), S. 53, 63 f.; Winrow (1990), S. 28. Zugesagt waren pro Jahr 19 Mio. to. Westliche Schätzungen gingen bereits für 1984 von einem Bedarf von 24 Mio. to jährlich aus.

⁸⁴ Genaue und vor allem länderspezifische Angaben zu industriellen Kooperationsprojekten in den 80er Jahren liegen nicht vor. Jährlich waren etwa 60-80 Installationsobjekte der DDR im Bau (vgl. Schultz (1990), S. 315).

Benhandelsumsatzes⁸⁵. Länder sozialistischer Orientierung erreichten 1982 wieder 85% des Arabienhandels, die OPEC-Staaten 75%. In der Spitzengruppe der obersten zehn EL war der Nahe Osten mit bis zu fünf Ländern vertreten (bis 1984: Irak, der Iran ab 1980, Syrien bis 1983, Libyen 1980-81, Algerien 1982-83, Ägypten 1983-84).

Nach seiner Halbierung 1981 setzte sich das Wachstum des Irakhandels weiter fort. 1982/83 lag sein Anteil unter den arabischen Staaten über 50%. Dem Irak (mind. 5%) und dem Iran soll auch während des Golfkriegs weiterhin eine wichtige Rolle bei der Ölversorgung der DDR zugefallen sein. Auch der Handel mit Algerien erholte sich 1982. 1985 erreichte er seinen höchsten Anteil am Arabienhandel (23%) und damit den zweiten Platz. Der bilaterale Handel mit Libyen verzehnfachte sich Anfang des Jahrzehnts beinahe, kurzzeitig kamen von dort 2½% der Ölimporte. 1981 betrug sein Anteil am Arabienhandel über 20% (2. Rang). Danach fiel das Land kontinuierlich in die Bedeutungslosigkeit für den Warenaustausch zurück.

Während der ersten Hälfte der 80er Jahre führten handelspolitische Erwägungen zu stärkerer Orientierung auf ökonomisch interessante Geschäftspartner wie Ägypten und die Staaten am Arabisch-Persischen Golf. 1982 kehrte sich die rückläufige Tendenz im Handel mit Ägypten um, der 1986 seinen höchsten Wert erreichte. Sein Anteil am ostdeutsch-arabischen Warenaustausch stieg wieder auf ein Viertel. Dennoch verlor Ägypten in der ersten Hälfte der 80er Jahre auch den zweiten Rang im Arabienhandel, den es erst in der zweiten Hälfte zeitweise wieder erringen konnte. Das Export-Import-Verhältnis weitete sich in den 80er Jahren zugunsten der DDR auf bis zu 3:1 aus. Die 1978 geplante Ausweitung des Iranhandels verschob sich aufgrund des geplatzten Shahbesuchs, doch schon 1980 erlebte der Warenaustausch einen gewaltigen Aufschwung. Der Umsatz stieg 1984/85 auf fast 19% des EL-Handels, obgleich sich spätestens 1982/83 das sowjetische Verhältnis zum Iran erheblich verschlechtert hatte.

Eine weitere Reise führte Honecker 1982 nach Syrien und Kuwait. Im Handel mit Syrien, mit dem fünf neue Kooperationsverträge geschlossen wurden, stieg der Umsatz bis 1983, sank aber 1984 rapide auf weniger als die Hälfte. Als Ursachen galten unter anderem Devisenprobleme der DDR und das Auslaufen zahlreicher Investitionsprojekte. Der zweite Rang im Arabienhandel, den Syrien 1982/83 hielt, ging wieder verloren. Die DDR hatte 1976-89 einen stark schwankenden Anteil am syrischen Außenhandel (ca. 1-4%) inne und realisierte zugleich einen gewaltigen Lieferüberschuß, den Syrien lange Jahre nicht deckte. Der Anteil ostdeutscher Maschinen, Ausrüstungsgüter, Transportgeräte und elektrotechnischer Erzeugnisse am Außenhandelsumsatz mit Syrien war 1981 bereits auf 55% zurückgegangen.

Der Warenaustausch mit Kuwait erreichte, nachdem nach den ersten Kontakten eine gewisse Flaute in den gegenseitigen Beziehungen eingetreten war, im Jahr des Honeckerbesuchs seinen Höchstwert, ging aber in den beiden Folgejahren wieder um drei Viertel zurück. Der Handel bestand im wesentlichen aus Lieferungen von technischem Gerät der DDR; kuwaitisches Interesse bestand auch an Beratung im Gesundheits- und Ausbildungswesen. In einzelnen Jahren er-

⁸⁵ Die ebenfalls lückenhaften Angaben des Arab Monetary Fund (1988), (1989), (1994) ergänzen die Daten der Tab. 1 für kleine Handelspartner wie Jordanien, Saudi-Arabien und die VAE und erlauben Berechnungen des ostdeutschen Anteils am Außenhandel der AMF-Mitglieder.

reichten nun auch Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate 3% des Arabienumsatzes.

Gorbachov deeskalierte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die Nahostpolitik der Sowjetunion, akzeptierte eine Rolle als sekundärer Akteur in der Region und überprüfte die Beziehungen zu den bisher verbündeten Staaten.⁸⁶ Später als die DDR näherte sich die UdSSR auch den Golfstaaten. Die Betonung regionaler Ursachen ermöglichte die Abkoppelung regionaler Konflikte vom globalen Systemkonflikt. Diese Entspannungspolitik im Nahen Osten wurde von der DDR ab 1987 nachvollzogen. 1988 empfing die DDR mehrmals den PLO-Vorsitzenden, erkannte die Proklamation des Staates Palästina an und erhob die PLO-Vertretung in den Rang einer Botschaft. Zugleich fand in der zweiten Hälfte der 80er Jahre wie auch seitens der UdSSR eine gewisse Annäherung an Israel statt. Dabei wurden ab 1985 auch die seit 1979 weitgehend stillgelegten Handelsbeziehungen wieder reaktiviert (Importe 1987 1,8 Mio. \$). Dennoch kam es vor dem Mauerfall nicht mehr zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre begann der gesamte Außenhandel der DDR zu stagnieren. Der Umsatzanteil der EL rutschte bis 1988 auf 3,3%, der Anteil *aller* EL auf 7%.⁸⁷ Auch der Handel mit der arabischen Welt sank bis 1988 um 60%. Die Quote am EL-Handel ging bis 1988 auf ein Viertel (*alle* EL 12%) zurück; der gesamte Nahosthandel der DDR sank auf 37% (18%). Auf Länder sozialistischer Orientierung entfielen 1988 nur noch 56% des Arabienhandels; in etwa derselben Größenordnung bewegte sich der Anteil der OPEC-Staaten. Rapide sinkende Umsatzwerte mit Algerien und dem Irak, teilweise auch dem Iran führten zu erheblichen Anteilseinbußen dieser Länder. Eine leicht steigende Bedeutung verzeichneten die wirtschaftlich relativ entwickelten und liberalen Staaten Libanon, Jordanien, Marokko, Tunesien und die Türkei. In die beiden Yemen schien es ebenfalls erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zu nennenswerten Lieferungen der DDR gekommen zu sein.

1982 legte die DDR erstmals offizielle Zahlen über ihre Entwicklungshilfe vor, die internationalen Kriterien entsprechen sollten. Ihre Leistungen stiegen demnach zwischen 1981 und 1987 von 1,5 auf 2,3 Mrd. M jährlich, wurden aber 1988/89 auf 1,9 Mrd. M reduziert. Der Umfang der humanitären und Katastrophenhilfe betrug 1984 270 Mio. M, 1985 130 Mio. M. Der Anteil der Entwicklungshilfe lag 1981-87 bei 0,8-0,9% des erwirtschafteten Nationaleinkommens und hätte damit die international geforderte 0,7%-Marke für öffentliche Entwicklungshilfe überschritten, obwohl die DDR die Zielgröße ablehnte.⁸⁸ Nach Daten der OECD erreichten die Auszahlungen in den 80er Jahren bis über 200 Mio. \$/Jahr (0,12-0,17% des BSP), dies entsprach häufig nur einem Drittel der DDR-Angaben. 1988 wurde der Staatlichen Plankommission, die bereits seit 1962/64 prinzipiell auch für die internationale Wirtschaftskooperation zuständig war, die Koordination der Entwicklungshilfe übertragen. Daraufhin erfolgte 1989 erst-

⁸⁶ S. a. Bathke (1991).

⁸⁷ Neuberechnungen der Umsatzwerte in sog. "Verrechnungsgegenwerten" (VGW) 1990 führten zu Anteilverschiebungen zugunsten des "nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes" (s. Deutschland Archiv 23(1990)5, S. 646 ff.). Der EL-Handel betrug danach fast das Dreifache der alten Zahlen, sein Anteil (1985 über 8%, 1988/89 unter 5%) lag realistischermassen um die Hälfte bis zu drei Viertel höher als bis dahin angegeben. Die Außenhandelsöffnung der DDR stieg um etwa die Hälfte.

⁸⁸ Das Nettomaterialprodukt berücksichtigte nur etwa zwei Drittel der im BSP erfaßten Leistungen, so daß nach den korrigierten Angaben erst 1987 0,7% (1981 ca. 0,48%) erreicht wurden.

mals eine genauere Aufstellung der einbezogenen Leistungen⁸⁹: Ein Fünftel der DDR-Entwicklungshilfe bestand demnach aus kostenloser Hilfe, 43% umfaßten konzessionelle Kredit-elemente, 37% waren Liefervergünstigungen. Insgesamt leistete die DDR während ihres vierzigjährigen Bestehens wohl 7½ Mrd. \$ Entwicklungshilfe. Die Zahl der entsandten DDR-Experten und der Studenten aus EL stieg in der ersten Hälfte der 80er Jahre weiter an⁹⁰.

Auf den Nahen Osten entfielen 1986-88 nur noch etwa 5-7% der DDR-Entwicklungshilfe. Zu den Empfängern kam in den 80er Jahren Afghanistan hinzu, an das in der zweiten Hälfte der Dekade ca. 1-1½% der Leistungen gingen. Mauretanien bekam 1983 Katastrophenhilfe. Der Süd-Yemen erhielt in der zweiten Hälfte der 80er Jahre noch 2½-4½% der Hilfe. An Ägypten sind die letzten DDR-Leistungen wohl 1985 (13% der Hilfe) gegangen. Syrien empfing auch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre einen, wenn auch sehr kleinen und weiter sinkenden Anteil (1,7-0,4%). Angaben zu Leistungen an weitere arabische Empfänger erfolgten nicht mehr.

5.3 Ergebnisse: Abhängigkeit und Autonomie in der zweiten Phase der Nahostbeziehungen

Zunehmend wurde in der DDR die *Bedeutung wirtschaftlicher Außenbeziehungen* nicht nur für die Deckung akuter Versorgungslücken, sondern auch als Beitrag zur längerfristigen wirtschaftlichen Entwicklung erkannt. Im Rahmen der Handelsbeziehungen stieg daher der Stellenwert ökonomischer Interessen, wie die Erschließung von Absatzmärkten für den Maschinen- und Anlagenbau. Potentielle Abnehmer fanden sich aufgrund der steigenden Öleinnahmen im Nahen Osten. Langsam begann die DDR auch, sich außerhalb des Ostblocks nach Rohstofflieferanten umzusehen: hier boten sich ebenfalls nahöstliche Staaten an.

Die generelle *Außenhandels sensitivität* der DDR-Wirtschaft stieg bis Mitte der 80er Jahre leicht an. Der Drittwelt-Handel erlebte einen Anteilsanstieg. Im Rahmen der EL konnte der Nahe Osten seinen Anteil zeitweise erheblich ausweiten. Die auf einzelne Länder bezogenen Empfindlichkeiten nahmen hingegen in dem Maße ab, wie die Diversifizierung der Partner zunahm, und verlagerten sich innerhalb des arabischen Raumes auf neue Partner. Diese Trends schlugen in den letzten Jahren der DDR-Existenz weitgehend wieder um.

Auch Empfindlichkeiten in der *Warenstruktur* verschoben sich. Der Anteil ostdeutscher Maschinen-, Anlagen- und Transportmittelausfuhren in den Nahen Osten stieg weiter an. Die nahöstlichen Staaten konnten ihre Lieferungen etwas stärker zugunsten von Industriegütern diversifizieren; beträchtlich stieg aber vor allem die Bedeutung des Nahosterdöls für die Volkswirtschaft der DDR, während der Anteil pflanzlicher und anderer mineralischer Rohstoffe abnahm.

Zwar stiegen die außenwirtschaftlichen Wahlmöglichkeiten der DDR; aufgrund der eigenen, zunehmend angespannten Wirtschaftslage und der Liefer- und Zahlungsrückstände der Partnerländer wurde der Handlungsspielraum der DDR hinsichtlich eines Ausbaus der Wirtschaftsbeziehungen aber besonders im letzten Jahrzehnt immer geringer. Devisenmangel erzwang zunehmend den Abschluß von Kompensationsabkommen, der zuvor auch politisch "gewollt" war.

⁸⁹ Vgl. Schultz (1990), S. 312. Zu den 80er Jahren s. a. Schleicher (1995), S. 204.

⁹⁰ In der ersten Hälfte der 80er Jahre stieg die Zahl der Fachkräfte um unter 1000/Jahr, jährlich erfolgten 5 000 - 10 000 berufsbildende Abschlüsse. In den 80er Jahren studierten ständig 5 000-7 000 Studenten aus EL in der DDR.

Die Erstellung von Kooperationsprojekten ließ sich die DDR verstärkt in Waren erstatten, die in den errichteten Betrieben produziert wurden.

Vor allem im Bereich der Energieversorgung ergab sich auch eine zunehmende *wirtschaftliche Vulnerabilität* der DDR gegenüber dem Nahen Osten. Da aufgrund der geltenden Verrechnungsformel die Ölpreise der Sowjetunion zeitweise über den Weltmarktpreisen lagen, stellte bereits die Zuwendung zu nahöstlichen Lieferquellen eine alternative Strategie dar. Dies erwies sich insbesondere nach dem zweiten Ölpreisschub weniger vorteilhaft als erhofft. Alternative Strategien angesichts der Terms of Trade-Verschlechterungen gegenüber nahöstlichen Staaten waren kostspielig. Andere Bezugsquellen für Erdöl bestanden immer auf Basis der knappen Devisen. Die enorme Westverschuldung der DDR hatte jedoch schon zu wachsender Abhängigkeit vom Westen geführt und sollte nicht weiter zunehmen. Mengenmäßige Steigerungen der DDR-Exporte stießen an Kapazitäts- und Flexibilitätsgrenzen, Exportpreiserhöhungen waren aufgrund des erhöhten Wettbewerbs und der geringen Produktqualität kaum möglich. Auch der Hauptlieferant UdSSR sah sich in den 80er Jahren kapazitätsmäßig nicht mehr in der Lage, die relativ geringen blockexternen Liefermengen zu übernehmen; außerdem wäre dadurch die hohe ökonomische Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion weiter gestiegen.

Zwar wurde der Importbedarf durch Substitution der Energieträger (vor allem durch Braunkohle) oder Senkung des Energieverbrauchs (Produktivitätserhöhung, Produktionsreduzierung) gebremst, dies erwies sich jedoch politisch und ökonomisch (Versorgungsmängel, Entwicklungseinbußen) sowie ökologisch (Luftverschmutzung, Tagebau) ebenfalls als teuer, die Durchführung der Anpassung (Forschungsbedarf, Produktionsumstellung) als langwierig. (Potentielle) Kosten alternativer Strategien waren somit neben politischen zunehmend ökonomischer Art.

Transnationale Verflechtungen entstanden nicht, da der Ausbau der Industriekooperation unter Kontrolle des Staates blieb. Nicht nur der Handelsverkehr, sondern auch die finanzielle und technische Zusammenarbeit mit EL entsprach dem Prinzip des Bilateralismus; der multilaterale Ressourcentransfer mit anderen Ostblockstaaten oder über internationale Organisationen stieg zwar leicht, blieb aber die Ausnahme.

Das statuspolitische Moment in den Außenbeziehungen der DDR trat spätestens 1973 in den Hintergrund. Insgesamt läßt sich nach der Anerkennung der DDR eine partielle *Entkoppelung von Außenhandel und Außenpolitik* feststellen. Die Sensitivität der Handelsbeziehungen gegenüber politischen Ereignissen ging zurück bzw. es stieg die Wirkungsverzögerung; gleiches galt für die Empfindlichkeit politischer Beziehungen gegenüber wirtschaftlichen Instabilitäten. Schwankungen in der Entwicklung des Warenverkehrs waren weitgehend ökonomisch bedingt. Hauptdeterminante der Handelskontakte war das ökonomische Potential des Partners; nicht mehr hinreichend, aber weiterhin ein wichtiges Kriterium - wenn auch zum Ende zunehmend weniger - war dessen wirtschafts-, innen- oder außenpolitische Orientierung. Gerade die Intensivierung der Beziehungen zum Irak deutete auf den wachsenden Stellenwert ökonomischer Erwägungen unter Beachtung der politischen Ausrichtung in der zweiten Phase der DDR-Nahostbeziehungen hin.

In den 80er Jahren stieg die Interdependenz von Politik und Wirtschaft wieder. Teilweise läßt sich von einer *Umkehrung des Verhältnisses zwischen Außenwirtschaft und Außenpolitik* sprechen: Wirtschaftliche Interessen beeinflussten nun das außenpolitische Agieren der DDR, wenn auch nicht so ausschließlich wie dies bis Ende der 60er Jahre umgekehrt der Fall war. Außenpolitische Kontakte orientierten sich zunehmend weniger an ideologischen Kriterien und sollten vor allem das Fundament für ausgeweitete und vorteilhafte Lieferbeziehungen legen. Ein Beispiel für solche ökonomischen Erwägungen in der Außenpolitik ist die Besuchsreise des Staatsratsvorsitzenden nach Syrien, Kuwait und Zypern 1982.⁹¹ Der Erfolg blieb beschränkt; die politische Zurückhaltung im Nahen Osten ging einher mit ökonomisch bedingten Einbußen im Handel. Mit der "Ökonomisierung" auch der außenpolitischen Beziehungen folgte die DDR einem Trend, dem auch die BRD seit den 70er Jahren unterlag⁹².

Entwicklungspolitische Maßnahmen besaßen weiterhin Fördercharakter für die industrielle Kooperation; bei der Partnerwahl herrschten jedoch politische Faktoren noch stärker als im Außenhandel vor. Die Entwicklungszusammenarbeit nahm nun eher blockpolitisch-ideologischen Charakter (Stabilisierung nahestehender Regime, Unterstützung im Ost-West-Konflikt und bei der Systemumwandlung, Weitergabe eigener Erfahrungen) an. Sie diente auch der Abgrenzung gegenüber der BRD, nun aber eher im Sinne eines durch die nationale Rivalität verstärkten Systemkonflikts. Die Kritik der EL, die erstmals auf der Welthandelskonferenz 1979 auch massiv den Ostblock traf, setzte die DDR hinsichtlich des Umfangs und der Veröffentlichung ihrer Entwicklungshilfeleistungen unter Zugzwang. Bisherige Hauptpartner wie Ägypten enttäuschten mit ordnungspolitischen Schwenks, sie erschienen wirtschaftlich stark genug und - auch politisch verbündete Vertreter der "Ablehnungsfront" - suchten die Kooperation mit dem Westen. Alternative Strategien waren möglich: Neuen Ländern des "sozialistischen Entwicklungsweges" in Afrika kam nun das entwicklungspolitische Hauptaugenmerk zu. Die arabischen Länder traten zunehmend in den Hintergrund, die regional- und länderspezifische Empfindlichkeit der DDR bei der Kreditvergabe nahm ab.

Bündnispolitisch erfolgte vor allem seit dem Machtantritt Honeckers eine stärkere Integration in den Ostblock; die DDR verlor ihren nationalen Sonderstatus. Trotz der stärkeren Einbindung in die Blockdisziplin schien die DDR nicht auf die Position eines reinen Weisungsempfängers reduziert zu sein; im Freundschafts- und Beistandsvertrag hatte sie sich 1975 sogar ausdrücklich Konsultation und Koordination vorbehalten. Auch innerhalb des Ostblocks erfolgte eine "Ökonomisierung" der wirtschaftlichen Beziehungen, wenngleich weiterhin das politische Machtpotential von Bedeutung blieb.

Auch in der zweiten Phase der Beziehungen divergierten gegenüber dem Nahen Osten zum Teil wirtschaftliche Interessen und Vorgehensweisen der DDR und bündnispolitische Vorgaben

⁹¹ Vgl. auch Hafez (1995a), bspw. S. 59 ff. Auch in der DDR-Nahostwissenschaft erfolgte in den 80er Jahren partiell eine Umorientierung auf ökonomisch interessante Länder. Der Anteil von Wirtschaftsthemen in den Artikeln der Zeitschrift "asien afrika lateinamerika" stieg von 19% (1973-80) auf 26% (1981-89); den Vorrang nahestehender Länder in der wissenschaftlichen Analyse schwächten Untersuchungen über die Staaten der Arabischen Halbinsel (ohne DVR Yemen), über den Iran, den Libanon, und Tunesien ab, deren Anteil von 14% auf 34% stieg (vgl. ebd., S. 132 ff.). Auch in der Zeitschrift "horizont" erschienen Mitte der 80er Jahre "unvermittelt massiv und positiv" (Hafez (1995b), S.93) Studien über die Wirtschaftsentwicklung einzelner Golfemirate.

⁹² Vgl. Spanger/Brock (1987), S. 298 ff.

und Zielsetzungen. So ging der Handel mit Ägypten erst einige Jahre nach dem Bruch mit der UdSSR zurück und wurde schon bald wieder aufgenommen; nicht strategisches Interesse, sondern die Suche nach Öllieferanten führte zu Kontakten zum Iran. Die Erweiterung der Handelsbeziehungen der DDR mit Ländern außerhalb des sozialistischen Blocks nahm die UdSSR hin, wurde sie doch von weiteren Ansprüchen auf Unterstützung entlastet. Die DDR erhielt zunehmend Bedeutung als sowjetischer Blockpartner und vertrat in den EL arbeitsteilig wirtschaftliche (und politische) Interessen des Bündnisses oft freier als die unbeliebte Supermacht; zugleich versuchte sie sich selbst als leistungsfähiges Industrieland zu profilieren. Als "Satellit" der Hegemonialmacht Sowjetunion war eine völlig unabhängige Nahost-Politik ohne deren Protektion jedoch weiterhin undenkbar.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre erfolgte sogar eher wieder eine Anlehnung an die UdSSR; Kontroversen über die einzuschlagende Politik kamen im Gegensatz zum blockinternen Streit um die Innen- und Westpolitik kaum auf. Damit kehrte sich das frühere Verhältnis von Anlehnung in Europa und weitgehender Eigenständigkeit in der Dritten Welt in den 80er Jahren um.⁹³

Steigende Sensitivität in den 70er Jahren und über beide Dekaden wachsende Vulnerabilität verstärkten die *Abhängigkeit* der ostdeutschen Volkswirtschaft vom Nahen Osten. Das *Machtgefälle* in den Außenwirtschaftsbeziehungen zuungunsten der DDR entsprach nur zum Teil dem globalen Kräfteverhältnis zwischen Nahost- und Industriestaaten nach dem Ölpreisanstieg. Einbußen in den außenwirtschaftlichen Beziehungen waren gerade in den 80er Jahren weniger auf steigende fremde Kapazitäten als auf zunehmende binnenwirtschaftliche Beschränkungen zurückzuführen. Begrenzte Ressourcen und Substitutionsmöglichkeiten steigerten die Verletzlichkeit und beschränkten den außenwirtschaftlichen Handlungsspielraum der DDR erheblich.

6 WEITERER FORSCHUNGSBEDARF

Aus der Auswertung bestehender Literatur läßt sich schließen, daß die DDR in ihren außenwirtschaftlichen Beziehungen zum Nahen Osten starken Abhängigkeiten unterlag und nur sehr begrenzt selbst aktiven Einfluß auf ihre Partner, die Gestaltung der Beziehungen und das Erreichen ihrer Ziele nehmen konnte. Der Forschungsstand erlaubt zumeist lediglich eine "Außen-sicht" auf die DDR-Nahost-Beziehungen und damit nur vorläufige Ergebnisse. Die Quellenlage hat sich in den letzten Jahren jedoch erheblich verbessert und ermöglicht eine stärkere "Innen-sicht" der Dinge. Sie gilt es für den bestehenden weiteren Forschungsbedarf zu nutzen.

Archivdokumente können die bisher unzulängliche Datenlage, z. B. zu Warenstruktur, Krediten und einzelnen Kooperationsvorhaben, erweitern. Auch über die Rolle interner strategisch relevanter Gruppen bei der Politikformulierung und -durchführung und über Interessendivergenzen innerhalb des Staats- und Parteiapparates, die in dieser Studie in den Hintergrund

⁹³ Die DDR schien damit Gegenpositionen in Europa auszugleichen zu wollen. Vgl. Roesler (1993): 1983-85 hatte die DDR noch entgegen den wachsenden Ost-West-Spannungen, der Steigerung der Rüstungsausgaben und der Führungsschwäche im Kreml die Entspannungspolitik in Europa forciert - primär aus ökonomischen Gründen. 1986-89 wurden die Rollen getauscht und die DDR war nun aus Furcht vor der Einheitsidee gegen das Konzept eines "gemeinsamen Hauses". Vgl. auch Winrow (1990) für das Verhältnis der DDR zur UdSSR im Rahmen ihrer Afrikapolitik.

treten mußten, kann die erst beginnende Aktenauswertung Aufschluß geben. Die Interessenlagen und Motive und ihr tatsächliches Gewicht, insbesondere der Widerstreit zwischen "Politik" und "Ökonomie", können aus der Sicht der Akteure von der externen Interpretation abweichen. Die Zuständigkeitsstrukturen für die Entwicklungs- und Nahostpolitik und ihr Wandel im Laufe der Zeit blieben bislang weitgehend unergründet. Aufschluß geben kann eine Archivauswertung auch über bisher von außen nicht erkennbare sowjetische Einwirkungen auf die Nahostpolitik der DDR, über das Konkurrenzverhalten unter den Ostblockstaaten und über das Wechselspiel mit der BRD: eine parallele Aufarbeitung der Nahostbeziehungen beider deutscher Staaten kann zudem die Auswirkungen unterschiedlicher institutioneller Bedingungen in verschiedenen Systemen auf die Entwicklung der Nahostbeziehungen deutlich machen.

Des weiteren ist eine länderspezifische Vertiefung der Analyse angebracht. Vorliegende ältere und jüngere Studien konzentrieren sich auf die zentralen Staaten der Region und vernachlässigen "periphere" Gebiete wie den Maghreb, die Arabische Halbinsel oder den nichtarabischen Mittleren Osten, die oft politisch und wirtschaftlich eine eigene Bedeutung in ihrer Brückenfunktion z. B. nach Afrika oder nach Südasien erhielten. Der Archivzugang erlaubt in der nächsten Zeit vor allem eine ausführliche Vertiefung der Erkenntnisse über die 50er und 60er Jahre; aber auch die DDR-Nahostpolitik der 80er Jahre, über die ein besonders "dünnere" Literaturstand herrscht, läßt sich zumindest mit Hilfe des Parteienarchivs gründlicher beleuchten. Über die historische Analyse hinausgehend können das Fortführen ehemaliger DDR-Kontakte zum Nahen Osten in einer heute wieder gesamtdeutschen Nahostpolitik sowie die heutigen handels- und entwicklungspolitischen Beziehungen der "Neuen Bundesländer" zum Nahen Osten, die fortbestehende Kontakte nutzen und neue aufbauen können, untersucht werden.

Tab. 1: Der Nahosthandel der DDR 1949 - 89

in Mio. VM*	DDR-Außenhandel insgesamt			DDR-Außenhandel mit (nicht-sozialistischen, nichteuropäischen) Entwicklungsländern			DDR-Außenhandel mit allen Entwicklungsländern			Handel mit Ägypten			Handel mit Algerien			Handel mit Irak					
	Umsatz	Saldo	Umsatz-wachstum	Umsatz	Saldo	Umsatz-wachstum	Umsatz aller EL	Saldo	Umsatz-wachstum	Umsatz nichtsoz. nichteur. EL an allen EL	Umsatz	Saldo	Umsatz-wachstum	Umsatz	Saldo	Umsatz-wachstum	Umsatz	Saldo	Umsatz-wachstum		
1949	2.702,0	71,6		8,4	-1,2	0,31%															
1950	3.677,8	-267,2	36,1%	13,6	9,4	61,9%															
1951	5.545,2	441,4	50,8%	60,6	-11,2	345,6%	1,09%														
1952	6.348,1	-143,2	14,5%	93,9	8,2	55,0%	1,48%														
1953	8.190,1	-63,1	29,0%	58,3	11,3	-37,9%	0,71%														
1954	10.020,5	782,9	22,3%	137,5	42,7	135,8%	1,37%														
1955	10.389,3	485,3	3,7%	303,5	46,5	120,7%	2,92%	1.132,4	10,80%	26,80%											
1956	11.562,1	322,3	11,3%	389,4	17,4	26,3%	3,97%	2.116,1	11,45%	37,39%											
1957	14.566,4	838,2	26,0%	569,1	46,7	46,1%	3,91%														
1958	15.194,5	888,5	4,3%	666,6	-14,4	17,1%	4,39%														
1959	17.466,0	522,0	14,9%	626,0	-11,2	-6,1%	3,65%														
1960	18.487,4	54,2	5,8%	791,3	-10,9	26,4%	4,28%														
1961	19.034,6	129,2	3,0%	912,6	172,4	15,3%	4,79%														
1962	20.098,5	-123,8	5,6%	728,4	28,2	-20,2%	3,62%														
1963	21.182,9	1.606,3	5,4%	730,9	3,8	0,3%	3,45%														
1964	23.373,6	1.251,2	10,3%	891,1	7,9	21,9%	3,81%														
1965	24.693,2	1.092,5	5,6%	1.108,1	57,5	24,1%	4,48%	2.330,4	9,44%	47,46%											
1966	26.693,8	-42,2	8,1%	1.249,1	174,7	12,9%	4,88%														
1967	28.268,1	744,3	5,9%	1.276,7	159,1	2,2%	4,52%														
1968	30.172,6	1.673,0	6,7%	1.232,6	132,8	-3,5%	4,09%														
1969	34.760,8	125,2	15,2%	1.442,7	143,7	17,0%	4,15%														
1970	39.597,4	-1.117,0	13,9%	1.601,1	13,0	11,0%	4,04%	3.319,1	8,36%	48,24%											
1971	42.151,0	490,0	6,4%	1.714,3	155,3	7,1%	4,07%														
1972	46.782,4	1.079,8	11,0%	1.494,0	240,4	-12,9%	3,19%														
1973	53.501,7	-1.158,9	14,4%	1.817,8	185,8	21,7%	3,40%														
1974	64.012,7	-3.126,3	19,6%	3.167,1	-608,5	74,2%	4,95%														
1975	74.393,6	-4.184,4	16,2%	3.253,8	-165,0	2,7%	4,97%	6.572,4	8,83%	49,51%											
1976	85.456,5	-6.385,5	14,9%	3.918,3	-438,5	20,4%	4,99%														
1977	91.726,3	-8.038,1	7,3%	4.504,1	-526,3	15,0%	4,81%														
1978	96.879,4	-4.543,8	5,6%	5.027,7	315,3	11,6%	5,19%														
1979	108.844,6	-4.005,6	12,4%	5.870,1	269,7	12,8%	5,21%														
1980	120.100,8	-5.839,8	10,3%	7.331,2	201,2	29,3%	6,10%	13.015,4	10,84%	56,33%											
1981	132.926,9	-1.072,9	10,7%	7.171,2**	2.023,4	-2,2%	5,39%	12.277,6	9,24%	58,41%											
1982	145.109,3	-3.552,7	9,2%	9.238,0**	2.788,0	28,8%	6,37%	13.935,9	9,60%	66,29%											
1983	160.423,7	8.030,3	10,6%	9.319,1**	1.709,3	0,9%	5,81%	14.646,1	9,13%	63,63%											
1984	173.902,5	6.901,3	8,4%	9.250,6**	738,4	-0,7%	5,32%	15.018,9	8,64%	61,59%											
1985	180.191,3		3,6%	8.244,5		-10,9%	4,56%														
1986	181.970,2		1,0%	7.938,4		-3,7%	4,36%	14.127,0	7,76%	56,19%											
1987	176.556,3		-3,0%	6.683,5		-15,8%	3,79%	12.956,0	7,34%	51,59%											
1988	177.337,0		0,4%	5.889,4		-11,9%	3,32%	12.495,0	7,00%	47,13%											
1985 VGM	276.515,9	19.941,1		22.409,1	2.563,5	8,10%		1.739,8	596,0												
1986 VGM	284.378,9	1.814,5		19.455,3	2.136,3	-13,2%	7,36%	1.448,3	246,5												
1987 VGM	269.478,7	-2.552,3		17.073,2	3.101,8	-12,2%	6,94%	986,9	351,9												
1988 VGM	276.981,7	-6.416,7		13.027,1	1.736,3	-23,7%	4,70%	704,3	47,5												
1989 VGM	285.806,4	-3.614,2		13.374,5	1.421,3	2,2%	4,66%	521,9	233,5												

* Für einzelne Länder bis 1959 in Mio. Rubel (Kursverhältnis ca. 1:1955; 1 R = 1,05 VM). Der Wechselkurs der "Valutemark" (VM) zur Binnenmark (M) war nur in den 60er Jahren bekannt und lag bei 0,30 - 1,50 VM je M (im Durchschnitt 1:1). Nach Sodaro (1981), S. 113 entsprach 1976 1 VM 0,72 DM; nach Deutschland Archiv 23(1990)5, S. 646 ff. wurde 1988 1 US-\$ auf 2,92 VM geschätzt. 1990 wurden die Außenhandelsangaben in konvertierbaren Währungen ab 1985 ausgehend vom durchschnittlichen Aufwand der DDR-Betriebe neu in Mark "Valutagenwert" (VGM) berechnet (1989: 1 \$ = 8,14 M VGM, 1 DM = 4,40 M VGM) - in der Tabelle kursiv gedruckt; Auswertungen hatte dies vor allem auf die Länderanteile (s. Statistisches Jahrbuch ... '90, S. 275).

** Nach Statistisches Jahrbuch 1989 ... für 1981 - 84: 6542,8; 8429,6; 8639,2; 8243,2. Umsatzwachstum und Umsatzanteile werden in der Tab. nur für ausgewählte Länder angegeben.

Tab. 1: Der Nahosthandel der DDR 1949 - 89

Handel mit dem Iran				Handel mit der Türkei				Außenhandel der DDR mit arabischen Staaten				Außenhandel der DDR mit dem Nahen Osten				Handel mit arabischen Ländern des "sozial. Entwicklungsweges" oder "sozial. Orientierung"				Handel mit nahöstlichen OPEC-Staaten*	
Umsatz	Saldo	Umsatz- wachstum	Umsatz- teil am Nahen Osten	Umsatz	Saldo	Umsatz- wachstum	Umsatz- teil an nichtsöz., allein EL	Umsatz	Saldo	Umsatz- wachstum	Umsatz- teil an nichtsöz., allein EL	Umsatz	Saldo	Umsatz- teil an arab. Staaten	Umsatz- teil an Nahen Osten	Umsatz	Saldo	Umsatz- teil an Nahen Osten	Umsatz	Saldo	
4,8	1,7	13,22%	28,50%	10,5	6,7	6,7	36,66%	21,4	-8,4	36,66%	62,90%	36,7	19,8	-10,0	92,63%	53,98%	4,8	13,22%	4,8	13,22%	
9,6	1,1	98,9%	55,72%	49,4	11,8	372,9%	21,55%	29,6	1,2	38,67%	64,50%	86,7	25,1	-1,7	84,84%	28,33%	3,6	10,87%	3,6	10,87%	
8,1	-0,2	-16,0%	62,60%	104,0	10,2	110,5%	17,80%	54,0	11,8	82,36%	4,77%	166,1	43,6	7,1	80,69%	26,25%	3,5	5,12%	3,5	5,12%	
9,5	0,1	17,6%	53,86%	117,2	-9,1	12,7%	25,34%	90,9	-5,6	68,16%	55,87%	217,6	70,2	-6,6	77,25%	32,27%	13,2	4,67%	13,2	4,67%	
9,6	3,3	1,1%	39,57%	138,8	6,7	18,5%	35,57%	202,4	36,2	122,74%	61,65%	350,9	162,1	23,9	80,10%	46,20%	12,3	3,50%	12,3	3,50%	
9,0	4,7	-6,9%	36,41%	151,1	17,9	8,8%	38,24%	254,9	-12,4	25,95%	62,26%	415,0	198,8	1,2	78,00%	47,91%	11,8	2,84%	11,8	2,84%	
9,6	6,4	7,1%	20,46%	73,3	-15,4	-51,5%	43,99%	275,4	3,3	8,04%	57,24%	356,3	210,5	0,8	76,45%	58,76%	17,9	5,43%	17,9	5,43%	
11,5	2,1	19,7%	11,36%	43,5	-10,7	-40,7%	27,37%	327,3	3,2	8,44%	15,47%	320,8	186,6	34,2	74,70%	58,17%	31,9	11,81%	31,9	11,81%	
24,7	3,5	114,8%	14,43%	48,3	0,3	6,4%	32,03%	249,6	56,8	-23,68%	27,37%	320,8	186,6	34,2	74,70%	58,17%	31,9	11,81%	31,9	11,81%	
26,4	-2,2	6,9%	9,22%	26,7	14,1	-42,3%	32,03%	233,3	28,9	-6,61%	32,03%	286,4	145,2	16,8	67,38%	51,53%	33,9	12,03%	33,9	12,03%	
21,3	-0,1	-19,3%	15,97%	45,0	3,4	68,5%	29,48%	215,5	18,5	-7,63%	26,17%	281,8	145,2	16,8	67,38%	51,53%	33,9	12,03%	33,9	12,03%	
21,1	3,7	-0,9%	17,25%	53,0	13,6	17,8%	33,43%	330,6	3,8	8,21%	34,49%	307,3	149,1	-9,7	63,94%	48,52%	43,7	14,22%	43,7	14,22%	
20,9	2,7	-0,9%	13,97%	57,1	12,1	7,7%	29,69%	330,6	53,4	11,77%	14,19%	408,6	236,6	25,2	71,57%	57,91%	42,7	10,45%	42,7	10,45%	
17,9	1,5	-14,4%	14,69%	69,7	23,7	22,1%	30,46%	380,5	101,1	-0,08%	37,47%	488,1	290,2	81,2	76,22%	61,95%	37,9	8,10%	37,9	8,10%	
30,0	5,4	67,6%	16,58%	81,5	19,1	16,9%	38,27%	380,5	76,6	-0,08%	38,27%	491,7	290,2	81,2	76,22%	61,95%	37,9	8,10%	37,9	8,10%	
28,4	1,0	-5,3%	15,68%	81,9	26,3	0,5%	33,43%	412,1	89,9	8,39%	42,38%	522,4	323,3	45,5	78,45%	61,89%	62,5	11,96%	62,5	11,96%	
27,4	-4	-3,5%	12,20%	72,0	7,2	-12,1%	34,03%	491,0	51,8	19,15%	40,92%	590,4	429,1	16,4	87,59%	72,68%	86,0	14,57%	86,0	14,57%	
27,4	-9,4	0,0%	9,26%	67,3	5,7	-6,5%	39,48%	632,1	132,9	28,74%	19,04%	726,8	559,9	53,4	88,58%	77,04%	114,5	15,75%	114,5	15,75%	
24,7	-17,3	-9,9%	6,03%	50,3	5,9	-25,3%	20,01%	758,6	256,8	20,01%	44,25%	833,6	641,5	205,9	84,56%	76,96%	168,7	20,36%	168,7	20,36%	
2,2	1,0	-91,1%	6,74%	55,0	1,6	9,3%	50,80%	759,0	316,8	0,05%	50,80%	816,2	690,4	279,9	90,98%	84,59%	198,6	24,33%	198,6	24,33%	
6,4	2,0	190,9%	5,37%	51,1	7,1	-7,1%	49,20%	894,3	353,2	17,83%	49,20%	951,8	812,1	296,7	90,81%	85,32%	286,8	30,13%	286,8	30,13%	
38,0	-5,6	493,8%	2,09%	75,3	11,3	47,4%	53,71%	1.700,9	-125,2	90,19%	57,71%	1814,2	1.531,0	769,9	90,01%	84,39%	805,5	44,40%	805,5	44,40%	
62,1	63,4	3,07%	3,69%	74,6	7,6	-0,9%	3,69%	1.884,4	1.884,4	10,79%	57,91%	2021,1	1.699,9	1.140,0	62,12%	30,75%	942,3	46,62%	942,3	46,62%	
96,9	56,0	4,24%	4,88%	111,5	11,5	49,5%	53,05%	2.078,7	2.078,7	10,31%	53,05%	2287,1	1.311,2	1.311,2	63,08%	57,33%	1.099,2	48,06%	1.099,2	48,06%	
120,8	24,7%	5,75%	4,82%	101,2	9,2	-9,2%	41,69%	1.877,7	1.877,7	-9,67%	41,69%	2099,7	1.125,5	59,94%	53,60%	944,5	44,96%	944,5	44,96%		
159,5	32,0%	6,58%	4,96%	120,3	18,9%	18,9%	42,68%	2.145,7	2.145,7	14,27%	42,68%	2425,7	1.467,7	68,40%	60,51%	1.259,5	51,92%	1.259,5	51,92%		
156,0	-2,2%	5,74%	5,44%	147,7	14,7	22,8%	42,41%	2.404,5	2.404,5	12,06%	42,41%	2716,3	1.651,0	68,66%	61,08%	1.399,7	51,53%	1.399,7	51,53%		
548,2	251,4%	12,85%	14,3%	168,8	14,3%	3,96%	48,16%	3.530,7	3.530,7	46,84%	27,13%	4266,8	2.931,6	83,03%	69,15%	3.127,3	73,29%	3.127,3	73,29%		
608,4	11,0%	19,07%	4,31%	137,6	-18,5%	-18,5%	33,54%	2.405,3	-31,8	87,7%	19,59%	3190,0	1.886,9	78,45%	60,36%	2.104,0	65,96%	2.104,0	65,96%		
1.201,5	97,5%	23,14%	3,18%	164,9	19,8%	3,18%	40,90%	3.778,2	3.778,2	57,08%	27,11%	5192,4	3.219,7	85,22%	62,93%	3.919,4	75,43%	3.919,4	75,43%		
1.733,8	44,3%	31,26%	1,82%	100,8	-38,9%	-38,9%	39,34%	3.665,9	-2,97%	6,85%	25,03%	5547,1	3.045,9	83,09%	55,75%	4.162,0	75,03%	4.162,0	75,03%		
1.710,7	-1,3%	36,72%	1,47%	68,3	-32,2%	-32,2%	30,66%	2.835,8	-22,64%	-16,02%	50,36%	4658,4	1.916,6	71,62%	42,08%	3.314,3	71,15%	3.314,3	71,15%		
1.181,5	-30,9%	26,51%	1,01%	45,1	-34,0%	-34,0%	36,53%	3.176,7	3.176,7	12,02%	36,53%	4457,2	2.275,1	64,37%	52,25%	3.165,0	71,01%	3.165,0	71,01%		
475,9	-59,7%	14,14%	2,06%	69,5	54,1%	54,1%	35,04%	2.781,3	-12,45%	-24,45%	23,82%	3385,5	1.742,5	62,65%	52,93%	1.922,4	57,12%	1.922,4	57,12%		
589,3	24,7%	21,54%	2,60%	71,6	3,0%	3,0%	30,43%	2.033,8	-26,88%	-18,18%	41,20%	2753,8	1.309,1	64,37%	49,54%	1.608,2	58,40%	1.608,2	58,40%		
2.362,0	-7,1%	25,11%	3,29%	72,2	0,8%	0,8%	25,91%	1.525,7	-24,98%	-24,98%	12,21%	2194,2	853,7	55,95%	40,97%	1.204,6	54,90%	1.204,6	54,90%		
551,0	66,0	22,17%	1,12%	119,8	33,2	1,12%	35,63%	8.028,7	2.217,1	35,63%	47,54%	10.633,6	5.819,4	72,48%	55,97%	7.407,9	69,53%	7.407,9	69,53%		
826,7	224,5	-65,0%	11,36%	184,4	50,6	53,9%	23,40%	6.148,6	2.051,6	-23,40%	31,61%	7.264,2	3.839,5	1241,3	62,43%	54,28%	3.880,9	53,43%	3.880,9	53,43%	
1.481,4	743,0	79,2%	22,50%	178,6	34,0	-3,1%	27,1%	4.787,1	4.787,1	-22,16%	28,04%	6.584,6	3.151,9	1244,2	54,84%	49,96%	3.899,9	59,21%	3.899,9	59,21%	
1.150,5	176,1	-22,3%	25,81%	172,8	27,4	-3,2%	3,88%	3.025,9	1.293,7	-36,70%	23,27%	4.457,6	1.652,7	54,62%	42,30%	2.491,7	55,90%	2.491,7	55,90%		
1.154,9	-25,9	0,4%	28,99%	183,1	62,7	6,0%	19,48%	2.593,1	305,7	-14,30%	19,48%	3.983,4	1.519,5	695,0	58,60%	39,46%	2.173,5	54,71%	2.173,5	54,71%	

 Zu den einbezogenen Staaten vgl. S. 20 (ohne Somalia und DVR Yemen; kursiv vor 1962: Algerien und Ägypten).
 Lamm/Kupper (1976), S. 259 f.; 268 ff.; Kupper/Yenal/Zastrow (1981), S. 237; Spanger/Brock (1987), S. 246 ff.; Hendrichs (1991), S. 73, 76 f.; Haendcke-Hoppe (1980), S. 21, 60, 67; Reime (1972), S. 183 ff.; Winrow (1990), S. 44 f.; 57 f.; Kipke (1988), S. 152; Hillebrand (1987), S. 134, 137 ff.; Buck (1983), S. 55, 58; Schultz (1990), S. 315; von Plate (1985), S. 690 f.; 695; Statistisches Jahrbuch 1989 ..., S. 13, 32, 242; Statistisches Jahrbuch ... 90, S. 13, 32 f., 278.
 Algerien, Irak, Iran, Kuwait, Libyen.

Tab. 2: Kapital- und Entwicklungshilfe der DDR (in Mio. \$)

	1956	1958	1960	Σ bis 1960	1961	1964	1965	Σ 1961 -1965	1967	1969	1970	Σ 1966 - 1970
Umfang	9	30	19	58	54	31	212	297	5	175	264	444
OECD-Angaben*												81
Anteil am BSP												0,08%
	1971	1972	1974	1975	Σ 1971 -1975	1976	1977	1978	1979	1980	Σ 1976 - 1980	Σ bis 1980
Umfang	52	22	95	159	329	110	235	390	242	202	1179	2306
OECD-Angaben	75**			79		56**				170		
Anteil am BSP [#]	0,06%			0,15%		0,16%				0,18%		
	1981	1982	1983	1984	1985	Σ 1981 -1985	1986	1987	1988 ^{###}	1989 ^{###}	Σ 1986 -1989	Gesamt summe
Umfang ^o	457	474	496	544	598	2569	670	694	659	570	2593	7468
Anteil am NMP ^{oo}	0,78%	0,79%	0,79%	0,82%	0,86%		0,89%	0,89%				
OECD-Angaben	203	196	161		199		202	229	190			
an Ägypten					12,9							
an Syrien					3,2		3,5	2,6	0,8			
an DVR Yemen					7,9		9,1	8,9	4,9			
an Afghanistan					2,1		2,0	2,0	3,0			
Anteil am BSP [#]	0,12%											

* Entwicklungshilfe-Nettoauszahlungen nach DAC-Kriterien.

** Die Angaben für 1971 und 1976 wurden aus Zweijahreszahlen nach Schultz (1990) zurückgerechnet (dieser gibt allerdings für 1980-81 245 Mio. \$ an).

^o Umfang in Mio. M ab 1981: 1530, 1588, 1662, 1820, 2001, 2243, 2323, 2207, 1909. Die Umrechnung der UNCTAD von 1981 wurde bei konstantem Kurs fortgeführt (vgl. Spanger/Brock (1987), S. 205 f.).

^{oo} NMP: Nettomaterialprodukt. Anteil am BSP 1987: 0,70%, 1988: 0,64%.

[#] Angaben nach Schultz (1986): 1975 0,06%, 1980-83 0,15%, 0,17%, 0,15%, 0,12%.

^{###} Nach OECD 1992: Bruttoentwicklungshilfe der DDR 1988 1,6 Mrd. M (ohne Präferenzpreise), je nach Wechselkurs 216-455 Mio. \$, 2,4 Mrd. M (mit Präferenzpreisen); 1989 1,15 Mrd. M (157-304 Mio. \$) bzw. 1,9 Mrd. M.

Quellen: Hendrichs (1981), S. 78 f.; Spanger/Brock (1987), S. 206, 223; Schultz (1986), S. 12 und (1990), S. 312 ff.; Winrow (1990), S. 179; OECD (1992), S. 156 f.

Tab. 3: Kapitalhilfe der RGW-Staaten an den Nahen Osten (in Mio. \$)

Empfängerländer	Kapitalhilfe des RGW 1954 - 70	Kapitalhilfe der DDR 1954 - 70	Länderanteile an der Hilfe der DDR	DDR-Anteil an der RGW-Hilfe	Kapitalhilfe des RGW 1954 - 76	Kapitalhilfe der DDR 1954 - 74	Länderanteile an der Hilfe der DDR	sowj. Entw.hilfe an "nicht-komm. EL" 1956 - 78	Länderanteile an der sowjet. Entwicklungshilfe
Ägypten	1 562,0	91,5	15,9%	5,9%	3 363	241,0	24,9%	1 440	8,4%
Algerien	410,7	142,8	24,7%	34,8%	1 580	142,8	14,8%	716	4,2%
Syrien	390,9	83,0	14,4%	21,2%	1 407	155,0	16,0%	768	4,5%
Irak	457,0	84,0	14,6%	18,4%	1 205	84,0	8,7%	705	4,1%
Tunesien	106,3	-	0,0%	0,0%	299	10,0	1,0%		
Yemen	50,5	5,0	0,9%	9,9%	218	5,0	0,5%		
Süd-Yemen	8,0	7,5	1,3%	93,8%	206	7,5	0,8%		
Marokko	46,8	-	0,0%	0,0%	98			2 098	12,3%
Somalia	54,2	-	0,0%	0,0%		42,8	4,4%		
Sudan	74,6	20,8	3,6%	27,9%		20,8	2,1%		
Türkei	413,4	-	0,0%	0,0%				2 380	13,9%
Afghanistan	456,5	-	0,0%	0,0%				1 263	7,4%
Iran	1 162,7	-	0,0%	0,0%					
arabische Länder	3 161,0	434,6	75,3%	13,8%	8376	708,9	73,2%	5727**	33,5%
Nahost	5 193,6	434,6	75,3%	8,4%		708,9	73,2%	9370**	54,8%
alle EL	9 289,3	577,3	100,0%	6,2%		968,1	100,0%	17 088**	100%

* Nach anderen Angaben RGW-Hilfe an EL 20 821, an arab. Länder 7 810; DDR-Hilfe 1954-76 an EL 1237, an arab. Länder 875 Mio. \$ (70,7%). Zum Vgl.: DDR-Kapitalhilfe 1954-65 an EL 319, an arab. Länder 167 Mio. \$ (52,3%).

** Länderdaten gab es nur zu den 10 größten Empfängern (incl. Pakistan, Indien), die zusammen 13 738 Mio. \$ (80,4%) auf sich vereinten.

Quellen: Lange (1986), S. 149 ff.; Lamm/Kupper (1976), S. 273; Hendrichs (1981), S. 80; Kramer (1966), S. 248.

Tab. 4: Ölimpporte der DDR (in Tsd. to)

Herkunft	1965	1968	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Agypten	115 (110)	119	932 (900)	538	140	132 (150)	105 (110)	187 (190)	180	135 (130)	179 (180)							
Syrien			18 (20)		50	70 (100)	128	240 (240)	258 (260)	301 (300)	350	268						
Irak						913 (500)	1760 (1760)	1454 (1450)	1576 (1580)	1072 (1070)	1057 (1060)	1095 (1100)	1430 (1430)	(1500)	(1000)	(1000)	(1000)	(1000)
Algerien										13 (50)	311 (310)		202 (200)	(200)				
Libyen													(120)	(470)	(500)	(700)	(700)	(500)
Kuwait						(240)	(200)	(20)										
Iran						(2610)	(220)											
Tunesien						(40)												
Naher Osten	115 (110)	119	950 (920)	538	190	1115 (3640)	1993 (2290*)	1881 (1900)	2014 (1840*)	1521 (1550)	1897 (1550*)	1363 (1100*)	1632 (1750)	(2170)	(1500)	(1700)	(1700)	(1500)
Anteil am Gesamtimport	2,2% (2,1%)		9,2% (9,0%)			6,9% (22,7%)	12,1% (13,9%)	11,1% (11,2%)	11,2% (10,2%)	8,0% (8,1%)	9,5% (7,8%)	6,6% (5,3%)	7,7% (8,0%)	(9,5%)	(6,9%)	(7,5%)	(7,3%)	(6,6%)
Sowjetunion	4908 (5020)		9233 (9280)			13025 (12410)	14135 (14140)	15097 (15100)	16012 (16200)	17007 (17470)	17760 (17760)	18536 (18540)	19011 (19010)	19036 (18600)	17709 (17709)	17051 (17051)	17068 (17300)	17075 (17000)
Anteil am Gesamtimport	95,6% (97,9%)		89,3% (91,0%)			81,2% (77,3%)	86,0% (86,1%)	88,9% (88,8%)	88,8% (89,8%)	89,3% (91,8%)	89,1% (89,1%)	89,6% (89,6%)	86,9% (86,9%)	83,7% (81,8%)	81,4% (81,4%)	75,3% (75,3%)	73,5% (74,5%)	74,9% (74,6%)
gesamte Ölimpporte	5132 (5130)		10334 (10200)			16045 (16050)	16434 (17000)	16977 (17000)	18036 (18040)	19042 (19040)	19925 (19930)	20694 (20690)	21876 (21880)	22734 (22730)	21745 (21745)	22645 (22648)	23236 (23236)	22802 (22802)

Zahlen nach DDR-Angaben, in Klammern nach UN-Statistiken. Teilweise geschätzte Zahlen. Anteile der UdSSR 1960: 93,3% (93,2%); 1986: 76,7%; 1987: 81,5%. Teilweise bis 20% der Ölexporte ohne Herkunftsangabe.

* Unter Hinzurechnung der DDR-Angaben bei fehlenden Länderwerten der UN ergeben sich folgende Summen: 1974: 2418 (14,7%); 1976: 2020 (11,2%); 1978: 1900 (9,5%); 1979: 1368 (6,6%).
Quellen: Winrow (1990), S. 162 ff.; Lange (1983), S. 65; Lamnr/Kupper (1976), S. 158.

LITERATURVERZEICHNIS

- Abediseid, Mohammad: Die deutsch-arabischen Beziehungen - Probleme und Krisen, Stuttgart 1976.
- Ammer, Thomas: Die Nahost-Reise Honeckers im Oktober 1982, in: Deutschland Archiv 15(1982)12, S. 1313 ff.
- Arab Monetary Fund: Foreign Trade of Arab Countries 1986-1976, [Abu Dhabi] 1988.
- ders.: Foreign Trade of Arab Countries 1988 - 1978, [Abu Dhabi] 1989.
- ders.: Foreign Trade of Arab Countries 1993-1983, [Abu Dhabi] 1994.
- Autorenkollektiv (u. Ltg. von Stefan Doernberg): Außenpolitik der DDR, Drei Jahrzehnte sozialistischer deutscher Friedenspolitik, Berlin 1979.
- Bärschneider, Jörg: Die Entwicklungspolitik der DDR - Gegenseitiger Nutzen oder einseitiger Vorteil?, in: Hannsgeorg Beine (Hrsg.), Entwicklungspolitik unserer Nachbarn, Eine Darstellung der Entwicklungspolitik der BRD, DDR, USA, Niederlande und Frankreichs, Münster 1985, S. 25 ff.
- Bathke, Peter: Die sowjetische Nah- und Mittelostpolitik nach der Auflösung des Ost-West-Konflikts, in: Vierteljahresberichte Nr. 125, Sept. 1991, S. 295 ff.
- Bator, Angelika/Bator, Wolfgang: Die DDR und die arabischen Staaten, Dokumente 1956-1982, Berlin [DDR] 1984.
- Bolz, Klaus: Die Außenwirtschaftspolitik der DDR gegenüber westlichen Industrieländern und gegenüber den Entwicklungsländern zur Sicherung der Rohstoffversorgung, in: Gernot Gutmann (Hrsg.), Das Wirtschaftssystem der DDR, Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme, Stuttgart/New York 1983, S. 363 ff.
- Böttcher, Manfred: Erhöhte außenwirtschaftliche Aktivität der DDR, in: Deutsche Aussenpolitik 12(1967)7, S. 803 ff.
- Bruns, Wilhelm: The Relationship of the GDR to the World Bank Group, in: intereconomics (1975)10, S. 309 ff.
- Buck, Hansjörg F.: Abbau von Rohstoffengpässen durch Handel mit Entwicklungsländern, DDR-Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungsländern am Beispiel Syriens, Zyperns und Kuweits, in: Deutschland Archiv 16(1983)1, S. 53 ff.
- Büttner, Friedemann/Hünseler, Peter: Die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den arabischen Staaten, in: Karl Kaiser/Udo Steinbach (Hrsg.), Deutsch-arabische Beziehungen, Bestimmungsfaktoren und Probleme einer Neuorientierung, München/Wien 1981, S. 111 ff.
- Constant, Jean Paul: Les relations maroco-soviétiques 1956 - 1971, Paris 1973.
- Diech, Ulrich: Außenwirtschaft und Außenhandel, in: Hartmut Zimmermann (Wiss. Ltg.), DDR Handbuch, Köln 1985, S. 123 ff.
- Dornbusch, Hans-Ludwig/Vogelsang, Dieter W.: Ein Vergleich der entwicklungspolitischen Aktivitäten von BRD und DDR, HWWA, Hamburg 1973.
- End, Heinrich: Zweimal deutsche Außenpolitik, Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts 1949 - 1972, Köln 1973.
- Frey, Bruno S.: Internationale Politische Ökonomie, München 1985.
- Grewe, Wilhelm G.: Deutsche Aussenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960.
- Haendcke-Hoppe, Maria: Die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR, Grundzüge - Schwerpunkte - Perspektiven, Forschungsstelle für Gesamtdeutsche Wirtschaftliche und Soziale Fragen, FS-Analysen Heft 4-1980, Berlin 1980.

- Hafez, Kai: Orientwissenschaft in der DDR, Zwischen Dogma und Anpassung, 1969-1989, Hamburg 1995(a).
- ders.: Von der nationalen Frage zur Systempolitik: Perioden der DDR-Nahostpolitik, 1949-1989, in: Orient 36(1995b)1, S. 77 ff.
- Hahn, Gerhard u. a.: Außenpolitik der DDR - für Sozialismus und Frieden, Berlin 1974.
- Hänisch, Werner: Außenpolitik und internationale Beziehungen der DDR, Band 1, 1949 bis 1955, Berlin 1972.
- ders./Krüger, J./Vogl, D. [Autorenkollektiv]: Geschichte der Aussenpolitik der DDR, Abriß, Berlin 1984.
- Hendrichs, Klaus-Michael: Die Wirtschaftsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik mit den Entwicklungsländern, Saarbrücken/Fort Lauderdale 1981.
- Hertzog, Heinz: Die Beziehungen der DDR zu den arabischen Ländern, in: Vierteljahresberichte Nr. 29, 1967, S. 247 ff.
- Hillebrand, Ernst: Das Afrika-Engagement der DDR, Frankfurt am Main u. a. 1987.
- Hirschfeld, Ronald: Die Beziehungen der DDR zu Algerien, Syrien und der VAR zwischen 1953-1970, Theorie und Praxis der DDR-Aussenpolitik in der 3. Welt, Diss. Bonn 1978.
- Hottinger, Arnold: Die Hintergründe der Einladung Ulbrichts nach Kairo, in: Europa-Archiv 20(1965)4, S. 107 ff.
- Hubel, Helmut: Die sowjetische Nah- und Mittelost-Politik, Bestimmungsfaktoren und Ziele sowie Ansatzpunkte für Konfliktregelungen zwischen Ost und West, Bonn 1982.
- ders.: Nordafrika in der sowjetischen Außenpolitik, in: ders. (Hrsg.), Nordafrika in der Internationalen Politik, Probleme und Zukunft der südlichen Nachbarregion Europas, München 1988, S. 202 ff.
- Hübner, Günter: Zu den Außenwirtschaftsbeziehungen der sozialistischen Staaten mit den Entwicklungsländern unter besonderer Berücksichtigung der VAR, des Irak und Syriens, in: Walter Markov (Hrsg.), Nordafrika und Nahost im Kampf für nationale und soziale Befreiung, Berlin 1968, S. 224 ff.
- Hünseler, Peter: Die außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den arabischen Staaten von 1949 - 1980, Frankfurt am Main u. a. 1990.
- Keohane, Robert O./Nye, Joseph S.: Macht und Interdependenz, in: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Weltpolitik, Strukturen - Akteure - Perspektiven, Bonn 1987, S. 74 ff.
- dies.: Power and Independence, Boston/London 2¹⁹⁸⁹.
- Kipke, Rüdiger: Die Entwicklungspolitik der DDR - Grundsätze und Strukturen, in: Jürgen Bellers (Hrsg.), Entwicklungshilfepolitik in Europa, Münster 1988, S. 26 ff.
- Klinkmüller, Erich: Die gegenwärtige Aussenhandelsverflechtung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschland, Berlin 1959.
- Kramer, Heinz: Die Kreditbewilligung der SBZ an die Entwicklungsländer, in: Der Ostblock und die Entwicklungsländer Nr. 23, 1966, S. 240 ff.
- Kramer, Thomas W.: Deutsch-ägyptische Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart, Tübingen/Basel 1974.
- Kupper, Siegfried (unter Mitarb. von Alparslan Yenil und Roswitha Zastrow): Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern, [Bd.] VI. Arabische Staaten und Israel, Bonn 1971.
- Lamm, Hans Siegfried/Kupper, Siegfried: DDR und Dritte Welt, München/Wien 1976.

- Lange, Michael: Der Beitrag alternativer Formen industrieller Kooperation zur Mobilisierung von Entwicklungspotentialen in Entwicklungsländern, Gegenüberstellung und Evaluierung westlicher und östlicher Kooperationsansätze in den Mashreqländern, Bochum 1986.
- Linde, Gerd: Ziele und Grenzen sowjetischer Interessenpolitik in Nah- und Mittelost, in: aus politik und zeitgeschichte B49/83 vom 10.12.1983, S. 21 ff.
- Lorenzen, Jan N.: Die Haltung der DDR zum Suez-Krieg, Das Jahr 1965 als Zäsur in der Nahost-Politik der DDR, in: Deutschland Archiv 28(1995)3, S. 278 ff.
- Melzer, Manfred: Wandlungen im Preissystem der DDR, in: Gernot Gutmann (Hrsg.), Das Wirtschaftssystem der DDR, Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme, Stuttgart/New York 1983, S. 51 ff.
- Mouna, Ziad: The Palestine Liberation Organisation and the German Democratic Republic, in: Orient 36(1995)1, S. 97 ff.
- Müller, Kurt: Die Entwicklungshilfe Osteuropas, Konzeptionen und Schwerpunkte, Hannover 1970.
- Noack, Paul: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart/Berlin u. a., 2. überarb. und erw. Aufl. 1981.
- [OECD]: development co-operation, Report 1991, Paris 1992.
- Ortner-Heun, Irene: Tunesien als Wirtschaftspartner I, Köln 1970.
- Osten, Walter: Die Außenpolitik der DDR, Im Spannungsfeld zwischen Moskau und Bonn, Opladen 1969.
- Paschke, Manfred: Die internationalen Wirtschaftsvereinbarungen der DDR, Göttingen 1970.
- von Plate, Bernard: Der Nahe und Mittlere Osten sowie der Maghreb, in: Jacobsen, Hans Adolf u. a. (Hrsg.), Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR, Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder, München/Wien 1979, S. 657 ff.
- Reime, Sibylle: Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern, [Bd.] VIII. Schwarzafrika, Bonn 1972.
- Riedel, Almut: Erfahrungen algerischer Arbeitsmigranten in der DDR, "... hatten ooch Chancen, ehrlich!", Diss. FU Berlin, [Opladen] 1992.
- Roesler, Jörg: Der Einfluß der Außenwirtschaftspolitik auf die Beziehungen DDR - Bundesrepublik, Die achtziger Jahre, in: Deutschland Archiv 26(1993)5.
- Röhner, Edmund: DDR - Arabische Staaten: Gemeinsame Interessen und Ziele, in: Deutsche Aussenpolitik 24(1979)1, S. 14 ff.
- Schleicher, Hans-Georg: Entwicklungspolitik der DDR, in: Entwicklung und Zusammenarbeit (E + Z) 36(1995)8, S. 202 ff.
- Schultz, Siegfried: Entwicklungshilfe der DDR, Von der Qualität zur Quantität?, in: Vereinte Nationen 34(1986)1, S. 11 ff.
- ders.: Characteristics of East Germany's Third World Policy: Aid and Trade, in: Konjunkturpolitik 36(1990)5, S. 309 ff.
- Schwanitz, Wolfgang: DDR - Ägypten: Eine Rückschau, in: ders. (Hrsg.), Berlin - Kairo: Damals und heute, Zur Geschichte deutsch-ägyptischer Beziehungen, Berlin 1991, S. 61 ff.
- ders.: SED-Nahostpolitik als Chefsache, Die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen 1946-1970 sowie die Nachlässe von Otto Grotewohl und Walter Ulbricht, in: asien, afrika, lateinamerika 21(1993)1, S. 63 ff.
- ders.: Judenargwohn? Zum Israel-Bild in SED-Akten über arabische Länder (1948-1968), in: Orient 35(1994)4, S. 635 ff.

- Sieber, Margret: Die Abhängigkeit der Schweiz von ihrer internationalen Umwelt, Konzepte und Indikatoren, Frauenfeld 1981.
- Sodaro, Michael: The GDR and the Third World: Supplicant and Surrogate, in: Michael Radu (Hrsg.), Eastern Europe and the Third World, East vs. South, New York 1981, S. 106 ff.
- Sohn, Karl-Heinz: Entwicklungspolitik, Theorie und Praxis der deutschen Entwicklungshilfe, München 1972.
- Spanger, Hans-Joachim/Brock, Lothar: Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt, Die Entwicklungspolitik der DDR - eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland?, Opladen 1987.
- Spero, Joan Edelmann: The Politics of International Economic Relations, London/Boston/Sydney 1977.
- Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Der Aussenhandel der Bundesrepublik Deutschland, Ergänzungsreihe: Der Aussenhandel des Auslandes, Nr. 111, Ägypten, Stuttgart/Mainz 1959(a).
- dass.: Der Aussenhandel der Bundesrepublik ..., Nr. 112, Syrien, Stuttgart/Mainz 1959(b).
- dass.: Der Aussenhandel der Bundesrepublik ..., Nr. 115, Libanon, Stuttgart/Mainz 1960(a).
- dass.: Der Aussenhandel der Bundesrepublik ..., Nr. 120, Sudan, Stuttgart/Mainz 1960(b).
- dass.: Der Aussenhandel der Bundesrepublik ..., Nr. 180, Irak, Stuttgart/Mainz 1961(a).
- dass.: Der Aussenhandel der Bundesrepublik ..., Nr. 181, Marokko, Stuttgart/Mainz 1961(b).
- dass.: Fachserie G, Aussenhandel, Reihe 8, Tunesien, Aussenhandel des Auslandes, Nr. 186, Stuttgart/Mainz 1962.
- dass.: ..., Marokko, Aussenhandel des Auslandes, Nr. 224, Stuttgart/Mainz 1964(a).
- dass.: ..., Irak, Aussenhandel des Auslandes, Nr. 226, Stuttgart/Mainz 1964(b).
- dass.: ..., Syrien, Aussenhandel des Auslandes, Nr. 231, Stuttgart/Mainz 1965.
- Statistisches Jahrbuch 1989 der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, 34. Jg., Berlin 1989.
- Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik '90, hrsg. vom Statistischen Amt der DDR, 35. Jg., Berlin 1990.
- Timm, Angelika: DDR-Israel: Anatomie eines gestörten Verhältnisses, in: aus politik und zeitgeschichte B4/93 vom 22.1.1993, S. 46 ff.
- Vogel, Hans: Der Kleinstaat in der Weltpolitik, Aspekte der schweizerischen Außenbeziehungen im internationalen Vergleich, Frauenfeld 1979.
- Winrow, Gareth M.: The Foreign Policy of the GDR in Africa, Cambridge u. a. 1990.
- Winter, Helmut: Die außenwirtschaftlichen Aktivitäten der DDR innerhalb des RGW zur Sicherung der Rohstoffversorgung, in: Gernot Gutmann (Hrsg.), Das Wirtschaftssystem der DDR, Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme, Stuttgart/New York 1983, S. 383 ff.
- Zoubir, Yahia H.: The United States, the Soviet Union and Decolonization of the Maghreb, 1945-62, in: Middle Eastern Studies 31(1995)1, S. 58 ff.

Zeitschriften:

German-Arab Trade [Cairo]
 Deutschland Archiv

Bisher erschienen:

(Die mit * gekennzeichneten Nummern sind unter der angegebenen Quelle erschienen und inzwischen nicht mehr im Klaus Schwarz Verlag · Berlin erhältlich.)

SONDERBAND: Steffen Wippel (Hg.) - Wirtschaft im Vorderen Orient - Interdisziplinäre Perspektiven

Berlin 2005 Ein Einblick in Entwicklungen und Probleme der Wirtschaft im Vorderen Orient - von Marokko bis in den Jemen - und das wirtschaftliche Handeln der dortigen Bevölkerungen, die Bedingungen und Folgen. ISBN 978-3-87997-633-3. Paperback 296 Seiten. 28,00 €.

- Nr. 1 Ulrike Schultz: Die Last der Arbeit und der Traum vom Reichtum. Frauengruppen in Kenia zwischen gegenseitiger Hilfe und betriebswirtschaftlichem Kalkül. 1990. (11,20 €).
- Nr. 2* Marin Trenk: "Dein Reichtum ist dein Ruin". Afrikanische Unternehmer und wirtschaftliche Entwicklung. Ergebnisse und Perspektiven der Unternehmerforschung. 1990. [erschieden in: *Anthropos* 86.1991]
- Nr. 3 Jochen Böhmer: Sozio-kulturelle Bedingungen ökonomischen Handelns in der Türkei. 1990. (11,20 €).
- Nr. 4* Gitta Walchner: Indiens Elektronikpolitik und die Exportpotentiale der Computerindustrie im Software-Bereich. 1990. [erschieden in: *Internationales Asienforum* 22.1991]
- Nr. 5* Dieter Weiss: Internationale Unterstützung des Reformprozesses in Entwicklungsländern durch Auflagenpolitik und Politikdialog? Probleme politischer Konditionalität am Beispiel Afrikas. 1990. [erschieden in: H. Sautter (Hg.), *Wirtschaftspolitische Reformen in Entwicklungsländern*, Berlin 1991]
- Nr. 6 Dorothea Kübler: Moralökonomie versus Mikroökonomie. Zwei Erklärungsansätze bäuerlichen Wirtschaftens im Vergleich. 1990. (9,80 €).
- Nr. 7 Jochen Böhmer: Die Verschuldungskrise in Schwarzafrika. Ausmaß, Ursachen und Ansatzpunkte für eine Lösung. 1990. (8,80 €).
- Nr. 8* Manuel Schiffer: Überlebensökonomie, Wohnungsbau und informelle Kredite in einem tunesischen Armenviertel. 1990. [erschieden in *Orient* 33.1992.1]
- Nr. 9 Fritz Roßkopf: Die Entwicklung des Steuersystems im Iran nach der Revolution von 1979. 1991. (12,60 €).
- Nr. 10 Barbara Igcl: Die Überlebensökonomie der Slumbewohner in Bangkok. 1991. (14,00 €).
- Nr. 11/12* Dirk Steinwand: Sicherheit und Vertrauen. Informelle Kreditbeziehungen und ländliche Verschuldung in Thailand. Teil 1: Ursachen, Formen, Ausmaß. Teil 2: Eine Fallstudie aus Chachoengsao. 1991. [erschieden als: D. Steinwand, *Sicherheit und Vertrauen*, Saarbrücken/Fort Lauderdale 1991]
- Nr. 13* Dieter Weiss: Zur Transformation von Wirtschaftssystemen. Institutionelle Aspekte der Selbstblockierung von Reformpolitiken: Fallstudie Ägypten. 1991. [erschieden in: *Konjunkturpolitik* 38.1992]
- Nr. 14 Christoph David Weinmann: The Making of Wooden Furniture in Mozambique: A Short Overview of the Industry Based on Observations in Mid 1989. 1991. (11,20 €).
- Nr. 15 Armin Liebchen: Überlebensstrategien eines kleinbäuerlichen Dorfes der Bariba am Rande der Sahelzone im Norden Benins. 1991. (21,00 €).
- Nr. 16 Marin Trenk und Elsaied Nour: Geld, Güter und Gaben. Informelle Spar- und Kreditformen in einem Dorf im Nil-Delta. 1992. (9,80 €).
- Nr. 17 Dieter Weiss: Zur ökonomischen Transformation der ehemaligen COMECON-Länder. 1992. (8,80 €).
- Nr. 18 Steffen Wippel: Transformation du système économique et investissements directs allemands en Égypte. 1992. (8,80 €).
- Nr. 19 Günther Taube. Festung Europa oder ein offenes europäisches Haus? 1992. (8,80 €).
- Nr. 20* Bei fremden Freunden. Erfahrungen aus studentischer Feldforschung. 1992. [erschieden als: M. Trenk u. D. Weiss (Hg.), *Bei fremden Freunden*, LIT-Verlag Münster/Hamburg 1992]
- Nr. 21 Dieter Weiss: Structural Adjustment Programs in the Middle East. The Impact of Value Patterns and Social Norms. 1992. (8,80 €).
- Nr. 22 Dieter Weiss: Economic Transition from Socialism to Market-Friendly Regimes in Arab Countries from the Perspective of Ibn Khaldun. 1993. (8,80 €).
- Nr. 23 Koko N'Diabi Affo-Tenin: "Susu"-Sparen und Fliegende Bankiers. Finanzielle Selbsthilfegruppen von Händlerinnen und Bäuerinnen bei den Bariba in Togo. 1993. (14,00 €).
- Nr. 24 Christina Wildenauer: Von Geistern, Gold, und Geldverleihern. Der informelle Finanzsektor Südsindiens und Ansätze zu dessen Einbindung in den formellen Finanzsektor. 1993. (12,60 €).

- Nr. 25 Thama-ini Kinyanjui: "Eating" Project Money. Rural Self-help Projects in Kenya as an Arena of Strategic Groups. 1993. (12,60 €).
- Nr. 26 Dieter Weiss: Entwicklung als Wettbewerb von Kulturen. Betrachtungen zum Nahen und zum Fernen Osten. 1993. (8,80 €).
- Nr. 27 Marko Curavic: Islamische Banken im Spannungsfeld ihrer Stakeholder: Die BEST Bank / Tunesien. 1993. (9,80 €).
- Nr. 28 Elisabeth Grenzebach: Gesicht erwerben und Gesicht verlieren. Die chinesische Alternative zur Tarifautonomie. 1993. (12,60 €).
- Nr. 29 Inse Cornelissen: Vom Bipolarismus zum Multipolarismus: Die EG als Katalysator weltweiter wirtschaftlicher Regionalisierungstendenzen. 1994. (8,80 €).
- Nr. 30 Henk Knaupe und Ulrich G. Wurzel: Die Jewish Agency und die IG Farben. Das Haavara-Abkommen und die wirtschaftliche Entwicklung Palästinas. 1994. (12,60 €).
- Nr. 31 Haje Schütte: Das Konzept des Informellen Sektors aus der wissenschaftstheoretischen Sicht von Thomas Kuhn. 1994. (9,80 €).
- Nr. 32 Christine Böckelmann: Rotating Savings and Credit Associations (ROSCAs). Selbsthilfepotential und Förderungspolitik. 1994. (9,80 €).
- Nr. 33 Dieter Weiss: Human Rights and Economic Growth. 1995. (8,80 €).
- Nr. 34 Elsaied Nour: Die Rolle des Sozialfonds im Rahmen der Strukturanpassungspolitik in Ägypten. 1995. (9,80 €).
- Nr. 35 Cornelia Lohmar-Kuhnle: Explorative Projektfindung. Feldstudienenerfahrungen bei der Planung ländlicher Handwerksförderung in der Region Elmali/Türkei. 1995. (14,00 €).
- Nr. 36 Ruth Frackmann: Ghanaische Großfamilienhaushalte. Gemeinsamer Nutzen oder getrennte Kassen? Eine Fallstudie. 1995. (12,60 €).
- Nr. 37 Irmgard Nübler: Der Humanentwicklungsindex: Ein adäquates Meßkonstrukt für Humanentwicklung? 1995. (8,80 €).
- Nr. 38 Steffen Wippel: Islam als "Corporate Identity" von Wirtschafts- und Wohlfahrtseinrichtungen. Eine Fallstudie aus Ägypten. 1995. (17,50 €).
- Nr. 39 Adel Zaghah: A Monetary Alternative for the Palestinian Economy: A Palestinian Currency. 1995. (8,80 €).
- Nr. 40 Dieter Weiss: European-Arab Development Cooperation and the Middle East Peace Process. 1995. (8,80 €).
- Nr. 41 Dieter Weiss: Some Conceptual Views on Planning Strategies for Lagos Metropolitan Area. 1995. (8,80 €).
- Nr. 42 Klaus Komatz: Förderung von Demokratie und Menschenrechten durch EU-Entwicklungspolitik? 1995. (9,80 €).
- Nr. 43 Qays Hamad: Palästinensische Industrialisierung unter unvollständiger Souveränität: Das Beispiel der Bekleidungsindustrie. 1995. (15,80 €).
- Nr. 44 Birgit Reichenstein: Managementausbildung im Transformationsprozeß der Volksrepublik China. 1995. (11,20 €).
- Nr. 45 Steffen Wippel: "Islam" und "Islamische Wirtschaft". 1995. (15,80 €).
- Nr. 46 Sulaiman Al-Makhadmeh: Zur Kritik der Vernunft der arabischen Renaissance. 1996. (8,80 €).
- Nr. 47 Dieter Weiss: EU-Arab Development Cooperation - Scenarios and Policy Options. 1996. (15,80 €).
- Nr. 48 Steffen Wippel: Die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zum Nahen Osten. Einfluß und Abhängigkeit der DDR und das Verhältnis von Außenwirtschaft zu Außenpolitik. 1996. (12,60 €).
- Nr. 49 Susanne Butscher: Informelle Überlebensökonomie in Berlin. Annäherung der deutschen Hauptstadt an Wirtschaftsformen der Dritten Welt. 1996. (12,60 €).
- Nr. 50 Stefan Bantle und Henrik Egbert: Borders Create Opportunities. An Economic Analysis of Cross-Border Small-Scale Trading. 1996. (8,80 €).
- Nr. 51 Wolfhard Peter Hildebrandt: Die islamische Wirtschaftsideoogie. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Falls Pakistan. 1996. (12,60 €).
- Nr. 52 Thomas Ganslmayr: Flutkatastrophen und Wiederaufbau im ländlichen Indien. Fallstudie des Dorfes Thugaon Deo. 1996. (12,60 €).
- Nr. 53 Dieter Weiss: Wissenschaftspolitik und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Anmerkungen zur Berliner Hochschulpolitik. 1996. (8,80 €).
- Nr. 54 Sybille Bauriedl: Konstruktionen des Orients in Deutschland. 1996. (9,80 €).
- Nr. 55 Rainer Hermann: Defizite im Investitionsklima Syriens. 1997. (8,80 €).
- Nr. 56 Manuel Schiffler: Die Euro-Mediterrane Freihandelszone im Licht neuerer Ansätze der Außenwirtschaftstheorie. 1997. (8,80 €).
- Nr. 57 Dieter Weiss: Entwicklungspolitik als Technisch-Wissenschaftliche Kooperations- und Kulturpolitik. 1998. (8,80 €).

- Nr. 58 Meir Samuelsdorff: Finanzielle Fehlkonstruktionen der staatlichen Förderung von Kooperativen in Israel. Die Krise der Moschwei Owdim. 1998. (11,20 €).
- Nr. 59 Petra Streiber: Internationaler Frauenhandel. Funktionsweisen, soziale und ökonomische Ursachen und Gegenmaßnahmen. 1998. (9,80 €).
- Nr. 60 Sebastian von Eichborn: Der Kosovo-Konflikt aus der Sicht des Konzepts der Gewaltmärkte. Ein Bericht aus dem nordalbanischen Grenzgebiet. 1998. (8,80 €).
- Nr. 61 Dieter Weiss: Islamistische Bewegungen im Nahen Osten und in Nordafrika. Reaktionen der deutschen Entwicklungspolitik. 1998. (8,80 €).
- Nr. 62 Volker Häring: The Closing of the Chinese Mind? Die Debatte um den "Aufbau der geistigen Zivilisation" in China. 1998. (9,80 €).
- Nr. 63 Michael Müller: Entwicklungshemmnisse in der Transformation. Kleine und mittlere Dienstleistungsunternehmen in St. Petersburg. 1999. (11,20 €).
- Nr. 64 Katja Birr: Planung und Management von Entwicklungsprojekten als komplexe Systeme in turbulenten Umwelten: Eine Analyse der Zielorientierten Projektplanung im Rahmen eines entwicklungsorientierten Managements. 1999. (12,60 €).
- Nr. 65 Steffen Wippel: Marokko und der Euro. Folgen der Europäischen Währungsunion für ein assoziiertes Mittelmeer-Drittland. 1999. (15,80 €).
- Nr. 66 Marko Zielonka: Die Entwicklung der Automobilindustrie in Südkorea. Eine Untersuchung unter Anwendung neuerer wettbewerbstheoretischer Konzepte. 1999. (9,80 €).
- Nr. 67 Steffen Wippel: Entwicklung und Probleme der euro-mediterranen Beziehungen aus marokkanischer Sicht. Reaktionen der sozialistischen Opposition zum "Mittelmeerjahr" 1995. 1999. (8,80 €).
- Nr. 68 Udoy M. Ghose: Entwicklungspolitische Defizite der höheren Bildung in Palästina. 1999. (8,80 €).
- Nr. 69 Tom Weber: Ausländische Direktinvestitionen in Malaysia. Die Bedeutung wirtschaftspolitischer Investitionsbedingungen am Beispiel der deutschen verarbeitenden Industrie. 1999. (9,80 €).
- Nr. 70 Verena Dommer: Kooperative Modelle der Berufsausbildung – Theorie und praktische Umsetzung in der Berufsbildungshilfe. Eine Praxisreflexion anhand von drei Projektbeispielen in der Türkei, Tunesien und Nigeria. 1999. (12,60 €).
- Nr. 71 Hsin Chen: Wirtschaftspolitische und unternehmerische Reaktionen in Taiwan auf die Finanzkrise Südostasiens. 1999. (11,20 €).
- Nr. 72 Gero Gelies: Industrialisierungschancen der Europäischen Peripherie. Die Wettbewerbssituation der portugiesischen Automobilzulieferindustrie. 1999. (12,60 €).
- Nr. 73 Anja Englert: Die Große Arabische Freihandelszone. Motive und Erfolgsaussichten der neuen Initiative für eine intra-arabische Integration aus arabischer Sicht. 2000. (11,20 €).
- Nr. 74 Hatim Mahmoud: Überleben im Slum. Die Überlebensstrategien von Nuba-Migranten im Slumviertel Umm-bada der sudanesischen Stadt Omdurman. 2000. (11,20 €).
- Nr. 75 Markus Liemich: Erfolgsfaktoren von Joint Ventures in Rußland. Die Entwicklung eines Mobilfunkanbieters im Großraum Moskau. 2000. (14,00 €).
- Nr. 76 Uwe Simson: Protestantismus und Entwicklung. Was erklärt die Weber-These? Zum Todestag von Max Weber am 14. Juni 2000. 2000. (8,80 €).
- Nr. 77 Sebastian v. Eichborn: Lokales Wissen als Chance in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Soll alles bleiben wie bisher? 2001. (8,80 €).
- Nr. 78 Gerd Günter Klöwer: Financial Co-operatives and Credit Insurance in Mongolia. 2001. (8,80 €).
- Nr. 79 Ulrich Wurzel: "The Missing Dimension". Implikationen systemischer Innovationstheorien für die Euro-mediterrane Wissenschafts- und Technologiekooperation. 2000. (9,80 €).
- Nr. 80 Dieter Weiss: Zur Verstärkung der wissenschaftlichen Kooperation mit Entwicklungsländern. Stützung innovativer Eliten, Nachkontakte, Gemeinsame Forschungsprojekte, Auffangpositionen in Phasen politischer Unruhen, Interkulturelle Dialogforen, Eine Rolle für EU-Partnerschaftshochschulen. 2000. (8,80 €).
- Nr. 81 Stefanie Roemer: Tibetische Flüchtlingsökonomie. Eine Fallstudie der gewerblichen Siedlung Bir. 2001. (14,00 €).
- Nr. 82 Alexander Solyga: Krisenprävention und Friedensdienste in der deutschen Entwicklungspolitik. Offene konzeptionelle Fragen. 2001. (8,80 €).
- Nr. 83 Daniela Stozno-Weymann: Ländliche Entwicklung und europäische Regionalpolitik in Brandenburg. Mit einer Fallstudie zum Oderbruch. 2001. (12,60 €).
- Nr. 84 Arvid Türkner: Finanzierungspraktiken von Klein- und Mittelunternehmen in St. Petersburg. 2001. (12,60 €).
- Nr. 85 Svenja Wipper: Möglichkeiten, Grenzen und Erfolgsdeterminanten volkswirtschaftlicher Regierungsberatung im Reformprozess der VR China. 2001. (15,80 €).
- Nr. 86 Corinna von Hartrott: Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auf die Beschäftigten der Freien Produktionszone Mauritius. 2001. (9,80 €).
- Nr. 87 Noha El Mikawy: Contemporary Islamic Thought in Egypt: Should it be taken seriously? 2002. (9,80 €).

- Nr. 88 Pietro Soddu: Inmigración extracomunitaria en Europa: El caso de los enclaves de Ceuta y Melilla. 2002. (11,20 €).
- Nr. 89 Matthias Lichtenberger: Die Islamisierung der Ökonomie im Sudan. Wirtschaftspolitik zwischen Markt, Macht und Moral. 2002. (14,00 €).
- Nr. 90 Jan-Michael Bach: Islam in Indonesia since the mid-1990s. 2003. (8,80 €).
- Nr. 91 Stephan Manning: Public Private Partnership als Aushandlungsprozess: Befunde und Implikationen für die Entwicklungspolitik. 2003. (11,20 €).
- Nr. 92 Sebastian Gräfe: Privatunternehmer und Unternehmerverbände im Prozess wirtschaftlicher Liberalisierung. Klientelstrukturen, Patronage und Aneignung von Renten im ägyptischen Saatgutsektor. 2003. (12,60 €).
- Nr. 93 Bettina Gräf: Islamische Gelehrte als politische Akteure im globalen Kontext. Eine Fatwa von Yusuf 'Abdallah al-Qaradawi. 2003. (12,60 €).
- Nr. 94 Ines Kohl: Wüstentourismus in Libyen. Folgen, Auswirkungen und lokale Wahrnehmungen. Eine anthropologische Fallstudie aus der Oase Ghat. 2003. (14,00 €).
- Nr. 95 Stephan J. Roll: Die Süd-Süd-Integration im Rahmen der Euro-Mediterranen Freihandelszone. Integrationsperspektiven und Integrationsprobleme der arabischen Mittelmeerpartnerländer. 2004. (12,60 €).
- Nr. 96 Sabine Hutfilter/Annika Schäfer: Versorgungsdefizite in Dakar. Der Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie öffentlichem Transport unter besonderer Berücksichtigung der peripheren Stadtgebiete. 2005. (15,80 €).
- Nr. 97 Uwe Simson: Von Spengler lernen? Zum 70. Todestag von Oswald Spengler am 7. Mai 2006. 2006. (8,80 €).
- Nr. 98 Stephan J. Roll: Zwischen Finanzsektorliberalisierung und Herrschaftssicherung. Der Aufstieg einer ägyptischen Investmentbank und das politisch-ökonomische Netzwerk im Hintergrund. 2006. (11,20 €).
- Nr. 99 Florian Peil: Aufstand in Mekka. Die Besetzung der Großen Moschee 1979. 2006. (11,20 €).
- Nr. 100 Ulrich G. Wurzel: Limits to Economic Reform in an Authoritarian State. Egypt since the 1990s. 2007. (11,20 €).
- Nr. 101 Thomas Hüsen/Georg Klute: Emerging Forms of Power in Contemporary Africa. A Theoretical and Empirical Research Outline. 2008. (8,80 €).
- Nr. 102 Dennis Kumetat: Das Scheitern deutscher Unternehmen und deutscher Auswärtiger Politik im Nahen Osten. Irak, Ägypten, Saudi-Arabien 1933-39. 2008. (12,60 €).
- Nr. 103 Johara Berriane: Studierende aus dem subsaharischen Afrika in Marokko. Motive, Alltag und Zukunftspläne einer Bildungsmigration. 2009. (12,60 €).
- Nr. 104 Tina Zintl: Modernisierungspolitik durch Kompetenztransfer? Syrische Remigranten mit deutschem Hochschulabschluss als Katalysatoren von *Brain Gain* in Syrien unter Bashar al-Assad. 2009. (8,80 €).
- Nr. 105 Thomas Hüsen: Stämme, Staaten und Assoziationen. Die neotribale Wettbewerbsordnung im ägyptisch-libyischen Grenzland. 2009. (9,80 €).
- Nr. 106 Ulrich G. Wurzel: Middle East-Related Economic Research in Germany. Scientific Community, Institutional Framework, Subject Choice and Methodological Selectivity. 2009. (11,20 €).
- Nr. 107 Dieter Weiss: Migrationsbewegungen aus den südlichen Mittelmeerländern und Subsahara-Afrika in die Europäische Union. 2010. (8,80 €).
- Nr. 108 Sarah Ruth Sippel: „Resistance is futile“? – Zivilgesellschaft und Exportproduktion in Süd-Marokko. 2010. (8,80 €).
- Nr. 109 Dieter Weiss: Zukunftsperspektiven der Entwicklungszusammenarbeit als erweiterte Kooperations- und Sicherheitspolitik. 2011. (8,80 €).
- Nr. 110 Katharina Pfannkuch : Sprachreisen nach Syrien – Den „wahren Orient“ entdecken? Image und Marke einer touristischen Destination. 2012. (11,20 €).
- Nr. 111 Sandra Sebastian: Transnationale Charakteristika und Netzwerke libanesischer Migranten in Deutschland. Eine Fallstudie am Beispiel Berlin – Jabal Akroum . 2012. (9,80€).
- Nr. 112 David Moock: Deutsche Unternehmen in Bahrain. Standortmarketing und Standortwahl. 2012. (11,20 €).
- Nr. 113 Raffael Beier: Shifting Urban Policies in North Africa after the "Arab Spring". Urgent Reaction or Real Changes? 2016 (9,80 €).